

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rapports d'Allemagne
du Parti Socialdémocrate Allemand
Edition mensuelle

6. Jahrg.

1939

Nr. 3

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

6. Jahrgang

1939

Nr. 3

Inhaltsverzeichnis

- - - -

T e i l A : Nachrichten und Berichte
-

I. <u>Die allgemeine Situation in Deutschland</u>	A 1
1) Deutschland und Polen	1
Kritische Zuspitzung - Die deutsche Minderheit in Polen - Die deutsche Volksstimmung gegen Polen	
2) Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren	8
Die Wirkung auf die Bevölkerung des Reichs - Die deutsche Pressekampagne gegen die Tschecho- Slowakei	
3) Berichte aus Prag	18
4) Das deutsche Volk und die "Einkreisung"	24
5) Die deutsche Grenzlandpropaganda	25
Die deutsche Propaganda in Belgien und Elsass-Lothringen	
6) Weltuntergangsstimmung im Bürgertum	33
II. <u>Das Schulwesen im Dritten Reich</u>	37
1) Tendenzen und Stand der nationalsozialistischen Schulreform	37
Statistik der Schulen und Universitäten	

2) Aus der Volksschule	A 43
Das Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938 - Die Erziehung "im Geiste des Nationalsozialismus - Der Rückgang der Schulleistungen	
3) Der Lehrermangel und seine Ursachen	48
Überalterung der Lehrkräfte - Unzureichende Besoldung - Unzufriedenheit unter den Lehrern - Massnahmen gegen den Lehrermangel	
4) Schulbücher, Schulbüchereien und Schülerzeitschriften	56
5) Höhere Schulen	60
6) Hochschulen	62
Der Rückgang der Zahl der Studenten - Mangel an Dozenten	

III. Aus den Betrieben

1) Die Lohnsklaven	67
Die Parole "Leistungssteigerung um jeden Preis" und die Lage der Arbeiter in den Betrieben - Die Zustände auf den Festungsbaustellen - Die Methoden der Leistungssteigerung - Vernachlässigung der Sicherheitsmassnahmen - Die Lage im Bergbau: Rückgang der Förderleistungen, Zunahme der Krank- heitsfälle, "Bummelschichten", Verlängerung der Arbeitszeit - Einführung von Werkspeisungen	
2) Zwang und Terror	81
3) Die Haltung der Arbeiter	85
Der Geist des Widerstandes ist noch ungebrochen - Die Wirkung der aussenpolitischen Ereignisse auf die Arbeiterschaft - Unzufriedenheit der ins alte Reichsgebiet verschickten Oesterreicher und Sude- tendeutschen - Die Zwangsverschickten aus Ober- schlesien in Danzig	

T e i l B : Uebersichten

I. Die Annexion der Tschechoslowakei - Ihre weltpolitische Bedeutung

1) Was war die Absicht ?	B 2

Tempo und Taktik	2
Und jetzt Rumänien?	5
2) Die Wirkung nach innen	8

Oesterreich erobert Deutschland	8
Die Judenfrage	10
3) Die Wirkung nach aussen	12

Das Belgien des zweiten Weltkrieges	12
Panславismus gegen Alldeutschum	13
Weltblock gegen Angreifer?	14

II. Die Tschechoslowakei von innen gesehen

1) Tschechen und Slowaken	16
2) Karpathorussland	23
3) Die Nationalitätenpolitik	25
4) Die Lage nach München	27

T e i l A

(Abgeschlossen am 14. April 1939)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland1) Deutschland und Polen

Im Berichtszeitraum ist nach der Eroberung der Tschechoslowakei und des Memellandes das Verhältnis Deutschlands zu Polen in den Brennpunkt der europäischen Politik gerückt. Die Öffentlichkeit ist inzwischen durch einen Artikel im "Völkischen Beobachter" vom 6. April darüber unterrichtet, dass Deutschland in der zweiten Hälfte März von Polen gefordert hat, auf die Unabhängigkeit Danzigs zu verzichten und in der Herstellung einer Landverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen zu willigen. Polen habe auf diesen "bescheidenen Vorschlag des Reichs" damit geantwortet, dass es seine Armee an den Grenzen Deutschlands mobilisiert habe. Wie kritisch die Lage in diesen Tagen war, geht auch aus den nachstehenden Berichten hervor:

Danzig, 1. Bericht: Ab 27. März war in Danzig für die Schutzpolizei, die Landespolizei, die SA, SS, NS-Motorstaffel und den Arbeitsdienst Alarmzustand angeordnet. Die SA hatte zum Teil Landespolizei-Uniformen erhalten. In diesen und ihren eigenen Uniformen wurden starke SA-Formationen im Zoppoter und Oliwaer Wald konzentriert. Sie karnpierten dort Tag und Nacht, zum Teil waren sie auch in den Heimen von Zoppot untergebracht. Ihre Stellungen zogen sich bis zur Grenze bei Orłowo/Gdingen hin. Ihre Ausrüstung bestand in Infanteriewaffen. Dazu kamen Maschinengewehre der Schutz- und Landespolizei.

Am Tage des Beginns der Osterferien, am 28. März, wurden sämtliche Schulaulen und Turnhallen in Danzig geräumt. In die Räume wurden Infanteriewaffen und Polizei-Uniformen transportiert. Ferner wurden grosse Mengen Stroh in die Schulen gebracht. Die Uniformen sollen für die SA bestimmt gewesen sein. Sehr auffällig war es, dass Transporte von Waffen auch noch am Sonnabend, den 1. April in zwei Schulen, im Staatlichen Gymnasium in der Weidengasse und in der gegenüberliegenden Mädchen-Volksschule untergebracht wurden.

In den letzten Tagen vor dem 1. April herrschte in ganz Danzig zum ersten Mal grössere Kriegsangst. Die Vorbereitungen der SA waren überall bekannt geworden. Anfangs gab es noch die Meinung, dass es sich um Übungen handle, wie sie im Zoppoter Wald bereits öfter stattgefunden haben. Das hatte man auch den SA-Leuten zuerst gesagt. Aber diese Auffassung schwand sehr bald, insbesondere nachdem Gerüchte über polnische Truppenzusammenziehungen an der Danziger Grenze verbreitet wurden. Trotz der Kriegsangst, die sich in allen Gesprächen äusserte, herrschte dennoch die Auf-

fassung vor, dass Danzig nunmehr zum Reich zurückkomme. Es begann denn auch am 29. und 30. März ein Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte. Besonders eifrig war die Nachfrage nach Kaffee.

2. Bericht: Nach der Besetzung des Memelgebietes herrschte in Danzig allgemein die Auffassung, dass Danzig jetzt endgültig dem Dritten Reich einverleibt werde. Es wurden sogar schon bestimmte Tage genannt, an denen der Einmarsch erfolgen sollte. Ein Gerücht wollte wissen, dass reichsdeutsche SA als erste Danzig besetzen sollte. Diese SA, so wurde erklärt, werde in grösseren Formationen in Mitteldeutschland aufgestellt. Sie sollte dann nach Ostpreussen transportiert werden, von wo aus der Einmarsch über die Nogat erfolgen sollte. Schon um den 20. März herum ging ein Gerücht durch die Stadt, nach dem die Ueberführung über das Eisenbahngelände in Danzig-Petershagen eines Nachts von Nazis gesprengt werden sollte. Diese Tat sollte dann den Polen unterschoben werden, und unter dem Vorwand, in Danzig müsse die Ordnung wieder hergestellt werden, sollte dann das deutsche Militär Gelegenheit zum Einmarsch haben.

Gleichzeitig wurden in Danzig aber auch gewisse polnische Vorbereitungen für einen Ernstfall bekannt. So hiess es, dass an der Danzig-pommerellischen Grenze in Orłowo bei Gdingen polnische Artillerie-Formationen und motorisierte Truppen konzentriert seien. Auch wurde bekannt, dass die grosse Weichselbrücke bei Tczew (Dirschau) von den Polen für jeden Publikumsverkehr gesperrt sei. (An dieser Stelle der Grenze gehört auch ein schmaler Teil des rechten Weichselufers noch zu Polen). Diese Nachrichten über polnische militärische Vorbereitungen dämpften erheblich die Stimmung. Immerhin haben grosse Teile der Danziger Bevölkerung nicht daran geglaubt, dass Polen sich wirklich wehren würde. Sie sind so daran gewöhnt, dass Hitler nirgends ernsthaften Widerstand findet.

Oberschlesien: Seit der vertraulichen Sitzung der Kreis- und Amtsleiter in Breslau vom 19. und 20. Februar, in der die Neuordnung der Verhältnisse in Oberschlesien und die Rückgliederung der abgetretenen Gebiete an das Reich als eine der nächsten Aufgaben bezeichnet wurde 1), wird unablässig gegen Polen Stimmung gemacht. In SA-Amtsleiterbesprechungen und auch beim Bund Deutscher Osten wird offen gegen Polen Stellung genommen. Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag werde von den Polen nicht innegehalten, denn es fänden überall in Polen deutschfeindliche Kundgebungen statt. Die polnische Regierung dulde es, dass antideutsche Resolutionen halb-militärischer Verbände offen den Kampf gegen Deutschland fördern. Die Unterdrückung der deutschen Minderheit mache Polen zu einem ständigen Unruheherd.

Die Grenzgänger, polnische Staatsbürger, die in Deutschland Arbeit haben, verbreiten bereits Gerüchte von einem baldigen Einmarsch deutscher Truppen nach Polnisch-Oberschlesien. Jeder Grenzbewohner müsse sich schon jetzt mit einer Hakenkreuzfahne versehen, damit man sie rechtzeitig bei der Hand habe. Tatsächlich blüht auch von Deutsch-Oberschlesien nach Polen schon der Schmuggel mit Hakenkreuzfahnen. Die deutsche Grenzpresse betreibt wieder eine regelrechte Polenhetze, die nur auf Anweisung aus Reichsstellen eröffnet worden sein kann.

1) Vgl. Heft 2/1939 Deutschland-Berichte, Seite A 6.

Dass sich das Industriegebiet seit Anfang März im Mobilisierungszustand befindet, gilt als offenes Geheimnis. Es heisst, dass vom 20. März ab Geschäftsleute, Industrieführer, namhafte SA-Leiter, Eisenbahner und Postbeamte "blaue und grüne Briefe" erhalten haben, die erst am Tage der offiziellen Mobilmachung geöffnet werden dürfen und falls diese nicht erfolgt, vom Wehrkreiskommando wieder zurückgeholt werden. Diese Briefe sind nicht zu verwechseln mit den letztthin ausgeteilten Mobilmachungsordern, die Tag und Stunde, sowie Ort der Gestellung angeben und mit denen bereits jeder Militärpflichtige seit Anfang März versehen ist.

War ursprünglich geplant, mit den Befestigungsarbeiten an der polnischen Grenze erst mit dem 1. April zu beginnen, so liegen jetzt aus einer Reihe von Grenzgemeinden Berichte vor, dass dort mit den Befestigungsarbeiten bereits begonnen worden ist. Ganze Grenzstreifen sind durch den Grenzdienst abgesperrt. Von Oppeln aus sind etwa für diese Landgebiete gegen 30.000 Menschen eingesetzt worden, die dem vor kurzem neugebildeten Beuthener Kommando für Grenzbefestigung unterstellt sind.

Eine Waffe im Kampfe Deutschlands gegen Polen ist -genau wie im Falle der Tschechoslowakei- die deutsche Minderheit. Wie sich Deutschland dieser Waffe bedient und in welcher politischen Verfassung sich zurzeit die deutsche Minderheit in Polen befindet, geht aus dem nachstehenden zusammenfassenden Bericht hervor:

Es ist in Polen kein Geheimnis, dass die deutsche Minderheit in Polen bis auf kleine Reste der deutschen Sozialisten und Katholiken in Adolf Hitler den Erlöser und Führer des deutschen Volkes sieht. Seit Hitlers Machtentritt rechnen die Deutschen vor allem in den Grenzgebieten, und besonders in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen, mit Sicherheit darauf, dass diese Gebiete früher oder später wieder an Deutschland angegliedert werden. In Oberschlesien kann man seit langem von Zeit zu Zeit immer einen bestimmten Termin hören, an dem Adolf Hitler Polen ein Ultimatum stellen und Ostoberschlesien wieder mit dem deutschen Teil Oberschlesiens vereinigen wird. Diese Propaganda wird besonders dadurch genährt, dass man den Grenzlandarbeitern aus Polen immer und immer wieder zu verstehen gibt, sie mögen die Unterdrückung in Polen noch einige Zeit ertragen, auch für sie werde der Tag der Befreiung kommen.

Ein Mann aus Oderfest bei Oppeln, der nach der Volksabstimmung von 1921 für Polen optiert hatte, wurde vor einiger Zeit aus Deutschland ausgewiesen und nahm in Rybnik in Polen Wohnung. Dieser Tage erhielt auch seine Frau die Ausweisung. Als sie daraufhin dem Gemeindevorsteher in Oderfest meldete, dass sie nunmehr zu ihrem Mann nach Rybnik gehen werde, fragte sie dieser ironisch, was das für einen Zweck habe, Rybnik und ganz Polnisch-Oberschlesien werde doch ohnehin schon in den nächsten Monaten deutsch werden.

Ein deutscher Arbeiter, der bislang arbeitslos war und Mitglied der Gewerkschaft deutscher Arbeiter, erhielt jetzt in einem polnischen Bergwerk Arbeit und trat, um nicht als Hitler-Deutscher verdächtigt und wieder arbeitslos zu werden, aus der Gewerkschaft deutscher Arbeiter aus. Eines Tages erschien bei ihm der Vertrauensmann der Gewerkschaft deutscher Arbeiter und fragte ihn, ob er sich

der Tragweite seines Austritts bewusst sei. So, wie es heute sei, werde es in Polnisch-Oberschlesien nicht bleiben. Hunderte von Deutschen und sogar Polen zählten bei der Gewerkschaft nach, um sich für die Zukunft zu sichern.

Es ist verständlich, dass jeder neue Erfolg Adolf Hitlers die Flüsterpropaganda unter dem Grenzlanddeutschtum verstärkt und den Tag immer näher zu rücken scheint, wo auch die deutsche Minderheit in Polen ihre Erlösung finden wird. Man muss berücksichtigen, dass in Oberschlesien allein etwa 7 bis 8.000 Arbeiter aus dem polnischen Grenzgebiet arbeiten und dort unablässig der nationalsozialistischen Propaganda ausgesetzt sind. Da sie diese Arbeit nicht verlieren möchten, und da sie zuweilen auch noch mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuss stehen, sind sie bestrebt, unter Beweis zu stellen, dass sie echte Nationalsozialisten sind. Sie überschlagen sich im Nazitum, sind voller Lobes über die Herrlichkeit der deutschen Zustände, lehnen alles, was in Polen geschieht, verächtlich ab und erklären immer wieder allen Freunden und Bekannten, dass es nicht mehr lange dauern werde, bis Oberschlesien wieder bei Deutschland sei. In Deutsch-Oberschlesien aber heisst es: "Ja, es gibt noch gute Nationalsozialisten, aber die kommen alle aus Polen!" Der Arbeitermangel in Deutsch-Oberschlesien bringt es auch mit sich, dass man bei der Aufnahme von Arbeitern nicht mehr die frühere Vorsicht walten lässt und auch Nationalpolen in Arbeit nimmt. Auf den Delbrückschächten in Hindenburg, die zur Preussag gehören, war z.B. eines Tages ganz offen in einem Aushang zu lesen, "dass hier auch Aufständische Arbeit erhalten können!" (Schon bisher stammen auf dieser Gruben- und Koksanlage 35% der Belegschaft aus dem Grenzgebiet.) Diese polnischen Arbeiter werden dann oft, um die Arbeitsstelle zu behalten, rasch Mitglieder deutscher Hitlerorganisationen, was nicht wenig dazu beiträgt, um in den Deutschen, die nicht zu Hitler wollen, den Eindruck zu bekräftigen: wir werden doch wieder deutsch.

Selbstverständlich suchen die Vertrauensräte der Arbeitsfront solche Arbeiter aus Polen sofort auf, empfehlen ihnen, der Gewerkschaft deutscher Arbeiter beizutreten, sich dem Volksbund anzuschliessen oder bei der Jungdeutschen Partei Mitglied zu werden und ebenso selbstverständlich ist, dass man von ihnen fordert, dass sie ihre Kinder in die deutsche Minderheitsschule schicken. Tausende dieser Arbeiter waren seit Jahren in Polen arbeitslos, haben auch keine Aussicht in Polen, Arbeit zu erhalten und werden so die besten Agitatoren für den Nationalsozialismus in Polen. Auf der anderen Seite ist die polnische Minderheitenpolitik auch nicht geeignet, die Deutschen in Polen zu loyalen Staatsbürgern zu erziehen.

Schon beim Machtantritt Hitlers war also der Boden in der deutschen Minderheit in Polen bereits gut vorbereitet, so dass alsbald ein Massenandrang zu den gleichgeschalteten Naziorganisationen einsetzte.

Beim Umsturz in Deutschland gab es in den verschiedenen Teilen Polens eine ganze Reihe von Deutschtumsorganisationen, die bis auf den heutigen Tag noch keine einheitliche Führung haben und in den letzten Jahren untereinander heftige Kämpfe um die Führung austrugen.

In Posen und Pomerellen war das Deutschtum nach Erringung der polnischen Unabhängigkeit im sogenannten Deutschtumsbund in Bromberg vereinigt, der nach seiner Auflösung 1920 seine Vertretung im Büro der deutschen Sejmabgeordneten und Senatoren in Bromberg fand.

Das Deutschtum in Oberschlesien schuf sich nach der Teilung Oberschlesiens den "Deutschen Volksbund zur Wahrung der Minderheitsrechte" mit dem Sitz in Kattowitz.

Auf der deutschen Sprachinsel in Bielitz-Biala in Teschen-Schlesien gab es neben der Deutschen Partei noch die Christlich Soziale Partei, sowie eine Nationalsozialistische deutsche Partei aus der österreichischen Zeit. Nach der Zuteilung Oberschlesiens zu Polen setzte zwar eine engere Zusammenarbeit des Bielitz-Bialaer Deutschtums mit dem Deutschen Volksbund ein, ohne dass sich aber das dortige Deutschtum restlos an den Volksbund in Oberschlesien anschloss.

In Mittelpolen in den Gebieten um Lodz wirkte der Deutsche Volksverband mit seinem Sitz in Lodz.

In Kleinpolen und Wolhynien bestanden kleine deutsche Sondergruppen ohne feste Bindungen, die erst neuerdings ihren Anschluss an die anderen benachbarten Volksgruppen vollzogen haben, heute aber bereits nationalsozialistisch "ausgerichtet" sind und auf die Schaffung des "Bundes der Deutschen in Polen" warten, der nach den gleichen Statuten wie sie der "Bund der Polen in Deutschland" besitzt, begründet werden soll.

Die Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, sowie die Deutsche Christliche Volkspartei haben in Bielitz-Biala, Lodz und Oberschlesien wohl kleine Reste ihrer früheren Mitglieder bis auf den heutigen Tag erhalten, aber sie haben heute keinen Einfluss auf die Lenkung der deutschen Interessen in Polen. In Posen und Pommerellen gingen die Gruppen der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in die "Deutsche Vereinigung" über, die auch die deutschen Katholiken in sich aufnehmen. In Kleinpolen und Wolhynien hatten die deutschen Sozialisten keine Vertretungen. Das dortige Deutschtum setzt sich aus Kleinbauern zusammen und ist zu 95 Prozent evangelisch. Die Anfänge einer Organisation der deutschen Katholiken, die Professor Dr. Pant während seiner Senatorenzeit in Kleinpolen schuf, sind bei Hitlers Machtantritt in die nationalsozialistischen evangelischen deutschen Volksgruppen aufgegangen.

Schon 1932 versuchten einige Grossgrundbesitzer unter Führung des deutschen Abgeordneten Naumann, eine nationalsozialistische Bewegung unter den Deutschen in Polen ins Leben zu rufen. Dieser Versuch scheiterte damals an dem Widerstand der Deutschen selbst und an der Ablehnung einiger Stellen in Deutschland, die die deutschen Organisationen in Polen und ihre Presse finanzierten.

Ingenieur Wiesner, damals Angestellter einer jüdischen Baufirma in Bielitz, der seit Oesterreichs Zeiten die erwähnte kleine nationalsozialistische Gruppe in Teschen-Schlesien leitete, befürchtete unter dem Eindruck der deutschen Ereignisse die Auflösung seiner Gruppe durch die polnischen Behörden und gab deshalb seiner Gruppe eine neue Firma "Jungdeutsche Partei". Das deutsche Sejm-Büro in Bromberg gestaltete seine Ortsgruppen in die "Deutsche Vereinigung" für Posen und Pommerellen um.

Die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen waren bis zu Hitlers Machtantritt mehr oder weniger auf die finanzielle Unterstützung ihrer Stammverbände im Reich angewiesen. Zunächst wurde die Finanzierung auch von der Deutschen Arbeitsfront übernommen, ohne dass man einen Unterschied zwischen den freien, christlichen oder Hirsch Dunckerschen Gewerkschaften in Polen machte. Erst 1935 wurden auf Drängen der Deutschen Arbeitsfront die verschiede-

nen Gewerkschaftsverbände zur "Gewerkschaft deutscher Arbeiter" zusammengeschlossen. Freie, Christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften hatten damals 8.000 Mitglieder, davon gegen 4.500 Arbeitslose. Diese Mitgliederzahl ist inzwischen auf 17.000 Mitglieder gestiegen, von denen etwa 8.000 im Reich Arbeit haben. Der Rest setzt sich ausschliesslich aus arbeitslosen Deutschen und national zweifelhaften Elementen zusammen, die, wenn man ihnen in Polen Arbeit gäbe, ebenso gut wieder Nationalpolen sein würden.

Zur gleichen Zeit mussten sich auch der Afa-Bund, der Gesamtverband deutscher Angestellter und der Christliche Angestelltenverband zur "Gewerkschaft deutscher Angestellter in Polen" zusammenschliessen, wenn sie nicht der finanziellen Unterstützung aus dem Reich verlustig gehen wollten. Beim Zusammenschluss hatten diese Organisationen insgesamt 4.500 Mitglieder, heute zählen sie rund 9.000 zahlende Mitglieder, die gleichfalls überwiegend arbeitslos sind.

In diesen beiden Gewerkschaftsorganisationen sind auch zahlreiche Deutsche, die keinesfalls Hitleranhänger sind. Aber will eines der Mitglieder in Deutschland Arbeit erhalten, so bleibt ihm nichts übrig, als sich dem Deutschen Volksbund oder der Jungdeutschen Partei anzuschliessen.

Wiederholt sind Versuche unternommen worden, alle deutschen Organisationen unter eine einheitliche Führung zu bringen. Die Jungdeutsche Partei des früheren deutschen Senators Wiesner beansprucht die Führung, weil sie die nationalsozialistische deutsche Volksgruppe in Polen vor Hitlers Machtantritt war. Diese Partei hat inzwischen ihre Tätigkeit auf ganz Polen ausgedehnt, während die übrigen Naziorganisationen bei ihren Traditionsgruppen verbleiben. Um die Jungdeutschen aus dem Felde zu schlagen, hat man einen sogenannten "Deutschen Rat in Polen" begründet, dem die Jungdeutschen nicht angehören. Alle Versuche, die Jungdeutschen in eine Einheitsorganisation aller Deutschen einzubeziehen, scheiterten stets an dem Führungsanspruch des Landesleiters Wiesner. Die Jungdeutschen haben sich in ihrer Agitation vollständig den reichsdeutschen Methoden angepasst, während die übrigen Naziorganisationen noch versuchen, den polnischen Rechtsverhältnissen Rechnung zu tragen. Es ist schwer zu sagen, welche Organisation in der Mitgliederzahl das Übergewicht hat.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Rivalitätskampf innerhalb des Deutschtums in Polen von Reichsstellen unterstützt wird. Die alten Deutschtumsorganisationen, die sogenannten Systemleute, haben ihre Schutzherrn in Berlin. Hinter den Jungdeutschen stehen die Hitlerjugend und der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VdA). Wenn die Jungdeutschen heute noch nicht den Vorzug in Berlin haben, so mag das damit zusammenhängen, dass man dem Oesterreicher Wiesner nicht so richtig traut.

Die übrigen gleichgeschalteten deutschen Organisationen haben jetzt einen neuen Vorstoss unternommen. Unter Führung des Rates der Deutschen in Polen, der in Warschau seinen Sitz hat, und von dem zweiten deutschen Senator Hasbach geleitet wird, einigte man sich jetzt darauf, den polnischen Behörden ein Statut zu unterbreiten, welches für die Deutschen in Polen eine gleiche Organisation fordert, wie sie die polnische Minderheit in Deutschland besitzt, also einen "Bund der Deutschen in Polen", nach dem Vorbild des "Bundes der Polen in Deutschland".

Bis jetzt hat die polnische Regierung die Genehmigung zur Gründung dieses "Bundes aller Deutschen in Polen" noch nicht erteilt. Deshalb geht der Kampf um die nationalsozialistische Ausrichtung der Deutschen in Polen zwischen den verschiedenen Organisationen weiter, ein Kampf, der mit den niedrigsten Mitteln geführt wird, wenn auch die Zeit der Saalschlachten, die sich die Deutsche Vereinigung, der Volksverband und der Volksbund mit den Jungdeutschen noch vor zwei Jahren lieferten, vorüber ist.

Die Propaganda der Deutschen in Polen hat eine ins Auge fallende Ähnlichkeit mit der Propaganda Henleins in der Tschechoslowakei. Auch die Nazis in Polen werden nicht müde zu erklären, - wie es Henlein Jahre hindurch getan hat - dass sie als Nationalsozialisten nie etwas anderes als loyale Bürger des polnischen Staates sein wollen. Das behindert sie nicht, bei jeder Gelegenheit auf die Erfolge Hitlers hinzuweisen und zu erklären, dass die Fesseln von Versailles für alle Deutschen einmal fallen müssen. Ebensowenig fehlt es an Beschwerden bei der Regierung über die Behandlung der deutschen Minderheit auf allen möglichen Gebieten. Polen ist diesen Beschwerden gegenüber in einer wesentlich besseren Lage als die Tschechoslowakei. Es kann sich einfach auf den Standpunkt stellen, dass die polnische Minderheit im Reich erst die Rechte haben muss, die die Deutschen in Polen schon haben. Praktisch aber wird auf beiden Seiten nach Kräften daran gearbeitet, die beiderseitigen Minderheiten im Grenzgebiet zu dezimieren. Während man trotz der verschiedenen Abkommen zwischen Deutschland und Polen in der Behandlung der beiderseitigen Minderheiten keinen Schritt weitergekommen ist, wird den Naziführern in Polen immer und immer wieder versichert, dass auch ihre Stunde der Befreiung kommen werde, weil der Führer keine Volksgruppe im Ausland vergessen habe, und niemand denke daran, auf die Deutschen in Polen zu verzichten. Schon anlässlich einer vertraulichen Besprechung in Gleiwitz im August 1938 wurde den Vertretern der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien gesagt, sie sollten doch mit den Klagen aufhören, denn das deutsch-polnische Freundschaftsabkommen von 1934 sei erstens zeitlich begrenzt, dann stehe aber auch nichts darin, dass Deutschland auch nur auf einen Fussbreit des Bodens verzichtet habe, den man ihm durch den Versailler Vertrag geraubt habe.

Die Besetzung der Tschechoslowakei wurde in der Presse der deutschen Minderheit ganz offen begrüsst. Die Befreiung der Deutschen aus fremden Joch sei notwendig geworden, weil es die anderen Völker nicht verstanden hätten, ihre Minderheiten als Volksgruppen in den Staat einzuordnen. Gleichgültig, welches Naziblatt man in die Hand nimmt, man kann mit einem Male mindestens 10 verschiedene Notizen lesen, wonach die Unterdrückung des Deutschen Formen angenommen hat, die einfach nicht mehr zu ertragen sind.

"Deutsche Kirchengemeinden unter polnischer Leitung" - "75 Prozent deutscher Kinder ohne eigene Schule" - "Deutsche Arbeiter ohne Hilfe" - "Wieder Entlassung Deutscher aus der Friedenshütte" - "Deutsche in Lipine und Schlesiengrube auf der Strasse verprügelt", das sind heute die Titel der gleichen Presse, die vor Wochen solche Notizen entweder überhaupt nicht gebracht hat oder nur unter Hinweis darauf, dass die polnischen Behörden diesen Ausschreitungen ein Ende bereiten werden.

Dem Verhältnis Deutschlands zu Polen wohnt noch insofern eine besondere Gefahr inne, als die Volksstimmung in Deutschland viel leichter gegen die Polen aufgebracht werden kann als gegen irgend ein anderes Nachbarvolk. Einem Bericht aus Südwestdeutschland entnehmen wir:

Es wird jetzt viel über den polnischen Korridor diskutiert und es ist die fast übereinstimmende Meinung im Volke, dass dieses Gebiet wieder an Deutschland zurückgegeben werden müsse. Wenn man schon Polen einen Hafen zubilligen wolle, dann könne dies auch in der Form der Schaffung eines Freihafens mit zollfreiem Transitverkehr geschehen. Fast überall kann man hören, dass es den Polen ganz recht geschehe, wenn es ihnen an den Kragen ginge. Denn erstens hätte in den Jahren 1918 bis 1920 niemand soviel zusammen-gestohlen wie gerade die Polen und dann seien sie auch jetzt gleich wieder dabei gewesen und hätten den wehrlosen Tschechen das Teschener Gebiet abgenommen. Man muss es als Tatsache hinnehmen, dass im deutschen Volke unter Einschluss der Nazigegner ein Vorgehen gegen Polen, und wenn es Krieg wäre, allgemein auf Zustimmung stossen würde.

2) Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren

a) Die Wirkung auf die Bevölkerung des Reiches

Die Einverleibung Böhmens und Mährens hat im deutschen Volke sehr verschiedene Reaktionen hervorgerufen, die sich etwa in vier Gruppen einteilen lassen:

1) Allem voran steht naturgemäss ein neuer grosser Prestigegewinn Hitlers. Die Ueberzeugung, dass dem "Führer" alles gelinge und dass die "anderen" immer wieder vor der Uebermacht Deutschlands kampflos zurückweichen, hat bei den primitiven Menschen neue Nahrung gewonnen.

2) Nicht gering ist aber auch die Zahl derjenigen, die diesem Gewaltstreich mit derselben stumpfen Gleichgültigkeit begegnen, die schon nach München vielfach zu beobachten war. Bei dieser Gruppe herrscht die Auffassung vor, dass auch die neue Eroberung die Lage der breiten Masse nicht verbessern, sondern eher noch verschlechtern werde.

3) Eine dritte Gruppe stellt kritische Ueberlegungen an. Sie fragt sich, wie die Einverleibung der "Tschechei" mit den früheren Versicherungen Hitlers in Einklang zu bringen sind, dass es ihm nur auf die "Befreiung unterdrückter deutscher Minderheiten" ankomme;

sie erkennt, dass hier zum ersten Mal der neue deutsche Imperialismus weithin sichtbar zu Tage getreten ist.

4) Weit verbreitet -und auch den unkritisch Begeisterten oder stumpf Gleichgültigen nicht fremd- ist schliesslich die Sorge, dass Deutschland mit dem neuesten "Sieg" der grossen kriegerischen Auseinandersetzung und damit der abermaligen Niederlage wieder um einen Schritt näher gerückt ist.

Zum Verständnis dieser Reaktion des deutschen Volkes muss man sich auch vergegenwärtigen, in welcher Weise das Volk durch die deutsche Presse über den Ablauf der tschechischen Krise unterrichtet worden ist. Nachstehend bringen wir als Beispiele für diese Art der Presseberichterstattung eine Reihe von Überschriften aus deutschen Zeitungen vom 13. bis 15. März:

B.Z. am Mittag

Nr. 62
Berliner Zeitung
1939 — 62. Jahr
DEUTSCHER VERLAG, BERLIN SW 68, Postamt-Sammel-Nummer 17 49 01

10 Pfennig
Auswärts 15 Pf.
3 Mark monatlich durch die Post

**täglich
AUTO-
MARKT**

Berlin, Dienstag, 14. März

Wie lange noch?

Der Brandherd Europas

Wachsende Empörung über den wilden Terror

Unerträglich!

Grimme am Grimme verhöflicht sich die Lage der deutschen Welt.

Holstein

General-Anzeiger für Neu-

Vom alten Benediktiner befehen

Die Lage in Europa ist eine solche, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr gesehen wurde. Die deutsche Welt ist in eine Lage geraten, die für die deutsche Nation eine schwere Aufgabe stellt. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen.

Julier

geblätt für den ehem. Kreis Bordschold

Postamt-Nr. 11. Druck von Kreis und Kreis. 20. März 1939. Die deutsche Welt ist in eine Lage geraten, die für die deutsche Nation eine schwere Aufgabe stellt. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen.

Druck: Carl Schmitt, Wismar. Verlagsleitung: Hermann Bock, Wismar.

Dienstag, 14. März 1939

Nummer 62 im 68. Jahrgang

Tschechen sprengen deutsche Häuser

Sechs verheerende Bombenanschläge in Preßburg — Mehrere Todesopfer
Das Leben der Deutschen in Iglaui in Gefahr — Ueberall wütet Tschechen-Terror.

Preßburg, 14. März. Die große Bombenanschläge in Iglaui am Sonntag und am Montag haben die deutsche Bevölkerung in Iglaui in eine Lage versetzt, die für die deutsche Nation eine schwere Aufgabe stellt. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen.

Die Lage in Europa ist eine solche, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr gesehen wurde. Die deutsche Welt ist in eine Lage geraten, die für die deutsche Nation eine schwere Aufgabe stellt. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen.

Die Lage in Europa ist eine solche, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr gesehen wurde. Die deutsche Welt ist in eine Lage geraten, die für die deutsche Nation eine schwere Aufgabe stellt. Die deutsche Nation muss sich dieser Aufgabe stellen und sie mit aller Kraft bewältigen.

**Benes-Chaos
statt Münchener Ordnung.**

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelsblatt)

und Handelsblatt

(Frankfurter Zeitung)

Postfach-Bureau Nr. 1000, Frankfurt a. M. — Druck- und Verlagsanstalt — Pabst, Frankfurt a. M.

Neue Unterdrückung und Gewalttat.

Die Deutschen in Brünn und Iglau werden überfallen und mißhandelt. — Bajonettangriffe und Schüsse. Zahlreiche Verletzte. — Tschechisches Staudrecht in der Tys.

Freitag, 14. März 1930

20 Fig.

Zweites Morgenblatt

88. Jahrgang Nr. 135 Zweimalige Ausgabe

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelsblatt)

und Handelsblatt

(Frankfurter Zeitung)

Postfach-Bureau Nr. 1000, Frankfurt a. M. — Druck- und Verlagsanstalt — Pabst, Frankfurt a. M.

Die Gewalttherrschaft fordert neue Opfer.

Tschechisches Militär gegen Deutsche und Slowaken. — Die Zahl der Toten und Verletzten steigt. Die Unterdrückten beharren auf ihrem Recht.

Die alten Fehler bleiben.

Die tschechische Gewalt.

Die tschechische Gewalt ist in der Tat ein neues Opfer, das die Unterdrückten fordern. Die alten Fehler bleiben.

Die tschechische Gewalt ist in der Tat ein neues Opfer, das die Unterdrückten fordern. Die alten Fehler bleiben.

Dr. Eise beim Führer. Die tschechische Gewalt ist in der Tat ein neues Opfer, das die Unterdrückten fordern. Die alten Fehler bleiben.

Die Tschecho-Slowakei fällt auseinander.

Aber noch immer halten die Terrorakte an. — Wieder Todesopfer und Verletzte.

Die Slowakei erklärt sich unabhängig.

Freitag, 14. März. (DPS) Der slowakische Senat, der heute morgen in einer geheimen Sitzung zusammentrat, hat die Unabhängigkeit der slowakischen Slowakei ausgerufen.

Dr. Eise hat eine neue Regierung gebildet.

Ungarischer Einmarsch in die Karpatho-Ukraine.

Freitag, 14. März. (DPS) Die hier bekannt wird, haben in Verfolg der zahlreichen Tschechenfälle, die tschechische Soldaten an der Karpatho-Ukraine Grenze penetranter, ungarische Truppen die Grenze der Karpatho-Ukraine überschritten.

Kalsteinscher Courier

Schreckenstag in Iglau

für Neumünster

Tageblatt für den ehem. Kreis Borsdorf



Schreckenstag in Iglau

für Neumünster

Tageblatt für den ehem. Kreis Borsdorf

Schreckenstag in Iglau

Schreckenstag in Iglau

für Neumünster

Tageblatt für den ehem. Kreis Borsdorf

Beneschs Haßgeist tobt wieder

Brünn unter Tschechenterror — Empörende Überfälle auf Volksdeutsche fördern viele Verletzte — Schmähungen des Führers, des deutschen Volkes und seiner Hoheitszeichen

Brünn, 13. März. (DPS) Die tschechische Gewalt ist in der Tat ein neues Opfer, das die Unterdrückten fordern. Die alten Fehler bleiben.

Brünn, 13. März. (DPS) Die tschechische Gewalt ist in der Tat ein neues Opfer, das die Unterdrückten fordern. Die alten Fehler bleiben.

Im übrigen entnehmen wir unseren Berichten:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Der Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei ist für Hitler ein neuer grosser Prestigeeerfolg gewesen. Auch innerpolitische Gegner erklären jetzt, dass er ein grosser Mann sei. Durch die Erfolge Hitlers wird die unterirdische Unruhe, die in letzter Zeit erheblich zugenommen hatte, sehr gedämpft. Gegen solche Erfolge, wie sie Hitler aufweisen kann, gibt es keine Argumente, auch nicht das Argument, dass die Tschechoslowakei überfallen sei und dass Hitler ein Unrecht begangen habe. Natürlich denken viele Menschen darüber nach, ob die Tatsachen mit den Erklärungen Hitlers übereinstimmen, wonach es keine fremden Völker haben wolle. Aber auch ruhig und objektiv Urteilende lassen sich von der ungeheueren Propaganda, nach der Hitler Ruhe stiften musste, beeinflussen. Nach und nach kommen zwar immer mehr Nachrichten aus dem Ausland, besonders durch die englischen Sender nach Deutschland herein, aber durch die jahrelange Absperrung der Menschen hat ihre Ueberlegungsfähigkeit - bis auf eine Schicht von geschulten Leuten - arg gelitten. So hat das System gute Aussichten, durch riesige Anstrengungen das Volk in rasende Begeisterung zu versetzen und diese Anstrengungen werden gemacht. In Düsseldorf allein fanden z.B. in der vergangenen Woche 26 Versammlungen mit dem Thema "Vor neuen Aufgaben" statt. In diesen Versammlungen gibt es natürlich Begeisterung genug, denn hier wird dem Publikum alles nett serviert. Von einer allgemeinen Begeisterung kann jedoch keine Rede sein. Besonders in Westdeutschland und vor allem im Grenzgebiet herrscht bei der Arbeiterbevölkerung recht gedrückte Stimmung in Erwartung neuer schwerer Gefahren. Bei Geschäftsleuten, beim sogenannten mittleren Bürgertum ist es recht eigenartig. Diese Leute wissen zwar, dass der Sieg ohne Kampf sich nicht ewig fortsetzen lässt, aber sie hoffen trotzdem, dass Hitler weiter keinen Widerstand finden werde. Dabei nehmen sie keineswegs immer klar Stellung für oder wider die Methode, also auch nicht dazu, ob der Ueberfall auf die Tschechoslowakei zu rechtfertigen ist. Diese Leute wünschen aber, dass es so weitergehen möge, weil dadurch der Krieg vermieden werden könne. Ihnen ist es im Grunde völlig gleichgültig, ob Deutschland neue Gebiete oder Kolonien bekommt, die Hauptsache ist für sie, der Krieg wird verhütet; mit welchen Mitteln - danach fragen sie nicht.

In den ausgesprochen nationalsozialistischen Kreisen hatte man am 15. März eine gewisse Angst wegen der Folgen. Die kleinen Leute in der Bewegung, auch die Amtswalter der unteren Grade wollen genau so wenig in den Krieg ziehen, wie der grösste Teil des Volkes. Darum herrschte auch am 15. März nicht gerade grosse Begeisterung, vielmehr sah man gespannt und sorgenvoll der weiteren Entwicklung entgegen. Erst am Abend, als es klar schien, dass Hitler keinen Widerstand finden würde, schlug die Stimmung um. Nun war natürlich alles begeistert, die HJ zog mit Fackeln durch die Strassen, von den Rathäusern herunter wurden Reden gehalten usw.

Und die oppositionellen bürgerlichen und sozialistischen Schichten? Sie wollen natürlich auch Frieden. Da sie aber sehen, dass der Friede so auf die Dauer nicht erhalten werden kann und da sie Hitlers Sturz wünschen, so möchten sie den Krieg, in dem sie die Hoffnung erblicken, dass das System fallen könnte. Haltung und

Aktivität dieser Schicht wird stark beeinflusst von dem Widerstand, den die Diktatur im Ausland findet.

2. Bericht: Der Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei hat in der Bevölkerung sehr starke Unruhe entfesselt. Man konnte feststellen, dass man dem tschechischen Volk überall Sympathie entgegenbrachte, und dass man den Einmarsch verurteilte. In der Grube, in den Waschräumen und auf der Strasse wurde die Angelegenheit mit grosser Offenheit besprochen. Dabei klagte man das System ziemlich deutlich an; aber auch Frankreich und England bekamen ihr Teil ab. Es wurde über diese beiden Länder sehr verächtlich gesprochen, weil sie wohl früher bei jeder Gelegenheit sofort eingriffen, wenn sich die Republik nicht streng an den Versailler Vertrag hielt, Hitler aber machen liessen, was er wolle.

In den Bergarbeitersiedlungen von X. und Y. wurden am Abend des 15. März zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Von Begeisterung war keine Spur. In der grossen Bergarbeitersiedlung Z. I und II war trotz des Befehls zum Flaggen nachmittags um 3 Uhr noch keine Fahne herausgehängt. Erst als in den Abendstunden die HJ und die SA lärmend durch die Strassen zog, und SS und Polizeistreifen alle nichtbeflaggten Häuser aufsuchten, bekamen die Strassen ein einheitlicheres Bild.

In den Kreisen des Mittelstandes war die Furcht vor dem Kriege noch grösser als in Arbeiterkreisen. Dass England und Frankreich nicht sofort eingegriffen haben, um die Tschechen zu schützen, wurde von diesen Leuten als Zeichen der Beruhigung hingenommen. Ein Geschäftsmann erklärte, man müsse und solle Hitler ruhig gewähren lassen, nur so würde der Krieg verhindert werden. Es habe ja doch keinen Zweck, sich Hitler entgegenstellen zu wollen, der mache in Europa was er wolle. Das Verhalten der anderen Staaten zeige, dass die anderen zu schwach seien, um Hitler Einhalt gebieten zu können.

3. Bericht: Bei uns war seit Wochen eine lebhafte Kampagne gegen die Tschechoslowakei geführt worden. Man sprach davon, dass man in Prag kochendes Wasser auf Deutsche gegossen habe, dass Schüsse gegen Deutsche gefallen seien, dass man ein Parteihaus in Prag gestürmt habe, dass sich der blindwütige Hass der Tschechen sogar gegen die deutschen Frauen gerichtet habe. Die bekannten niedrigen Instinkte des Tschechenvolkes seien amtlich von der Regierung entfesselt worden, der Pöbel beherrsche die Strasse usw.

Trotzdem kam der Einmarsch für die allermeisten völlig überraschend. Umso grösser war dann die Sorge, als am Morgen des 15. März bekanntgegeben wurde, dass die deutschen Truppen die Grenze überschritten hatten. Es entstand eine sehr grosse Erregung und viele rechneten mit dem allgemeinen europäischen Kriege.

Als dann klar wurde, dass nichts weiter passieren würde, da meinten viele, dass die Politik Hitlers falsch sei, dass er ein Unrecht begangen habe, denn er habe immer betont, dass er die Tschechen gar nicht wolle. Erheblich zur Klärung der Lage haben übrigens die ausländischen Sender beigetragen, die es jetzt manchem gestatten, sich ein objektiveres Urteil zu bilden.

Im hiesigen Standort hatte ich Gelegenheit festzustellen, dass nicht alle Offiziere so hoch über Hitler denken, wie es des öfteren dargestellt wird. Jedoch denkt kein Offizier daran, sich gegen das System irgendwie aufzulehnen, obwohl es sehr viele gibt, die

Hitlers Politik für falsch halten. Im übrigen werden im Kriegesfeld nicht nur die Offiziere, sondern auch alle anderen Soldaten marschieren. Dass es zum Kriege kommen wird, davon ist man allgemein überzeugt.

In Nazi- und in manchen bürgerlichen Kreisen hofft man, ja sind viele davon überzeugt, dass England durch die Entwicklung bereits so schwer getroffen worden ist, dass es ohne dringendste Not nicht zum Kriege schreiten wird. Auch meint man, die Völker ausserhalb Deutschlands und Italiens wollten unter keinen Umständen Krieg. Deshalb werde auch niemand Hitler Einhalt gebieten. Da Hitler keine Angst vor "Drohungen" habe, so werde man bald sehen, was er sich noch alles zurückhole. Man ist überzeugt, dass der neue Schlag bald folgen wird, nur weiss niemand, nach welcher Seite er geführt werden wird.

4. Bericht: Bei uns ist durch die Besetzung der Tschechoslowakei die Ueberzeugung nur noch gestärkt worden, dass der Krieg eines Tages kommen muss. Niemand glaubt an die Versicherung des Führers, dass es nicht an ihm liege, wenn immer wieder Differenzen auftreten. Die Nazis lassen gar keinen Zweifel, dass sie weitere grosse Dinge vorhaben. Es herrscht eine riesige Betriebsamkeit bei ihnen. Nicht nur werden eine Unmenge Versammlungen abgehalten, es wird auch organisiert wie niemals zuvor. Dabei wird die Friedenssehnsucht des deutschen Volkes weidlich ausgenützt. Die Nazis ziehen alle Register, um den Nachweis zu führen, dass nicht Hitler den Frieden gefährdet, sondern die anderen. Man darf nicht verkennen, dass es auch sehr viele Gegner Hitlers gibt, die sich durch solche Töne wenigstens vorübergehend neutralisieren lassen, die in Zweifel geraten, ob nicht doch etwas Wahres an den Behauptungen über die feindselige Einkreisung Deutschlands ist.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Ereignisse in der Tschechei haben aber in der deutschen Bevölkerung eine recht unterschiedliche Beurteilung erfahren.

Dass die Vereinbarungen von München nur etwas vorübergehendes darstellten und sich ganz selbstverständlich weitere Folgen ergeben würden, darüber war man sich in den Kreisen der Nazis absolut im klaren. Schon gleich nach der Besetzung des Sudetenlandes wurde in den Siegesversammlungen von den Parteirednern davon gesprochen, dass, wenn die Tschechen jetzt nicht Ruhe halten, dann mit ihnen reiner Tisch gemacht werde. Wurde der Gegeneinwand erhoben, dass dann mit einem Eingreifen Frankreichs und gar noch Englands gerechnet werden müsse, so lautete hierauf die Antwort immer: "Die Engländer sind nicht gerüstet und die Franzosen haben sowie-so eine schreckliche Angst vor uns." In Mannheim hat ein Parteiredner schon bei der Kundgebung am 30. Januar 1939 folgendes ausgeführt: "Wir haben auch heute noch in der Tschechei und besonders in der Slowakei viele Freunde, die für uns arbeiten und uns helfen, unser endgültiges Ziel, die weitere Ausdehnung nach dem Osten, zu erreichen."

Trotz all dieser vorbereitenden Vorgänge kam die Entwicklung in der Tschechei doch für die meisten Deutschen überraschend. Als die ersten Nachrichten kamen, war die allgemeine Meinung die, jetzt wird es losgehen, d.h., dass jetzt der Konflikt mit Frankreich, England und Russland kommen werde. Von Freudenkundgebungen horte man vorerst in der Bevölkerung nichts. Erst als Hitler von

Prag zurückkehrte, wurden solche Kundgebungen veranstaltet. Der grösste Teil der Bevölkerung nahm die Ereignisse trotz allem Tam-tam sehr ruhig, ja man kann sagen, ängstlich auf. Dazu kam noch, dass gleich in der folgenden Woche die Zuteilung von Fett, Butter, Eier, Margarine und besonders Kaffee noch schlechter wurde und nun hiess es allgemein: "Jetzt müssen wir die Zigeuner auch noch füttern und haben für uns wirkliche Deutsche selbst nicht genug."

Trotz allem Kraftbewusstsein hört man aber immer noch überall die Befürchtung aussprechen, dass es in absehbarer Zeit doch noch zum Kriege kommen werde. Im Volksmund heisst es: "Die werden jetzt immer frecher und werden noch mehr holen" und "Wer hoch hinaufsteigt, kann auch tief herunterfallen".

Zum grössten Teil ist das Volk der Ansicht, dass die Annektierung der Tschechei dem deutschen Volke nur Sorgen und Lesten bringen werde. Daneben kann man aber auch Stimmen hören, dass die Besetzung nicht mehr zu umgehen gewesen wäre, da die Tschechen die bei ihnen verbliebenen Deutschen verfolgt, misshandelt und sogar ermordet hätten. Bei diesen Leuten hat eben die Greuelpropaganda von Goebbels ihre volle Wirkung getan. Natürlich fehlt es auch nicht an Hundertprozentigen, die die Besetzung der Tschechei nur als einen Anfang ansehen und mit der baldigen Eroberung der Ukraine rechnen. Auch der Abschluss des Wirtschaftsvertrages mit Rumänien wird vielfach in diesem Sinne gewertet.

2. Bericht: Dass der Anschluss des Memelgebietes berechtigt gewesen sei, ist auch die Meinung bei den ehemaligen Sozialdemokraten. Memel wäre eine deutsche Stadt und habe immer zu Deutschland gehört. Ebenso glaubt man auch, dass Danzig bald wieder zum Reich zurückkehren werde. Ganz anders ist dies aber mit der Tschechei. Das will nicht hinunter. Als Beispiel ein Wirtshausesgespräch. Einige Geschäftsleute, von denen einige das Parteiabzeichen tragen. Wirt da einer in die Debatte hinein, Hitler habe doch im September erklärt, er habe keine Ansprüche mehr in Europa und nun habe er, richtig gesehen, doch sein Wort gebrochen. Darauf meint ein anderer mit Parteiabzeichen, Hitler habe doch schon im Jahre 1923 bei jener Gerichtsverhandlung wegen des Münchner Putsches erklärt, dass man einem Gegner gegenüber auch sein Ehrenwort nicht zu halten brauche, wenn es im Interesse der Bewegung liege. Diese Einstellung aber müsse umso mehr gelten, wenn es sich um ausländische Feinde handle und England und Frankreich wären nun einmal die Feinde Deutschlands.

3. Bericht: Die Eroberung der Tschechei hat natürlich bei vielen Leuten das Prestige Hitlers noch besonders gesteigert. Einheitlich ist allerdings diese Auffassung nicht. Andere sehen in dem Vorgehen einen Wortbruch und verurteilen diesen Wortbruch. Unter Geschäftsleuten und Handwerkern kann man viel die Meinung hören, dass all diese Gewaltstriebe nur unternommen werden, um das Volk von den übrigen Schwierigkeiten im Innern abzulenken und es nicht zum Denken kommen zu lassen.

In Wirtschaftskreisen wurde schon nach der Besetzung Oesterreichs und besonders nach der Besetzung des Sudetenlandes die Auffassung vertreten, diese Schritte würden nicht zur Befriedigung Europas beitragen. Es würde immer mehr gerüstet und dieser Rüstungswahnsinn werde früher oder später zur Katastrophe führen. Jetzt nach der Annektierung der Tschechei kommt diese Ansicht

noch weit stärker zum Ausdruck. Heute ist alles, einschliesslich der Hundertprozentigen, davon überzeugt, dass die allseitigen grossen Rüstungen zwangsläufig die grosse Entscheidung zwischen den Demokratien und den autoritären Staaten heraufbeschwören werden. Bei den Hundertprozentigen wird allerdings die Meinung vertreten, dass es zu einem schnellen Sieg über die Demokratien kommen werde und dann käme auch ganz automatisch die Aufrollung Russlands. Auf den Einwand, Napoleon sei auch in Russland gescheitert, wird prompt erklärt, damals seien ganz andere Verhältnisse gewesen. Heute habe man Flugzeuge, die auch grosse Entfernungen schnell überwinden könnten. Italien habe noch 1896 den Krieg gegen Abessinien verloren und ihn diesmal gewonnen, weil es über eine gut ausgebauten Flugwaffe verfügte. Aus dieser Argumentation verspürt man gut die planmässige Schulung durch die Partei heraus. Dem Volke wird systematisch die Ueberzeugung eingehämmert, dass niemand auf die Dauer Deutschland Widerstand leisten könne.

4. Bericht: Man muss gegenwärtig unwillkürlich den Eindruck bekommen, dass die Steigerung der Erfolge zugleich auch eine Steigerung der Gleichgültigkeit gebracht hat. Die Besetzung von Prag war natürlich für die ganze Bevölkerung eine Ueberraschung. Aber diese Eroberung hat noch weniger Begeisterung hervorgerufen, als die vorausgegangen. Selbstverständlich wurde der Beflaggungsbefehl allgemein befolgt, selbstverständlich traten die "Formationen" und die Statisten zu den befohlenen "Freudenkundgebeten" an, sie schrien auch "Sieg Heil", als das Kommando kam und sangen die "Lieder der Nation". Wer nur das gesehen hätte, könnte sich vielleicht täuschen. Aber die wahre Stimmung konnte man am besten im Gespräch mit den Einzelnen feststellen. Da gab es wohl Variationen in den Antworten, aber der Grundton war gleich. Fragte man: "Na, was sagen Sie jetzt?", so konnte man folgende Antworten hören: "Ich finde nicht, dass sich etwas geändert hat, es wird alles weitergehen wie bisher. Mich interessieren diese "Erfolge" gar nicht." Ein Kühnerer sagte: "Ich meine, man hätte die Tschechen in Ruhe und unter sich sein lassen sollen, das kann nicht gut ausgehen." Ein anderer: "Einmal hören diese Erfolge auf, dann kommt die Katastrophe. Was soll denn in einem Krieg aus uns werden, wenn es schon jetzt an allen Ecken fehlt. Den Italienern traue ich gar nicht, die werden uns nicht helfen, wenn es ernst wird und sie sind auch keine guten Bundesgenossen, wenn sie tatsächlich an unserer Seite kämpfen." Wieder ein anderer sagte: "Wir haben schon einmal immer gesiegt und es hat ein böses Ende genommen. Auch der Napoleon hat erfahren, dass man nicht immer siegen kann und dass auch die schönsten Erfolge nach einer gewissen Zeit nichts mehr nützen. Man sollte doch jetzt Schluss machen und sich mit den Anderen verständigen. Da es jetzt nur noch 65 Gramm Kaffee gibt, die Buttration immer kleiner wird und das Brot immer noch nicht sein normales Aussehen hat, würden Verbesserungen auf diesen Gebieten viel mehr interessieren."

Es herrscht eine grosse Beklemmung unter den Leuten. Fast alle halten den Krieg für unvermeidbar. Sie waren stets darüber erstaunt, dass sich das Ausland bisher alles bieten liess, sind aber zugleich der Ueberzeugung, dass dies seine Grenze haben wird. Die Auslandssendungen werden begierig gehört, vielleicht sogar mehr, als die deutschen Sender, wenigstens in diesem Gebiet. Die beachtete Lenkung durch Tendenzmeldungen oder Verschweigen wichti-

ger Tatsachen, hat hier ihren stärksten Widerstand. Die Leute sind orientiert. Den Parteistellen ist dies nicht unbekannt. Sie versuchen alles, um die Bevölkerung aufzupumpen, die "Lassheit" zu verschleichen und Verständnis für das grosse historische Geschehen zu schaffen. Das hat unter der Jugend Erfolg, aber auch hier ist es nur ein Teil, der sich für solche Angelegenheiten interessiert. Die Mehrheit läuft mit, weil es verlangt wird, ohne innere Anteilnahme. Die ständigen Einberufungen ungedienter und gedienter Leute geben natürlich den Besorgnissen weitere Nahrung.

Schlesien, 1. Bericht: Die Stimmung nach der Besetzung der Tschechei und der freiwilligen Unterwerfung der Slowakei kann im oberschlesischen Grenzgebiet auf einen Nenner gebracht werden: "Wohin soll dieser Wahnsinn führen!" Diese Frage stellt man sich sogar unter Nazis, soweit sie nicht in Posten sitzen. Siegestimmung über die neuen Erfolge des Führers kann man nur bei der Schuljugend, der Hitlerjugend und den jüngeren Formationen der SA antreffen. Unter den politisch geschulten Arbeitern herrscht die Ansicht vor, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten bereits ein derartiges Ausmass angenommen haben, dass dem Regime nur noch der Krieg als Ausweg bleibt. Nachdem einmal die Kriegsvorbereitungen ein solches Ausmass erreicht hätten, gäbe es kein "Zurück" mehr. Die kleinen Geschäftsleute denken vor allem an die neuen Bettelaktionen, die nun wieder kommen werden: "Denn diese Erfolge müssen wir wieder bezahlen und was aus den "eroberten Gebieten" herausgeholt wird, das endet doch alles in der Kriegsmaschine, davon haben wir im Volke nichts." In den Kreisen der Unternehmer aber sagt man sich: "Das Ausland wird es sich nicht gefallen lassen, dass Deutschland zum Herrn der Welt wird! Wir haben das ja schon vor 1914 erlebt!" - Bei ihnen gesellt sich zur Angst vor dem Krieg die Angst vor der Bolschewisierung des Regimes: "Alle Erfolge können darüber nicht hinwegtäuschen, dass wir mit Riesenschritten dem Bolschewismus zueilen, vor dem man uns schützen wollte. Die Vorprobe haben wir ja bereits im November bei den Judenverfolgungen erlebt."

Die militärischen Vorbereitungen gegen die Tschechei waren von langer Hand vorbereitet. Am 3. März verliessen die Gleiwitzer und Kosler Regimenter ihren Standort mit unbekanntem Ziel. Es hiess, dass sie die Truppen im Sudetengebiet ablösen sollen. Am 5. März kamen die Breslauer Motorabteilungen über Leobschütz nach der tschechischen Grenze, am 7. März wurden auch die Oppelner Kasernen geräumt und es hiess auch hier, sie sollten das im Sudetengebiet stehende Militär ablösen. Bis zum 12. März kamen aber weder in Gleiwitz noch in Kassel oder Oppeln Ersatzkräfte an. Hingegen wurde ein Teil des Grenzschutzes mit Waffen versehen und entlang der polnischen Grenze zum Wachtdienst eingesetzt. Auch zuverlässige SA-Abteilungen, ältere Jahrgänge, besonders Geschäftsleute und Beamten wurden eingezogen und zum Grenzdienst abkommandiert, und zwar mit einer Ablösung von "ein Tag Dienst, ein Tag frei". Die in den SA-Heimen in Bereitschaft gehaltenen Sturmabteilungen sind um den 10. März, als die ersten Zwischenfälle aus der Tschechei gemeldet wurden, in unbekannter Richtung abkommandiert und wie inzwischen bekannt geworden ist, in die Sudetengebiete abtransportiert worden.

2. Bericht: Vom 3. März an wurden im Industriegebiet Mobilmachungs-befehle erteilt. Die Mobilmachungsbeefehle bezogen sich nicht nur auf Mannschaften, sondern auch auf Kraftwagen, Pferde und Verkehrsmaterial jeder Art.

Vom 6. bis 15. März mussten die Grossindustrie und auch grössere Lieferungsfirmen ihre Kraftwagen ausschliesslich der Militärverwaltung zur Verfügung stellen. Eigentliche Einziehungen von Reservemannschaften sind nicht erfolgt, wiewohl für den 12. März, wenigstens in Oppeln, bereits Mobilmachungsplakate zum Anschlag bereit lagen.

Danzig, 1. Bericht: Die Zerschlagung der Tschechoslowakei ist der bisher unpopulärste Erfolg Hitlers gewesen. Fast alle Leute, mit denen ich selbst sprach, sagten: "Aber die Tschechen sind doch keine Deutschen, und jetzt sollen sie auch Nationalsozialisten werden?" Ein Beamter, der niemals eine eigene politische Anschauung gehabt hat, jetzt natürlich Mitglied der NSDAP ist, erklärte mir, es sei natürlich eine grosse Tat des Führers, dass er das Reich wieder vergrössert habe, aber er verstehe eigentlich nicht, dass er jetzt Tschechen zu Deutschen machen wolle. Es sei ja möglich, dass das gar nicht beabsichtigt werde, das schrieben ja auch die Zeitungen. Man könne sich aber doch denken, dass die Tschechen, wenn sie erst zum Reich gehören würden, nichts mehr zu sagen haben werden. Er glaube nicht, dass das auf die Dauer gut auslaufen werde. Er sei im Kriege an der österreichischen Front gewesen und habe gesehen, wie wenig gute Oesterreicher die Tschechen damals waren. Jetzt, nachdem sie einmal einen eigenen Staat gehabt hätten, würde es doch wohl noch ein wenig schlimmer werden. Sicherlich würden im Falle eines Krieges doch viele Tausende von Soldaten nur dazu gebraucht werden, die Tschechen niederzuhalten.

Es ist ganz klar, dass bei einem Vorherrschen derartiger Meinungen eine Siegesstimmung nicht aufkommen kann. Die Kritik kann überall zu leicht einsetzen. Natürlich glaubt kein Mensch, auch die Nazis nicht, an die Berichte, wonach die Tschechen sich hilfe flehend an Hitler gewandt hätten. Die Nazis lächeln nur darüber und sagen sich: Hitler steckt doch alle in die Tasche, er weiss auch immer Ausreden, er ist wirklich ein genialer Kerl! So denken übrigens auch sehr viele politisch Indifferente. Sie fühlen sich etwa in der Rolle eines Beobachters, der abwartet, wer noch alles daran glauben muss, und der sich nicht genug darüber wundern kann, was doch ein "genialer Mann" sich alles leisten darf.

Die wirklich oppositionellen Kreise sind dieses Mal nicht so niedergeschlagen wie nach Oesterreich und bei der Besetzung des Sudetenlandes. Das hat verschiedene Gründe. Erstens hat man sich allmählich an solche Dinge gewöhnt und wundert sich über nichts mehr. Zweitens nimmt man an, dass dieses Mal die Wirkung im Ausland wirklich stark sein wird. Man hofft darauf, dass Chamberlain werde gehen müssen, weil doch jetzt vor aller Welt bewiesen sei, wie sehr er sich von Hitler habe an der Nase herumführen lassen.

Ganz allgemein haben die unerwarteten Ereignisse die Kriegsfurcht wieder erhöht. Es hat sich sofort die Auffassung in den Köpfen festgesetzt, dass, wenn auch im Augenblick nichts besonderes geschehen werde, es über kurz oder lang, eher über kurz, zu sehr entschiedenen Reaktionen der Westmächte kommen müsse, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollten.

2. Bericht: Der Eindruck, den der Einmarsch Hitlers in Böhmen und Mähren gemacht hat, ist keinesfalls für die Nazis günstig. Man hört immer wieder die gleiche Meinung, nämlich dass die Tschechen im Reich nur als Sprengkörper wirken werden. Sie werden unzuverlässig sein und innerlich die Deutschen hassen. Das werde sich besonders im Falle eines Krieges zeigen. Man merkt übrigens vielen Urteilen an, dass sie durch die deutschen Sendungen des englischen Rundfunks befruchtet sind, die, wie man allgemein hört, in der letzten Zeit sehr häufig abgehört worden sind. (Übrigens waren sie manchmal nicht sehr deutlich zu hören. Ob das auf atmosphärische oder planmässige Störungen von deutscher Seite zurückzuführen war, kann ich nicht beurteilen.)

Vor allen Dingen hat die Besetzung der Tschechoslowakei plötzlich wieder die Kriegsangst der Leute vergrössert. Das besonders in Anbetracht der verschiedenen Erklärungen Chamberlains, aus denen die Leute endlich die Bereitschaft herauszuhören glauben, dem Raubzug Hitlers nach allen Seiten einen Damm entgegenzusetzen.

Dass Hitlers Prestige durch die Einverleibung der Tschechoslowakei erhöht worden sei, kann man nur in sehr beschränktem Masse sagen. Selbstverständlich sind die eingefleischten Nazis der Ansicht, dass der "Führer" wieder einmal eine Grosstat vollbracht habe. Aber die grosse Masse der Bevölkerung ist durchaus gleichgültig geblieben.

3) Berichte aus Prag

1. Bericht: Am Morgen des 15. März, als kaum die ersten deutschen Soldaten im Weichbild von Prag sichtbar wurden, haben die Deutschen nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan bereits alle wichtigen amtlichen Stellen besetzt. Die Raschheit war verblüffend. Das erste war natürlich die Gleichschaltung der Nationalbank, die man sofort besetzt und in deutsche Verwaltung übernommen hat. Bereits um 9 Uhr früh erging an alle Banken der Auftrag, sofort die Safes zu sperren. Alle dort anwesenden Kunden mussten die Bankgebäude verlassen. Am zweiten Tag befahl das "Sonderdivisionenkommando Prag" den Bankinhabern auf hektographiertem Formular, die jüdischen Kontos und Depots sicherzustellen. Abgesehen von 1.500 Kronen, die wöchentlich behoben werden können, darf über die Guthaben bis heute nicht verfügt werden. In einigen Banken hat man angefangen, die "jüdischen" Depots unter Aufsicht der deutschen Behörden zu öffnen.

Ein grosser Teil der Schulen ist besetzt und in Kasernen umgewandelt worden. Wo sie ihre Kinder unterrichten wollen, ist in solchen Fällen Sache der Tschechen.

Die Soldaten verhalten sich anständig zur Bevölkerung, bemühen sich sogar, freundlich zu sein. Man hat im allgemeinen den Eindruck, dass die Kompetenzen des Militärs recht gering sind. Die bewaffnete Macht bildet nur die bedrohliche Kulisse, der Terror, das sogenannte "Durchgreifen" bleibt der SS überlassen, deren Angehörige mit der Zivilbevölkerung ausserdianstlich kaum in Berührung kommen.

Das Hauptvergnügen für die jungen Soldaten ist das Essen. Sie schlingen unglaubliche Mengen von Fleisch, Leckereien und Obst in sich hinein und fühlen sich dabei sichtlich wohl.

Natürlich werden nicht nur die Lebensmittelgeschäfte ausgekauft. Bereits am ersten Tage begann der Run vor allem auf die Textilwarenläden, Schuh- und Ledergeschäfte. In der ersten Woche hielten viele Inhaber nur zweimal zwei Stunden am Tage offen. Zehn bis zwanzig Leute standen gewöhnlich schon Schlange, wenn wieder ein Schub eingelassen wurde. Dann kam die Bestimmung heraus, dass den ganzen Tag verkauft werden müsse, und zwar zu den Preisen, die vor dem 1. März verlangt worden waren. Als der Ausverkauf daraufhin rascher als erwünscht war von staten ging, forderte man die Kaufleute auf, jeweils nur einen Anzugsstoff, nur ein Tischtuch, nur ein Paar Schuhe an den Kunden abzugeben. Das hat natürlich nichts geholfen. Die Leute können ja wiederkommen, so oft sie wollen. Gegenwärtig schwimmen die Kaufleute in Geld und sind sehr unglücklich darüber, denn sie können die Lager, wenn überhaupt, so nur mit erheblichen pekuniären Verlusten auffüllen. Uebrigens haben sich die deutschen Besatzungsoffiziere in der Hauptsache für Lederwaren interessiert und unheimliche Mengen von Koffern, Aktentaschen, Gürteln usw. erstanden.

Was in Offizierskreisen vorgeht, erfährt man im Übrigen kaum. Man weiss nur, dass alles ausgezeichnet organisiert ist und z.B. der Nachrichtendienst erstaunlich funktioniert. Die wichtigen ausländischen Funkreden sind bereits am gleichen Tage in hektographierten Abschriften in der Hand der militärischen Stellen. Der Bevölkerung gegenüber verhalten sich die Offiziere genau so anständig wie die Mannschaften.

Die Deutschen haben ein spottschlechtes Wagenmaterial. Von den unzähligen Fahrzeugen, die dauernd die Stadt durchdröhnen, bleibt alle Augenblicke eines mit einer Panne hängen. Dann müssen auch die tschechischen Handwerker, die gerade in der Nähe sind, helfen. Auch die Monturen der Besatzungssoldaten sind schlechter als die des bisherigen tschechischen Militärs. Diese wurden denn auch massenweise aus den Kasernen abgefahren, ebenso die Waffen.

Die tschechische Einwohnerschaft bekundet ihre Ablehnung durch Schweigen und Starrheit. Man geht an den Besatzungssoldaten vorbei, als seien sie Luft. Wenn man mit Tschechen unter vier Augen ist, sprechen sie sich gelegentlich aus. Sie sind sehr erbittert darüber, von den demokratischen Bundesgenossen im Stich gelassen worden zu sein. Das veranlasst sie aber natürlich nicht dazu, die Deutschen zu schätzen. Im Gegenteil, ein tschechischer Freund sagte mir: "Wenn Dir Dein Bruder nicht geholfen hat, einen Einbrecher unschädlich zu machen, bist Du Deinem Bruder sehr böse, aber Du liebst deshalb den Einbrecher noch lange nicht." In tschechischen bürgerlichen Kreisen ist man vielfach der Auffassung, dass es nach der Zerstückelung des Landes im September 1938 schon ganz gleichgültig war, ob der übrige Teil, die "Resttschechei", wie die deutschen Zeitungen ihn zu nennen pflegten, nun auch noch besetzt wurde.

In unheimlicher Weise ist der Spitzeldienst organisiert. Schon am 15. März um 9 Uhr früh rückten mit den ersten Truppen grosse Autobusse an, die jeweils mit 30 bis 40 Zivilbeamten der Gestapo besetzt waren. Tschechischsprechende Sudetendeutsche müssen schon vorher zum Spitzeldienst ausersehen gewesen sein, denn sie waren erstaunlich rasch auf dem Posten. In den Prager Kaffeehäusern vollzieht sich die Bespitzelung häufig so: Zwei Gestapobeamte sitzen gemeinsam an einem Tisch. Wenn zwei Gäste miteinander flüstern, können sie die Worte zwar nicht verstehen, aber - wenn ihnen die Sache wichtig genug erscheint - folgen sie den Gesprächs-

partnern, bis diese sich trennen. Dann verhört man sie einzelnen darüber, was der Inhalt des Flüstergesprächs gewesen sei. Widersprechen sich die Angaben, so gilt das bereits als Beweis dafür, dass staatsfeindliche Äusserungen gefallen sind und die sofortige Verhaftung kann die Folge sein.

Man erfährt wenig darüber, wieviele Verhaftungen vorgenommen werden. In der ersten Zeit waren die Strassen nachts (zunächst von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh, später erst von 11 Uhr an) für die Zivilbevölkerung gesperrt. Man weiss, dass diese Zeit benützt wurde, um die Opfer der Gestapo abzuholen und fortzuschaffen. Alles vollzieht sich in unheimlicher Stille und Undurchsichtigkeit. Das vergrössert den Schrecken. Auch über die Zahl der Selbstmorde, die man allgemein für sehr hoch hält, erfährt niemand etwas Genaueres.

In Prag, wo viele Auslandsberichtersteller sitzen und wo vor allem die Bevölkerung in überwiegender Mehrheit tschechisch ist, hat sich die Annexion verhältnismässig ruhig vollzogen. Wir wissen, dass es in Mähren, besonders in Brünn, zu wüsten Gewalttaten gekommen ist. Verbürgt ist, dass sich unter den Verhafteten im ganzen Lande ausserordentlich viele tschechische Legionäre befinden.

Ausländische Zeitungen sind in Prag natürlich nicht mehr zu haben und die tschechischen Blätter bringen in wortgetreuer Uebersetzung die Meldungen des Deutschen Nachrichtenbüros. Die Buchhandlungen sind in erster Linie voll von Auswandererliteratur. Es gibt Sprachführer, fremdsprachliche Unterrichtsbücher, geographische Werke usw.

Verzweifelt ist die Lage der Juden. Die Gelder der Emigrantenhilfsorganisationen sind sofort beschlagnahmt worden, vor allem auch das Geld der "Hicem". Alle Ausspeisungen haben aufgehört, und die Emigranten, von denen sich ein Teil versteckt hält, sind dem Hunger und der Verzwelung preisgegeben. Die Prager Juden bemühen sich, einen Rest ihres Besitzes zu retten und womöglich ins Ausland zu entkommen. Aber es gibt kaum Visa. Viele Familien werden auseinandergerissen. Der Sohn bekommt vielleicht Einreisebewilligung nach Bolivien, die 17-jährige Tochter findet eine Hausstelle in England, und die Eltern bleiben in Prag zurück. Dabei erachten sich die Leute noch glücklich, wenn es überhaupt einem oder dem anderen Familienmitglied gelingt, dem Dritten Reich zu entkommen. Die Bestimmungen jagen einander und widersprechen sich dauernd. Heute wird eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Steuerbehörde verlangt, morgen wird die Ausgabe solcher Bescheinigungen gesperrt, übermorgen wieder zugelassen; einen Tag später, nachdem die Auswanderer stundenlang Schlange gestanden haben, wird irgend eine andere Behörde damit beauftragt, solche Fälle abzufertigen. Diese dauernde Unsicherheit steigert die Verängstigung ins Masslose.

Im täglichen Leben merkt man von Antisemitismus wenig. Ein grosser Teil der Bevölkerung lehnt den Raubzug gegen die Juden schroff ab. Es gibt allerdings auch unter den Tschechen einige Leute, die froh sind, die jüdische Konkurrenz loszuwerden. An der Abhalfterung der jüdischen Anwälte z.B. war die tschechische Anwaltschaft führend beteiligt. Die jüdischen Advokaten mussten binnen 24 Stunden ihre Praxis aufgeben.

In Prag weiss man, dass gegenwärtig jeder Widerstand gegen Hitlers Macht unsinnig wäre. Aber es wird den Nationalsozialisten nie gelingen, das Land wirklich gleichzuschalten. Eine Millionen-

scher von hasserfüllten, unterdrückten Menschen - die Zukunft wird zeigen, wie dem Dritten Reich dieser Bissen bekommt.

2. Bericht: Am 14. März abends war man auf eine Besetzung gefasst und in den Morgenstunden erwartete man bereits das Eingreifen der Gestapo, die ja mehr oder weniger bereits in den verschiedensten Aemtern vertreten war. Viele angebliche Tschechen haben sich als deutsche Spitzel herausgestellt. Das Verhalten des Militärs ist einwandfrei. Ueber Verhaftungen und Selbstmorde kamen die verschiedensten Gerüchte auf, die sich aber zum grossen Teil als unwahr erwiesen haben.

Heute, 12 Tage nach der Besetzung, kann ohne Uebertreibung festgestellt werden, dass mit Ausnahme jener Kreise, die Geschäfte mit Deutschland und durch Deutschland machen wollen, die Gegnerschaft des Volkes allgemein ist. Jeder ist bereit, Sabotage zu treiben. Was geschehen kann, geschieht, um den neuen Herren Schwierigkeiten zu machen. Niemand gibt sich dazu her, Auskunft zu erteilen, wenn er nicht muss. - Grosses Echo hat hier die Erklärung Benesch's bzw. seine Proteste gegen die Besetzung an die Münchner Paktträger hervorgerufen, und die Bildung einer tschechischen Auslandsregierung unter Benesch in Amerika wird als der erste Schritt des Kampfes gegen Deutschland betrachtet. Der Hass gegen alles, was deutsch ist, nimmt hier Formen an, die man nie erwartet hat. An eine längere Dauer der deutschen Gewaltherrschaft in der Tschechei glaubt niemand. Von den Slowaken hofft man, dass sie bald ihren Irrtum erkennen und wieder mit den Tschechen in einer Front kämpfen werden.

X. ist heute der einzige Punkt, wo Flüchtlinge aller Art, politische Emigranten, Beneschleute und Juden, die Möglichkeit haben, ins Ausland zu flüchten. Die militärische Verwaltung, die bis heute noch wenig von der Gestapo durchgesetzt ist, hat hier zahlreiche Verhaftungen verhindert. Wenn trotzdem viele Selbstmorde zu verzeichnen sind, so waren sie mehr der Panikstimmung zuzuschreiben. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo Offiziere, denen man Emigranten vorführte, diese wieder freilassen und ihnen den "Guten Rat" gaben, bald zu verschwinden. Soldaten haben in Gemeinschaft mit tschechischen Grenzern flüchtenden Emigranten und Juden beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten gemacht. Man liess sie einfach laufen und wollte selbst nicht sehen, was vorging. Auch dort, wo die Gestapo bereits durchgegriffen hat, haben Offiziere Verhaftungen rückgängig gemacht.

Die Schulen sind ohne Ausnahme geschlossen. Lehrer, die sich weigerten, die ihnen vorgelegte Deklaration zu unterschreiben, dass sie Hitler als den Protektor der Tschechei anerkennen, wurden verhaftet. Entschlossen sie sich zur Unterschrift, so wurde ihnen Wiedereinstellung in Aussicht gestellt. Die Redakteure der liberalen und demokratischen Zeitungen, tschechische und deutsche, sind ohne Ausnahme verhaftet worden, soweit sie nicht vorher nach Polen geflüchtet sind. In einzelnen Grenzgebieten nach Polen hin, sind bereits Befestigungsarbeiten aufgenommen und für diese Teile bereits Sperrgebiete geschaffen worden, die kilometerweit nicht mehr betreten werden können. Ausserdem werden in den letzten Tagen grössere Truppenbewegungen festgestellt.

Die Nahrungsmittelgeschäfte sind nur drei Stunden am Tage offen, es ist ja meist alles ausverkauft; die Preise werden auf dem bis-

herigen Stand gehalten. Ueberall herrscht grosse Unsicherheit und Angst vor dem Krieg. Die Panikstimmung hat hier in den letzten zwei Tagen auch auf die Nazideutschen übergegriffen, denn sie sollen in grosser Zahl nach dem Reich abtransportiert werden. Man ist enttäuscht, dass die Bevölkerung aus X. nicht ohne besondere Genehmigung der Militärbehörden nach dem Sudetengebiet reisen darf; auch Wohnungsumzüge aus der Stadt aufs Land sind verboten.

3. Bericht: Oft ist in den letzten Tagen gefragt worden, warum die Tschechen nicht kämpften. Warum nicht? Weil sie vom Einmarsch der deutschen Truppen erst erfuhren, als diese schon marschierten und weil sie bewaffneten Widerstand in diesem Augenblick als aussichtslos ansahen. Im September waren die Tschechen kampfbereit und kampftentschlossen. Wie entschlossen sie waren, vermag nur ganz zu erkennen, wer in tschechischen Städten die Stunden der Mobilisierung miterlebte. Das Münchner Diktat hat ihnen die Waffen aus der Hand geschlagen. Die Rest-Tschechoslowakei war fast wehrlos, das am 15. März durch die "schlagartige" Aktion Hitlers überraschte tschechische Volk war völlig wehrlos.

Wie aber dieses Volk die Okkupation seines Landes empfand, das zeigte sich beim Einmarsch der deutschen Truppen in Prag. Der Graben, der Wenzelsplatz und alle Seitengassen waren so überfüllt, so sehr drängten sich dort die Menschenmassen, dass die Truppen wie auf den Schultern der Menge daherruderten. Beim Anblick der ersten deutschen Soldaten eine Stille, die fast feierlich wirkte. Dann - aufbrausend, trotzig, kraftvoll die tschechische Hymne, das "Kde domov můj!", aber ohne den slowakischen Teil. Und als das Lied verklungen war, plötzlich ein tausendfaches "Pfui! Räuber, Fort mit Euch!" - Die Soldaten marschierten wie mit Gesichtern aus Holz, ohne die geringste Reaktion, nur darauf bedacht, vorwärtszukommen. Tschechische Polizei und Gendarmerie vermochten die Demonstranten nicht abzudrängen, so wurde tschechisches Militär eingesetzt, um den Deutschen die störungsfreie Besetzung Prags zu ermöglichen.

Der 16. März war schon wieder Alltag. Die Strassen waren voll Militär, das sich abplagte, die vielen, sehr vielen steckengebliebenen Kriegsmaschinen wieder flott zu machen. Es ist richtig, dass die deutschen Tanks im Vergleich mit dem hochwertigen tschechischen Kriegsmaterial einen fast unseriösen Eindruck machten. Aber dass so viele Wagen stecken blieben, ist darauf zurückzuführen, dass -so erklärten es wenigstens die Soldaten- man nicht mit der Möglichkeit gerechnet hatte, in einen schneereichen Winter hineinzufahren und deshalb die Maschinen nicht mit entsprechendem Öl versorgt hatte. Die überwiegende Mehrheit der Tschechen ignorierte die Tanks und die deutschen Soldaten. Andere aber, dem Schwejk-Sektor zugehörig, umringten die Soldaten, pflanzten sich vor und neben den Geräten auf und waren plötzlich mitten in der Unterhaltung: "Das sind ja Schiebkarren! Da hättet Ihr unsere Tanks sehen sollen! - Schmecken Euch unsere 'Vlasta'? Was, die sind besser als Eure Zigaretten! - Was sagt Ihr dazu, wie billig alles in unseren Buffets ist und was man alles bekommt? Arme Hascherln, das wird Euch schmecken!"

Die Buffets waren auch bald überfüllt, und man sah die Deutschen alles Essbare in buntem Durcheinander verschlingen: Kaffee, Würstchen, Kuchen. Aber auch in die anderen Geschäfte drängten sich die Überraschten und rasch kaufgierig gewordenen

Soldaten. Am dritten und vierten Tage waren viele Geschäfte im Stadttinnern bereits ausverkauft.

Die Soldaten - ruhige, bescheidene Burschen - waren sehr überrascht, weder von den Misshandlungen der Deutschen, die zu befreien sie doch gekommen waren, etwas zu bemerken, noch von der schrecklichen Not der Bevölkerung. Und es waren doch Feldküchen mitgebracht worden! Es kam sehr häufig vor, dass arme Leute, denen die Gaben der Feldküchen zugedacht waren, aus dem Buffets Würstchen und Semmeln brachten und den Bedienungsmannschaften gaben: "Das schmeckt besser als Euer Gullasch!"

Kein einziger der Soldaten - und mit sehr vielen wurde gesprochen - war begeistert: "Wenn wir nur schon wieder heraus wären aus der Scheisse! Der Führer kriegt ja nie genug! Jetzt werden wir zwei, drei Wochen hier bleiben und dann nach Rumänien marschieren." - Alle Soldaten waren der Meinung, die Tschechoslowakei sei nur eine Station auf dem Wege nach Rumänien...

Die Nazis triumphieren und jubeln natürlich. Und ausser den deutschen Juden sind so ziemlich alle Deutschen Nazis. Selbstverständlich sehen sie die Okkupation als Dauerzustand an. Und ebenso selbstverständlich lassen sie es die Tschechen fühlen, dass sie nun die Herren sind. Und sorgen so dafür, dass der Deutschenhass, den freilich jetzt kein Tscheche offen zeigt, sich als gefährlicher Explosionsstoff aufstaut. Wie musste es die Tschechen kränken, dass Hitler auf dem Hradschin sein Quartier aufschlug! Wie sehr müssen sie es als ausgesuchte Demütigung empfinden, dass man die Trikolore durch eine blau-rote Fahne ersetzt! Nichts anderes als beabsichtigte Kränkung konnten sie in der deutschen Militärparade sehen, in der Umbenennung von Strassennamen, in der Einführung eines rein-autoritären Regierungs- und Verwaltungssystems, in hundert grossen und kleinen Bestimmungen, deren Objekte sie sind. - In Prag gab es nicht nur eine Militärparade - es zogen im Triumph, überlaut ihre bekannten Lieder singend, die Henlein-Ordner aus den sudetendeutschen Gebieten über den Wenzelsplatz. Sie ahnen nicht, welchen Hass sie gesät haben!

Der tschechische Faschismus, der ja nie sehr stark war, ist einfach verschwunden, seit der deutsche Faschismus sich des Tschechenstaates bemächtigt hat. Der Faschismus ist jetzt identisch mit Deutschland und deshalb ganz unmöglich. Edvard Beneš ist heute der Führer der Tschechen! Mag die Absperrung gegen ausländische Zeitungen und Zeitschriften noch so dicht, die Pressezensur noch so streng sein - überraschend schnell erfährt das tschechische Volk, was Beneš sagt, welche Aktionen er plant - und es vertraut Beneš, glaubt an ihn, hofft auf ihn!

Was die von Hitler eingesetzten tschechischen Funktionäre sagen, ist belanglos. "Die müssen so reden!" Was die Zeitungen schreiben, wird verlacht. "Die müssen so schreiben." - Die Tschechen werden sich den Verordnungen, denen sie unterworfen werden, fügen. Sie werden die Verwaltung ihrer Gemeinden und Bezirke durch Organe des von Deutschland angeordneten "Nationalausschusses" dulden. Aber sie werden nie aufhören, diese Verwaltung als ungesetzlich, diese Verordnungen als Zwang zu empfinden. Es gibt nichts, was die Tschechen gewinnen oder auf die Dauer unterwerfen könnte. Sie werden passiv bleiben - und warten. Und dabei unangreifbar sein.

4) Das deutsche Volk und die "Einkreisung"

Die Entschlossenheit der englischen Politik, der deutschen Expansion Grenzen zu ziehen, hat auf das deutsche Volk grossen Eindruck gemacht. Der Gegenstoss der deutschen Propaganda besteht vor allem darin, die demokratischen Mächte als Urheber einer neuen Einkreisungspolitik hinzustellen und als "Kriegshetzer" zu verdächtigen. Als Beispiele für diese Propaganda reproduzieren wir auf den Seiten A 25 und 26 eine Reihe von Zeitungsüberschriften, die erkennen lassen, dass diese Vorkriegspropaganda sich kaum noch von einer regelrechten Kriegspropaganda unterscheidet.

Die nachstehenden Berichte lassen erkennen, dass die entschlossene Haltung der Westmächte ihre Wirkung auf das deutsche Volk nicht verfehlt hat und dass die deutsche Propaganda -nicht zuletzt dank der ausländischen Radiosendungen- keine ausreichende Gegenwirkung hervorbringen kann.

Rheinland-Westfalen: In eine neue Phase tritt jetzt die innere Entwicklung durch die dem Volk nicht mehr zu verheimlichende Einkreisung Deutschlands. Die Nazis tun so, als ob das alles nicht so schlimm sei. Auf erhebliche Teile der Jugend macht diese geheuchelte Wurschtigkeit auch Eindruck, aber es gibt noch immer diejenigen, die den Weltkrieg miterlebt haben, die wissen, was es heisst, gegen die ganze Welt im Krieg stehen zu müssen und die schliesslich miterleben mussten, wie Deutschland zusammenbrach, weil der Feinde zu viele und die Hilfsmittel erschöpft waren.

In hohen Nazikreisen meint man, die Aenderung der Machtverhältnisse in Mittel- und Osteuropa sei so gross, dass heute Deutschland in der Lage sei, der Einkreisungspolitik mit Erfolg zu begegnen. Es herrscht in diesen Kreisen unbegrenzter Optimismus und grosse Siegesicherheit. Die Unsicherheit, die noch am 15. März teilweise bestand, ist verschwunden. Jetzt glaubt man, stark genug zu sein, um allen kommenden Dingen ruhig entgegensehen zu können, auch einem Kriege.

Südwestdeutschland: Die Propaganda gegen die Westmächte ist jetzt hauptsächlich gegen England gerichtet. In den Hausgängen der öffentlichen Verwaltungen hängt zur Zeit ein grosses Plakat, das die "Greuelthaten" der Engländer in Palästina darstellt. Auch in der Presse wimmelt es von "Greuelmeldungen" gegen England.

Das Vertrauen in einen Sieg Deutschlands im Kriege ist im deutschen Volke nicht stark. Wer den Siegesglauben von 1914 noch in Erinnerung hat, muss sogar zum Schlusse kommen, dass die Volksstimung jetzt schon einen Krieg für verloren hält. Man ist vielfach überzeugt, dass Deutschland sechs Wochen den Gegner an die Wand drücken kann. Dauere der Krieg länger als nur ein paar Wochen, dann werde derjenige siegen, der das meiste Geld habe und das wären nun einmal die Engländer und Amerikaner.

Holsteinischer Courier

General-Anzeiger für Neumünster



Tageblatt für den ehem. Kreis Bordesholm

Abdruckpreis: 14 Pf. die 1. u. 2. Seite oder deren Raum, 10 Pf. die 3. u. 4. Seite im Textteil.
Der Abonnent erhält 10 u. 6. Kündigung. — Ziffern- und Buchstaben-Ziffern: 10 Pf.
Kaufpreis, Nachschlüssel A. — Verlags-Mitglied: Karl Wachold, Hamburg 610 33.

Erhalten ist: Nachmittags. Preis im Stadtbez. monatl. 1,75 M., halbjährl. 8,25 M.,
jährlich 16,50 M. (einschl. 10 Pf. für den 1. u. 2. Band). — Verlags-Mitglied: Karl Wachold, Neumünster, Tel. 3291 04.

Nummer 68 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Karl Wachold, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Sachl, Neumünster.

Dienstag, 21. März 1939

Einkreisungshetzer weiter am Werk

Paris faselt von einem ungarisch-polnisch-rumänischen Block — Der höchst zweifelhafteste Faktor Sowjetrußland — Phantasien um kollektiven Widerstand gegen „Aggressionsakte“

Nummer 72 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Karl Wachold, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Sachl, Neumünster.

Donnerabend, 25. März 1939

Antideutsche Koalition ist gescheitert

Paris und London müssen den vollen Mißerfolg der Einkreisungshetze zugeben
Polen macht nicht mit und Moskau will nicht ohne Warschau unterschreiben

Nummer 77 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Karl Wachold, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Sachl, Neumünster.

Freitag, 31. März 1939

Widerstand gegen Roosevelts Kriegskurs

Das amerikanische Volk will den Frieden, aber Roosevelt bereitet den Krieg vor.
Ein Kriegsgegner von 1917 fordert grundsätzliche Änderung der Außenpolitik

Nr. 74 — Dienstag, 28. März 1939

Ausgabe B

Deutsche Bodensee-Zeitung

Konstanzer Nachrichten · Linzgau-Vote
Freie Stimme · Pfundendorfer Anzeiger



Singener Zeitung · Stodacher Zeitung
Heuberger Volksblatt · Hegauer Erzähler

Verleger: Karl Wachold, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Sachl, Neumünster.
Druck: Carl Wachold, Neumünster i. Holst.

10. (7.) 300 000

Die britische Selbstentlarbung

Der Informationsbruch der Einkreisungspläne — Die Haltung der kleinen Staaten

Augenzeugen großer Stunden

Neue Wachen der Reichswehr
(Von unseren allmächtigen Mitarbeitern)

Bodensee-Rundschau

Nationalsozialistisches Kampfblatt

für das deutsche Bodenseegebiet

Konstanzer



Beitrag

für den Kreis Konstanz:
Konstanz, Stöckli, Oberlinner

Amliches Verkündigungsblatt
umfassend die Amtsbezirke

Amliches Verkündigungsblatt
umfassend die Amtsbezirke

Dienstag, den 25. März 1939

8 (213) Jahrgang - Folge 74

Die Kriege

[illegible]

Donnerstag, den 25. März 1939

Joba-Front

Hauptstadt Karlsruhe

Deutschlands Lebenskampf!

Zentralbüro "Deutschland" haben die
reformierten
die Volkstruppen zur Zentralbüro

• 1000
• 2000
• 3000

[illegible][illegible]

HEUTE: Der **NAZ Sport**

Preis 10 Pf.

NEUE ABENDZEITUNG FÜR DEN GAU SAAR PFALZ

99. Jahrgang Nr. 87 **Ausgabe Saar-Westfalen** Montag, den 20. März 1939

Demokratisch-sowjetrussische Einheitsfront gegen Deutschland

Einfältige englische Drohungen — Französische Presse bläst in das gleiche Horn — Die Sowjetdiktatur
Hauptfaktor eines geplanten demokratischen Paktes

Gemding, den 1. April 1900. volkswirtschaftl. Stellung Seite 5

London ist jedes Mittel recht

„Neues englisches Lügenmanöver gegen Deutschland“

Nummer 72 im 68. Jahrg. Holstein Courier, Tagesblatt für den ehem. Kreis Bornsee

Donsevents
akration Z
Amerikaners
Bride

In der Londoner Hexenküche

Diplomat, Bullen-man, Drolet und Ford im Dunde

London, im März. Der französisch-englische Chat wurde ein britischer und heute ein russischer Dampfer.

37 er miedt erst sechs Monate her, daß
 Willebrand die neue letzte Kasse...

Trotz aller Propaganda wird auch Italien im Volke nach wie vor mit Misstrauen betrachtet. Die Italiener werden uns doch wieder im Stich lassen, das ist die allgemein verbreitete Auffassung.

Schlesien, 1. Bericht: Unter den Arbeitern, besonders im Bergbau, herrscht ein reges politisches Interesse. Die Radiosendungen, besonders Englands und Moskaus, werden eifrig diskutiert. Die Nichtanerkennung der Okkupation der Tschecho-Slowakei durch Frankreich, England und Amerika hat grosse Genugtuung ausgelöst. In der Donnermarckshütte wagte es sogar ein Facharbeiter, seinem Nazifreund offen vorzuhalten: "Chamberlain hat Hitler vor der ganzen Welt einen Lügner genannt, der Londoner Sender hat das weitergegeben und man protestiert dagegen in Berlin nicht. Es muss doch wahr sein, wenn die Welt Hitler wie einen Lügner behandelt." Der Nazi wandte nur kleinlaut ein: "Na, das werden wir erst einmal sehen".

An einen deutschen Sieg glaubt man hier nur im Fall eines Blitzkrieges. Man weiss auch, dass im Ernstfall die ganze Welt gegen Deutschland marschieren wird. Man glaubt nicht einmal daran, dass Italien dann auf der Seite Deutschlands stehen wird.

2. Bericht: Die Sorge, was die kommenden Tage Deutschland bringen werden, tritt in fast jedem Gespräch immer deutlicher zutage. Die Besetzung des Memellandes wird wenig diskutiert, die Augen sind heute auf London und Paris gerichtet. Es hat eine gewisse Befriedigung innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen, dass nun endlich Hitler ein Halt geboten wird. Auf diese Weise erwartet man, dass Deutschland wenigstens in den kommenden Monaten sich eine gewisse Reserve auferlegen wird, dass man eines Morgens nicht wieder vor irgend einer Ueberraschung stehen wird. Niemand glaubt, dass Amerika, England und Frankreich weitere deutsche Gewaltstreiche dulden werden, aber niemand wünscht auch eine Lösung, die durch den Krieg herbeigeführt werden soll. Und doch sieht man keine andere Lösung als den Krieg, weil kaum anzunehmen ist, dass Hitler auf dem einmal beschrittenen Weg zurück kann.

In den Versammlungen der SS, SA und des Bundes deutscher Osten wird geflissentlich die Ansicht vertreten, dass die Westmächte bei weitem mit ihren Rüstungen nicht fertig seien und Deutschland heute nicht mehr einholen könnten. Inzwischen aber werde Deutschland seine Hauptziele, die Wiedergewinnung aller seiner früheren Gebiete, erreicht haben und dann werde schliesslich doch eine Vereinbarung mit Frankreich und England zustandekommen, in der anerkannt werde, dass die Führung Europas in deutschen Händen liegt.

5) Die deutsche Grenzlandpropaganda

Das nationalsozialistische Deutschland hat von Anfang an alle deutschen Minderheiten in den angrenzenden Ländern -und nicht nur in diesen- zum Ziel einer systematischen Propaganda gemacht, die in mehr oder minder verhüllter Form auf die "Heimkehr ins Reich" gerichtet ist. Diese Propaganda in Dänemark, in Belgien, in Frankreich, in der Schweiz, überall, wo deutsche "Volksgenossen" leben, hat in

letzter Zeit an Intensität eher zu- als abgenommen. Sie ist nur im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit durch die dramatischen Ereignisse in Südosteuropa zurückgedrängt worden. Die nachstehenden Berichte sollen deshalb erneut die Aufmerksamkeit auf diese Seite der deutschen Expansionsbestrebungen lenken.

Die Methoden, deren sich die deutsche Grenzlandpropaganda bedient, sind überall die gleichen. Die organisatorische Grundlage bilden die Auslandsorganisation der NSDAP, der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) und die Arbeitsfront. Je mehr Deutschland dazu überging, Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben, umso mehr Bedeutung bekam von allem die DAF. Propagandamittel sind in erster Linie Grenzlandsendungen des deutschen Rundfunks und die Massenverbreitung reichsdeutscher Zeitungen.

Besonders lebhaft war die deutsche Grenzlandpropaganda in der letzten Zeit in Belgien aus Anlass der belgischen Wahlen. Im Gebiet von Eupen-Malmedy sind die gleichgeschalteten deutschen "Volksgenossen" in der "Heimattreuen Front" organisiert. (Die Henlein-Partei in der Tschechoslowakei nannte sich ursprünglich "Sudetendeutsche Heimatfront"!) Nach der Annexion des Memellandes schrieb die Malmedyer Zeitung, das Organ der "Heimattreuen Front" (Nr. 157 vom 25. März 1939):

mus zurnanengren wollen, die noch immer ihre Aufgabe in der Erhaltung von Bruchstücken des verfallenen Wahnwahns sehen wollen. Alle jene, die noch immer nicht erkannt haben, daß auch der letzte Stein des Memelländer Gebäudes zerbröckeln wird, weiß eben das Recht letzten Endes über Macht und Unrecht liegen muß, — sie alle mögen an dem freiwilligen Entschluß der litauischen Regierung ein Beispiel nehmen.

Wir Eupen-Malmedyer, die wir deutscher Art und Abstammung sind, die wir daselbe Schicksal erlitten wie unsere Brüder im Memelland, beglückwünschen, von tiefer Freude bewegt, unsere Schicksalsgenossen zu ihrer Befreiung. Wie ihr mutiges Ausharren uns in der Vergangenheit ein Beispiel war, so bestärkt uns jetzt ihr Sieg in unserem unerschütterlichen Glauben an den weiteren, unaufhaltsamen Siegeszug des Rechts.

die sogenannte »K
früher-bieß — bei
»Katholik
die ganz dummen
Volkspartei, ist
Gegner der heil
Flagge, unter der
gleichgültig. Der k
jismus mag den
darum auch derselb
Daß es überhaupt
medy gibt, daran
menschlich Schuld.

Wie alles kam

Am Montag war der litauische Außenminister Urbis nach Berlin gereist, wo er längere Besprechungen mit Reichsminister

Stimmung im Memelgebiet sei derart, daß die Regelung der Frage auf der vom Reich vorgeschlagenen Basis zur Vermeidung von Zusammenstößen jetzt dringend notwendig sei.

Stets hat die K
fühlt für Gerechtigkeit
fremden Bevölkerung
die kräftigste Stütz
politik.

Ueber die Tätigkeit der deutschen Grenzlandpropaganda in Belgien wird uns berichtet:

Eine sehr ausgedehnte und äusserst intensive deutsche Propaganda hat in Belgisch-Limburg eingesetzt. Der Herausgeber der "Deutsch-belgischen Rundschau", Ehlert, hält Versammlungen ab und entfaltet auch sonst eine starke Aktivität. Anfang des Jahres fand im

Café Görtz in der Vennestraat in Winterslag eine grosse Versammlung der DAF für ganz Limburg statt, an der ausser den Funktionären der DAF Vertreter der Gesandtschaft aus Brüssel und wahrscheinlich auch aus Frankreich teilnahmen.

Das Hauptzentrum der deutschen Nazis befindet sich in Eisden. Hier wird demnächst eine deutsche Schule eröffnet werden. Später sollen auch deutsche Kinder aus Waterschei, Zwartberg und Winterslag in diese Schule gehen. Die Kinder werden in der Schule kostenlos verpflegt. Für die gesundheitliche Ueberwachung ist ein deutscher Arzt vorgesehen. Der deutsche Schullehrer ist schon angekommen, er trägt mit Vorliebe die deutsche Luftschutzuniform. Er soll zugleich auch der Leiter der DAF in Limburg werden.

Neben der Propaganda für die Rückwanderung deutscher Staatsangehöriger und die Einwanderung fremder Staatsangehöriger nach Deutschland hat eine erhöhte Tätigkeit der NSV eingesetzt. Krankliche Kinder werden z.B. auf Kosten der NSV nach Deutschland zur Erholung geschickt. Dasselbe geschieht mit kranken Müttern. Auch diese Aktivität steht unter Leitung der DAF, die in Belgien erlaubt ist, weil es sich um eine "unpolitische Vereinigung" handelt.

Die DAF hat auch die Aufgabe, sich mit den Leitern der ehemaligen österreichischen Vereine und mit den noch bestehenden tschechischen Vereinen in Verbindung zu setzen. An mindestens drei Viertel der tschechischen Staatsbürger wurde zwei Wochen hindurch die "Essener Nationalzeitung" kostenlos geliefert. Der tschechische Schullehrer ist auf allen Veranstaltungen der DAF und die Leiter der tschechischen Vereine werden zu allen Veranstaltungen dieser Organisation eingeladen. Die DAF bemüht sich sogar auch um die entboltschewistischen Russen, die es im limburgischen Gebiet gibt. Die Führer dieser Weissrussen nehmen ständig an den DAF-Veranstaltungen teil. Viele Weissrussen sind in letzter Zeit Mitglieder der DAF geworden. Anfang des Jahres wurde an die Weissrussen ein Flugblatt ausgeteilt, in dem sie aufgefordert wurden, für die Errichtung einer Grossukraine einzutreten.

In Belgien erhielten in der letzten Zeit viele Auslandsdeutsche, die bisher nicht Leser einer reichsdeutschen Zeitung waren, jene Zeitungsnummern zugesandt, die besonders viele Stellenangebote enthielten. Alle diese Inserate waren rot angestrichen.

Interessant ist auch, dass sich das Deutsche Frauenwerk jetzt besonders mit der Erfassung der Grenz- und Auslandsdeutschen in den Grenzgebieten von Luxemburg, Belgien und Holland befasst. Die Agitatoren des Frauenwerks kommen unter irgend einem Vorwand ständig in die Grenzgebiete und agitieren dort unter den deutschsprechenden Frauen. Da mit dieser Agitation auch fast immer das Versprechen materieller Unterstützung im Notfall verbunden ist, so ist diese Agitation nicht ganz ohne Erfolg.

Ähnlich ist die Situation in Holländisch-Limburg. Die DAF setzt die Bevölkerung in diesem Grenzgebiet regelrecht unter Druck. Nicht ohne Erfolg. Es steht z.B. fest, dass sich nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern auch Polen und Jugoslawen in die DAF aufnehmen lassen, weil sie glauben, dass sie auf diese Weise im Falle eines Krieges den Schutz der Deutschen geniessen werden.

Diese Darstellung wird ergänzt durch den nachstehenden Bericht aus dem Rheinland:

Auf der am 6. März im Kreise Geilenkirchen-Heinsberg abgehaltenen Arbeitstagung des VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) wurden besonders aggressive Referate gehalten. Einige Beispiele:

Kreisleiter Volm: "Der VDA ist ein wichtiges Hilfswerk des Führers. Er hat die Aufgabe, die deutschen Volksgenossen im Ausland aufzuklären über die Ziele des Reiches und sie in ihrem Volkstumskampf zu unterstützen. Gerade wir an der holländischen Grenze wissen, wie schwer es oft ist, im Ausland Verständnis für den Nationalsozialismus zu finden. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist es, das ganze deutsche Volk in- und ausserhalb seiner Grenzen festzusammen zu schmieden. Das verbürgt umso sicherer den Erfolg unserer Politik."

Landesleiter Winkelnkemper: "...Deutschland muss einen grösseren Lebensraum haben. Darauf haben wir schon dank unserer Leistungsfähigkeit Anspruch, die wir jahrhundertlang bis auf den heutigen Tag bewiesen haben. Nur ein so tüchtiges Volk wie das deutsche hat sich auf dem engen Lebensraum behaupten und entfalten können. Die deutschen Volksgenossen im Ausland bilden die Brücke, über die deutsche Kultur und deutsche Wirtschaftsgüter mit anderen Völkern in Verbindung kommen. Schon aus diesem Grunde verdienen sie unsere Sorge. Der Führer weiss genau, was er tut, er hat immer seine Pläne, auch was die Auslandsdeutschen betrifft. Das deutsche Volk und die Auslandsdeutschen müssen hinter ihm stehen..."

In Düsseldorf fand im "Goldenen Kessel" eine Versammlung statt, die vom "Bund zur Pflege persönlicher Freundschaften mit dem Auslande" veranstaltet worden war. Hier sprach der Gauleiter Kohnen. Er führte u.a. aus:

"Der Bund hat die Aufgabe, persönliche Freundschaften mit Ausländern zu pflegen und sie zu erstreben, ausserdem besonders Verständnis bei ausländischen Freunden für unser deutsches Vaterland, seinen Führer und sein Volk zu suchen... Der Briefwechsel mit Ausländern, zur Zeit besonders mit Engländern, kann sehr viel zur Aufklärung beitragen und manchem Greuelmärchen den Garaus machen. Zu dieser Aufklärungsarbeit kann ein jeder beitragen, und der Bund, der über ganz Deutschland verbreitet ist und in jeder Stadt eine Ortsgruppe besitzt oder gründet, wird für einen Teil gegen die Greuelhetze zu Felde ziehen und den Friedensstörern das Handwerk legen."

Praktische Winke für den Briefwechsel und eine Adressenverteilung schlossen sich an.

Ueber die Grenzlandpropaganda gegen Frankreich wird aus der Saarpfalz berichtet:

1. Bericht: Der Saarbrücker Sender setzt seine Sendung "Das Grenzecho" eifrig fort. Da es den französischen Zeitungen verboten ist, über einen Spionagefall, in den ein elsässer Autonomist verwickelt ist, zu berichten, übernimmt der Saarbrücker Sender diese Aufgabe. Die autonomistischen Zeitungen umgehen das Verbot dadurch, dass sie vom Fall X. sprechen. Diese Artikel verliert also der Sprecher des Grenzchos und wiederholt immer wieder, um wen es sich bei dem Fall X. handelt unter genauer Angabe des Namens.

Dieses Zusammenspiel mit den Autonomisten wird immer deutlicher.

Die ganze Sendung "Das Grenzecho" besteht fast nur aus Zitaten autonomistischer und oppositioneller Aeusserungen gegen die französische Regierung. Sogar nach der Eroberung von Böhmen und Mähren boten diese Zeitungen Stoff genug, um die Sendung regelmässig fortsetzen zu können. Da wurden einige Zeilen entdeckt, die den Tschechen Vorwürfe machten, dort wurde eine Aeusserung gegen den Versailler Vertrag aufgeklaut, wobei ausnahmsweise auch einmal Linksblätter zitiert werden konnten. Jetzt hat man es auf Aeusserungen gegen ein Paktieren mit Russland abgesehen. Jeden Tag wird irgend eine Zeile entdeckt, die sich in dieser Richtung benutzen lässt. Alles wird natürlich so serviert, als ob es sich dabei um die Meinung der ganzen elsass-lothringischen Bevölkerung handelte, auch wenn nur eine Zeitung zitiert wird, die einige hundert Leser hat. Jedes Blättchen und jede Flugschrift eines Sonderlings bekommt so eine grosse Publizität. Die deutschen Hörer wundern sich über die weitgehenden Freiheiten, die das Nachbarvolk noch besitzt, dass es sich solche Kritiken gegen seine Regierung erlauben darf.

Der Kenner des Grenzgebietes auf beiden Seiten konnte feststellen, dass auch in Elsass-Lothringen eine Wirkung erzielt wurde, die nicht unterschätzt werden darf. Die deutschen Sender werden gerade von den älteren Leuten sehr viel eingestellt. Die Besetzung der Tschechoslowakei hat einen Umschwung herbeigeführt. Viele Elsass-Lothringer, die im Banne der deutschen Propaganda standen, sehen jetzt die Gefahr, die von Deutschland droht. Auch Autonomisten haben erkannt, dass es heute für ein kleines Volk unmöglich ist, neben dem gewalttätigen und vertragsbrecherischen Deutschland seine Souveränität oder Autonomie zu wahren.

2. Bericht: Am 30. März brachte "Das Grenzecho" vom Saarbrücker Sender ein Zitat aus einer autonomistischen Zeitung der Bretagne, die in Rennes erscheint. Mit grossem Pathos verlas der Sprecher diesen äusserst scharfen Angriff gegen die französische Regierung, die, nach der Meinung des bretonischen Autonomisten, zu Unrecht gegen die Annexion der Tschechei protestiere. Die Tschechen würden immerhin grössere Rechte behalten, als sie die Bewohner der Bretagne besässen. Mit einem Teil der den Tschechen verbleibenden Rechte wären die Bretonen schon glücklich. Man sieht also auch hier wieder, wie dieselben Deutschen, die hunderte Menschen totgeprügelt haben oder in den Konzentrationslagern leiden lassen, weil sie angeblich "Separatisten" waren, geradezu nach Separatisten im Ausland suchen und sie ermuntern und unterstützen, auch wenn ihre Bestrebungen noch so blöd sind und ihre Behauptungen von Unwissenheit und Lüge strotzen. Deutsche Separatisten sind Verbrecher, aber elsass-lothringische, bretonische, vlamische, deutschschweizerische usw. das sind verehrungswürdige und förderungswürdige Helden.

Ueber die Siegesfeiern in einer Schule nach der Eroberung der Tschechoslowakei erzählte ein neunjähriges Schulkind zuhause: "Als wir heute in die Schule kamen, mussten wir "Deutschland über alles" und "Die Fahne hoch" singen. Dann erzählte uns der Lehrer, dass der Führer wieder einen grossen Sieg errungen hat. Er zeigte uns auf der Karte, was wir wieder dazu bekommen haben und sagte, wir dürfen jetzt nur noch Grossdeutschland sagen. Dann sagte er, dass die anderen Staaten dem Führer nichts machen können. Sie müssen mit allem zufrieden sein, weil sie feig sind und weil Deutschland so stark ist, dass es niemand wagt, uns

anzugreifen. Jetzt werden wir auch bald Elsass-Lothringen bekommen und das Strassburger Münster wird wieder deutsch sein. Damit wir immer an diesen schönen Sieg denken, durften wir dann heimgehen."

In allen Orten der Saarpfalz finden gegenwärtig Veranstaltungen des VDA statt. Die Vorträge bewegen sich überall im gleichen Rahmen. Es wird darauf hingewiesen, wieviele deutsche Brüder noch zu befreien oder in ihrer schweren Deutschumsarbeit fern der Heimat zu unterstützen sind. In der Hauptsache hat man es auf Spenden und Beiträge zahlende Mitglieder abgesehen. Auch in den Schulen wird eine rege Tätigkeit entfaltet. Aus allen Weltteilen kommen "Pioniere" des Auslandsdeutschtums, die in Mitgliederversammlungen, in den Schulen und im Rundfunk sprechen. Da wird dann nachgewiesen, wie schwierig es ist, in diesen fernern Ländern Sprache und deutsches Kulturgut aufrechtzuerhalten und zur Geltung zu bringen, dem Deutschtum Respekt zu verschaffen und Verständnis für das Reich und die Taten Adolf Hitlers zu erwecken. Die Veranstaltungen klingen immer aus in der Aufforderung, engste Verbindung mit den Auslandsdeutschen zu halten und sie durch Zusendung von Briefen, Zeitungen, Büchern und illustrierten Publikationen zu erfreuen und enger an die Heimat zu fesseln. Unter diesem Einfluss gehen immer mehr Gemeinden dazu über, "Heimatbriefe" herauszugeben, die entweder direkt oder durch Vermittlung der Einwohner an die im Ausland lebenden Deutschen verschickt werden. Neben Illustrationen über das tägliche Geschehen werden Berichte über die wichtigsten Ereignisse und über die kommunalen Angelegenheiten der Herausgeberorte gebracht. Auf "Wunsch" stehen dann natürlich auch immer noch Schriften aller Art zur Verfügung, die ebenfalls an Bekannte und Verwandte verschickt werden sollen. Es wird stets Wert gelegt auf Bezahlung, aber in Ausnahmefällen erfolgt auch kostenlose Abgabe. Die Werbung zur Wiedererlangung der Kolonien steht bei diesen Schriften im Vordergrund. Aber auch die Elsass-Lothringer werden als Auslandsdeutsche behandelt, die auf ihre Befreiung warten, und schliesslich wird auch nie versäumt, auf die deutschsprechenden Schweizer zu verweisen, die unter schwächlichen Staatslenkern aus dem deutschen Gefüge herausgebrochen werden konnten, aber bestimmungsgemäss zum deutschen Volke gehören.

3. Bericht: Die Propaganda unter den Elsass-Lothringern wird hier in der Weise organisiert, dass man hieb- und stichfeste Nazis, die bis 1918 in Elsass-Lothringen ansässig waren, oder die dort Verwandte haben, auffordert, die Freundschaft enger zu gestalten. Man ermuntert sie, Bekannte aus Elsass-Lothringen einzuladen und sich selbst dorthin einladen zu lassen, um die Wahrheit über das neue Deutschland zu verbreiten. Auf Antrag werden die Reisekosten vom VDA bezahlt. Unter anderem wird auch darauf hingewiesen, dass angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Elsass-Lothringen die beste Gelegenheit zu dieser Werbearbeit sei.

Baden: Bei der Kundgebung, die in Mannheim am 19. März und aus Anlass der "Befreiung" der Tschechei abgehalten wurde, spielte der offizielle Redner auch auf Nordschleswig ein und erklärte, dass die deutschen Grenzen wieder so hergestellt werden müssen, wie sie 1914 waren; selbstverständlich gelte dies auch für Oesterreich.

Nach der Kundgebung fragten sich die Teilnehmer, ob diese Erklärung des Redners auch für Elsass-Lothringen und besonders für Südtirol gelte.

6) Weltuntergangsstimmung im Bürgertum

Wir haben in diesen Berichten wiederholt Zeugnisse dafür gebracht, dass auch die Schichten des deutschen Volkes, die bisher von der Staatskonjunktur profitiert haben, ihres Lebens nicht froh werden, sondern unter dem ständigen Druck der Unsicherheit aller Verhältnisse stehen. Dieses Gefühl der Unsicherheit ist in den letzten Monaten allgemein gewachsen, vor allem aber hat es in jenen grossbürgerlichen Schichten zugenommen, die lange Zeit mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. Diese Schichten, denen Hitler willkommen war, weil er sie von dem wachsenden Einfluss der Arbeiterbewegung, von der Kontrolle einer freien öffentlichen Meinung, von den Hemmungen einer demokratisch-parlamentarischen Regierungsform und einer unabhängigen Selbstverwaltung befreite, erkennen allmählich, dass sie vom Regen in die Traufe gekommen sind. Sie liessen sich nach 1933 gerne einreden, dass Hitler Deutschland vom Bolschewismus errettet habe. Jetzt kommen sie langsam dahinter, dass der Nationalsozialismus gerade vom Standpunkt ihrer Interessen nichts anderes als eine besondere Spielart des Bolschewismus darstellt. Kein Wunder, dass sie sich mitten im grössten Geldverdienen von dunklen Ahnungen bedrückt fühlen.

Ein gutes Beispiel für diese Stimmungen im deutschen Bürgertum ist der nachstehende Auszug aus einem Brief, den ein grosser deutscher Fabrikant während eines Auslandsaufenthalts an einen Freund im Ausland gerichtet hat:

"...Mein Brief wird Dich vielleicht enttäuschen, aber ich habe meine Meinung seit den Judenpogromen im November wesentlich geändert und schliesse mich den Geschäftsleuten an, die jetzt vor dem Nationalsozialismus ebenso viel Angst haben wie im Jahre 1932 vor dem Kommunismus, nur mit dem Unterschied, dass der Kommunismus schreck damals ein Phantom war, während der Nationalbolschewismus furchtbare Realität ist. Die Ueberzeugung in geschäftlichen Kreisen, dass nach den Juden wir "weisse Juden" an die Reihe kommen, ist allgemein. Umfang und Zeitpunkt der Ausplünderung "arischer" Geschäftsleute hängt von dem Ausgang der Kämpfe innerhalb der Nationalsozialistischen Partei ab...

Hat man irgend eine Garantie, dass nicht Hitler, der doch schliesslich nicht aus der organisierten Arbeiterschaft kommt, sondern aus der Hefe des fünften Standes und der Landsknechte,

eines Tages mit den Banditen gemeinsame Sache macht, die er gerufen und uniformiert hat? Der Unterschied zwischen seinem System und dem russischen ist viel geringer als Ihr im Ausland glaubt, wenn ich auch zugeben muss, dass wir formal immer noch selbständige Geschäftsleute sind. Aber Du machst Dir keinen Begriff von der behördlichen Kontrolle und den Machtbefugnissen der Nazis im Betrieb. Das Schlimmste ist, dass sie ohne jede wirtschaftliche Kenntnis sind, wie man sie früher bei den sozialdemokratischen Betriebsräten voraussetzen konnte. Ueber das "Teilen", das heisst das Aufzehren des Betriebskapitals sind diese Hirne noch nicht hinausgekommen, und so mancher Nazikapitalist beginnt allmählich die marxistische Theorie zu schätzen, die doch immerhin Aufklärung über die kapitalistische Wirtschaftsweise vermittelte. Wie kannst Du denn ein Geschäft nach kapitalistischen Grundsätzen führen, das heisst mit dem Ziele der Erhaltung und Erweiterung Deines Kapitals und Deines Betriebes, wenn Dir jede Sicherheit für Einkaufspreise und Verkaufspreise fehlt. Hinsichtlich des Einkaufs an ausländischem Material bist Du für Quantität, Qualität und Preise vollkommen auf die Willkür von Regierungsstellen angewiesen, und niemand mehr wird aus den dauernd wechselnden Auslandsabkommen und dem Zahlungsdurcheinander klug. Zur selben Zeit setzt man Dir Buch- und Kalkulationsprüfer in den Betrieb, die das Kunststück zu leisten haben, bei steigenden Einkaufspreisen die Verkaufspreise zu stabilisieren oder gar zu drücken. Von Preis-Elastizität, ohne die kein Kaufmann auskommt, ist keine Rede mehr. Während in Deinem Betrieb die Preise geprüft werden, sind Reisende und Agenten draussen gehemmt, weil man nicht weiss, ob sie nicht vielleicht zu Preisen verkaufen, die Dich und sie einige Tage später als "Wucherer" ins Kittchen bringen oder Dich wenigstens als Saboteur an dem glorreichen Vierjahresplan erscheinen lassen. Von der Steuerlast macht man sich keine Vorstellung, und jeder wird dreimal überlegen, ehe er gegen eine unmässige Einschätzung reklamiert. Man bezahlt also. Die öffentlichen Anleihen sind in meinen Augen nichts anderes als Vermögenskonfiskationen, denn so dumm ist doch kein Geschäftsmann, dass er glaubt, diese oder eine künftige Regierung werde die Staatsanleihen zurückzahlen oder sie in einigen Jahren auch nur noch mässig verzinsen können. Im Verhältnis zu den jetzigen Rüstungsanleihen waren die Kriegsanleihen sichere Papiere.

Natürlich rollt eine Menge Geld oder knistert wenigstens zwischen den Händen, denn Papiergeld rollt ja nicht. Wir Geschäftsleute verdienen leidlich, teilweise glänzend, aber ohne Sicherheit des Behaltens. Auch die Arbeiter haben zum grossen Teil ein gutes Einkommen bei gleichbleibendem Stundenlohn. Das heisst also, dass ein Arbeiter heute statt früher 6 Stunden etwa 11 bis 12 Stunden arbeitet, vielfach auch seine Frau und seine Kinder, und da kommt schon eine hübsche Summe zusammen. Da jede gewerkschaftliche Erziehung fehlt, gucken viele nur auf die Papierscheine und sind einigermaßen befriedigt, aber keineswegs zufrieden.

Das ist Dir vielleicht schwer klar zu machen, dass man eigentlich für den Augenblick finanziell nicht zu klagen hat, aber doch seines Lebens nicht mehr froh wird. Es ist eine geheime Wut im Volke, und zwar in allen Schichten. Das geht jetzt viel tiefer als die frühere Miesmacherei, als jeder an Details und einzelnen Führern herumstänkerte. Es entwickelt sich jetzt eine allgemein

ungünstige Stimmung gegen das System und es sind beinahe alle von Zweifeln angefressen, wenn sie nicht sehr jung, sehr dumm oder sehr am System interessiert sind. Deshalb kommen auch Rauschstimnungen wie nach dem Siege an der Saar nicht mehr auf, und immerhin gewaltige geschichtliche Ereignisse wie Oesterreich und Sudetenland bringen uns nicht mehr hoch, zumal jeder Geschäftsmann sofort sich sagt, dass die Hereinnahme bankrotter neuer Teilhaber in ein bankrotttes Unternehmen die Sache nur noch mehr verderben muss.

Wie gierig man im Reich nach Auslandsnachrichten ist, davon könnt Ihr Euch keine Vorstellung machen, und zwar trifft das auch auf Überzeugte Nazis zu. Der englische Radiodienst ist viel besser als der französische, oder wir bilden es uns nur ein, weil wir natürlich wissen, dass Englands Haltung entscheidend ist. Das Bündnis mit Italien ist für jeden einigermaßen politisch geweckten Deutschen viel unwichtiger und uninteressanter als unser Verhältnis zu England, und Du darfst mir glauben, dass im Gegensatz zu 1914 die meisten Deutschen einen Krieg gleich für verloren geben, wenn sich England gegen uns stellt, von Amerika ganz zu schweigen.

Wir bekommen nach einiger Zeit Krieg eine Revolution in Deutschland, im Vergleich zu der die französische Revolution ein Schützenfest war. Bei dem Hass, der sich aufspeichert! Und zwar wird es genau wie im Jahre 1918 nicht in der Arbeiterschaft losgehen, die viel verdienen wird, sondern im Heer, wo die jungen Offiziersschnößels sich genau so benehmen werden wie damals. Du weisst, ich bin kein Phantast, aber ich sage Massendesertionen der älteren Jahrgänge voraus, wenn sie im Felde sind. Andere fürchten, dass es bei den ersten kriegerischen Rückschlägen zu Massakern gegen die Nazis im Heere kommen wird. Jedenfalls wird die Naziregierung von Anfang an sich des Volkes nicht sicher fühlen und deshalb zu drakonischen Massnahmen schreiten müssen, die die Erbitterung noch mehr erhöhen.

Jawohl, wir gehen furchtbaren Zeiten entgegen, und Du kannst Dir meine Stimmung vorstellen, wenn ich hier mitten im Schlamassel sitze. Hätte ich auch nur 10.000 Dollar rechtzeitig über die Grenze geschafft, ja auch nur 5.000 Dollar, würde mich nichts mit meiner Familie länger im Reiche halten. Ich habe früher unseren Grossonkel H. nie verstanden, weil er in den achtziger Jahren alle seine Söhne schon als Knaben in Amerika erziehen und zu Bürgern werden liess, damit sie von der preussischen Militärknete befreit würden, aber heute kommen selbst mir, einem preussischen Kriegsoffizier, Ritter hoher Orden etc. pp. solche Gedanken, wenn ich meine Enkelkinder ansehe. "Für Kaiser und Reich" oder "Mit Gott für König und Vaterland" - das war noch eine Idee, aber Hinschlachten lassen für Gangster und Henkersknechte? Das wird einem alten Konservativen verflucht schwer.

Nun lies aber bitte nicht aus diesem Brief heraus, dass die Deutschen politisch wirklich gescheit geworden wären oder auch nur auf dem Wege dazu wären. Nein, das ist immer noch das alte deutsche Volk, das sich wie eine unverstandene alte Jungfer benimmt. "Hätten die Engländer rechtzeitig das getan!" und "Hätten die Franzosen rechtzeitig Konzessionen gemacht!" und "Wären die Amerikaner in den Völkerbund eingetreten!" - Schön, daran mag viel Wahres sein, aber ich suche immer wieder nach Deutschen, die

endlich mal von sich selber sagen: "Wären wir nicht solche Esel gewesen und hätten - ohne Unterschied der Partei - von Engländern, Franzosen und Amerikanern mehr gelernt, statt sie nur zu kritisieren, wäre weder Wilhelm noch Hitler möglich gewesen." Wir haben zwar ein Sprichwort, dass man durch Schaden klug wird, aber manchmal denke ich, wir werden durch Schaden nur noch dümmer, politisch wenigstens.

Du siehst, ich bin eine richtige Unke geworden. Aber irgendwie habe ich das rationell nicht zu erklärende Gefühl, dass wir in Deutschland in naher Zukunft vor schweren inneren Erschütterungen stehen, jedoch möchte ich nicht prophezeien, was dabei herauskommt. Manchmal denke ich, dass alles seit 1914 nur ein Vorspiel war, und das grosse deutsche Revolutionsdrama noch vor uns steht."

- - - - -

II. Das Schulwesen im Dritten Reich

1) Tendenzen und Stand der nationalsozialistischen Schulreform

"Die Schule von 1938, so erklärte der Leiter des NS-Lehrerbundes Fritz Wächtler am 27.10.38, "ist nicht mehr die Schule von 1933. Unter Führung und im Auftrag der Partei, in engster Verbindung mit dem Haupt-schulungsamt der Partei und den Gauschulungsämtern hat der national-sozialistische Lehrerbund bisher in seinen Gauschulungsstätten und in dem Hause der deutschen Erziehung in Bayreuth 150.000 Erzieher und Erzieherinnen weltanschaulich und sachlich ausgerichtet und ge-schult, mit einem Kostenaufwand von über 7 Millionen Mark. Aus per-sönlichen Mitteln haben dazu die Lehrgangsteilnehmer, also die ein-zelnen Erzieher und Erzieherinnen, über 2 Millionen Reichsmark aufge-bracht".

Die Schule hat sich in der Tat seit 1933 weltanschaulich umgestellt. Aus der liberalen Schule der Weimarer Republik ist die Schule als "Instrument der politischen Führung des Volkes" geworden.

"Die Grunderkenntnisse der nationalsozialistischen Partei", so las man im "Deutschen Erzieher" (Heft 16 vom 18.11.1938) "sind auch die Leitsterne unserer schulischen Erziehung und des Führers unsterb-liches Werk "Mein Kampf" ist auch unsere unfehlbare pädagogische Richtlinie. Die nationalsozialistische Idee ist Motor und Magnet unse-res pädagogischen Denkens und Handelns, das A und O unserer schuli-schen Tätigkeit. - - - Wir werden und wollen die deutsche Schule bauen und über jeder Schule in Stadt und Land, mag sie nun Volks-schule, Mittelschule, Berufsschule, höhere Schule oder auch Universi-tät heißen, muss unsichtbar stehen: Schule des Nationalsozialismus".

Soweit es die Volksschule angeht, scheint dieses Ideal keineswegs zu 100% erreicht. Negativ ist aus der Schule alles entfernt, was an "Marxismus, Liberalismus und Judentum" in ihr wirkte. Positiv ist die autoritäre Schulführung eingeführt und werden die rassekund-lichen und antisemitischen Dogmen zusammen mit dem Hitlerkult gelehrt und gepflegt. Dennoch hat die nationalsozialistische Führung, insbe-sondere die Jugendführung, kein Vertrauen zu der gesinnungsmässigen Zuverlässigkeit der bestehenden Volksschule. Dieses Misstrauen ging sogar soweit, dass man ernsthaft daran dachte, die Schule auf das

gewissenhafte Beibringen erlernbaren Wissens zu beschränken, während die gesamte Erziehung von der Jugend selbst durch ihre Organisationen übermittelt werden sollte. Obwohl 30% der Volksschullehrerschaft der Partei angehören, und eine grosse Anzahl darüber hinaus in den verschiedensten Gliederungen der Partei tätig sind, ist dennoch bis in die jüngsten Tage hinein das Vertrauen der höchsten Instanzen mehr bei der Jugendführung als bei der Lehrerschaft. In dem Kampf zwischen Reichsjugendführung und NSLB ist die erstere die stärkere, die aggressivere und die hemmungslos auf den Machtanspruch des Nationalsozialismus eingestellte Organisation. Der Volksschule bleibt immer noch ein Rest an allgemeiner menschlicher Haltung und objektiver Leistung übrig. Die Tendenz geht dahin, die Volksschule zu dem absoluten Instrument der Partei zu machen.

Auch für die höhere Schule gilt die gleiche Tendenz. Man ist sich dessen wohl bewusst, dass die höhere Schule die Vorschule für die leitenden Posten in der Wirtschaft, in der Kultur und dadurch auch in der Politik ist. Man hat daher die höhere Schule stark unter die Kontrolle des Parteiapparates genommen und neben die eigentliche öffentliche allgemeine höhere Schule die Adolf Hitlerschulen und die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten als privilegierte Schulen unter die Aufsicht und Verwaltung der Hitler-Jugend und der Deutschen Arbeitsfront gestellt. Diese Schulen bereiten bewusst für die eigentlichen oberen Parteischulen, für die Ordensburgen, und für die spätere Tätigkeit in der Partei und ihren Gliederungen, in den öffentlichen Ämtern und Verwaltungen vor. Es besteht die Tendenz, die allgemeine höhere Schule stark einzuschränken und diese privilegierten Schulen zu vermehren und mit allen Mitteln zu fördern.

Ebenso ist in der beruflichen Ausbildung neben die Fortbildungsschule ein viel umfassenderes System der beruflichen Schulung durch die Deutsche Arbeitsfront getreten. Die eigentliche berufliche Auslese, berufliche Lenkung und Schulung erfolgt immer stärker durch den sehr umfassenden Apparat der DAF.

Die Hochschulen haben nach den ersten Monaten der Säuberung eine interessante Entwicklung durchgemacht. In der ersten Zeit führten die "SA- und SS-Leute der Wissenschaft", die neuen nationalsozialistischen Dozenten, das Wort. Damals hiess es: "Die Universität steht der politischen Macht zur Verfügung. Die Wissenschaft findet nicht

die Wahrheit, sondern sie hütet nur die vom Führer gefundene Wahrheit." (Schulze-Sölde: Politik und Wissenschaft.) Doch trotz aller Anpassung und Gleichschaltung merkte man doch an der geistigen Zurückhaltung der Gelehrten und an der Verödung des Universitätsbetriebes überhaupt, dass man "die Atmosphäre oder das Klima schaffen müsse, worin die produktiven Köpfe gedeihen und worin eben diese den Ton angeben oder die Richtmasse aufstellen müssen". (Reichsdozentenführer Prof. Dr. Schultze, zitiert nach der "Frankfurter Zeitung" vom 16. November 1938 aus dem Artikel "Der Nerv der Hochschule"). Selbst der Gralshüter der nationalsozialistischen Weltanschauung, Alfred Rosenberg, der vom Führer eigens mit der Wahrung der Reinheit der Lehre betraut wurde, will "allen kosmischen Forschungen der Welt, allen Forschungen der Erdkunde, Physik und Chemie, freie Bahn lassen", und nur in einen gewissen weltanschaulichen Rahmen die Grundsätze des Nationalsozialismus sichern, wobei der Nationalsozialismus nach Beendigung des unmittelbaren politischen Ringens "ein Bekenntnis zur Hochachtung auch für den Denker und Forscher ablegen wolle". (Aus der Rede Rosenbergs über Nationalsozialismus und Wissenschaft, zitiert nach dem "Völkischen Beobachter", vom 17. 2. 1938.) Schliesslich bekennt auch Professor Jaensch in seinem ausführlichen Artikel im Heft 18 des "Deutschen Erziehers", vom 18. Dezember 1938:

"Der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich ist mit innerer Notwendigkeit langfristig. Jahrhundert-, jahrtausendalte Geistesmächte können nicht so schnell erneuert oder ersetzt werden, wenn sie ihr Reich aufs feinste ausgebaut, alle Kulturgebiete durchdrungen haben und sich auf einen so grossen Gehalt von Wahrheit, sei es auch nur partieller, ergänzungsbedürftiger Wahrheit, stützen können. Und doch ist dieser langwierige Umbau ein Erfordernis bei der Erneuerung der Deutschen Hochschule".

Der eigentliche Stand und die Leistungsfähigkeit der Schulen ergibt sich aus dem folgenden Vergleich der schulstatistischen Erhebungen von 1931/32 mit der Reichsstatistik von 1937 unter Abrechnung des Saargebiets.

	1931/32	1937	Zunahme (+) Abnahme (-)
Oeffentliche Schulen	52.959	51.354	- 1.605
Schulklassen	195.122	188.663	- 6.459
Schüler	7.590.466	7.822.506	+232.040
Hauptamtliche Lehrer	190.371	179.234	- 11.137
darunter Lehrerinnen	48.749	46.818	- 1.931

	1931/32	1937	Zunahme (+)	Abnahme (-)
Es entfallen				
...Schüler				
auf 1 Klasse	38,9	40,6	+	1,7
auf 1 Lehrer	39,8	42,7	+	2,9
Von den Schulen				
waren:				
evangelisch	29.020	26.204	-	2.316
katholisch	15.526	13.025	-	2.501
Gemeinschafts-	8.296	12.441	+	3.850
schulen				
jüdisch	97	69	-	28

Es haben also trotz erheblicher Zunahme der Volksschüler die öffentlichen Schulklassen, die Lehrer und Lehrerinnen sich stark vermindert. Entsprechend ist natürlich die Schulklassenfrequenz gesteigert worden. Wenn auf eine Schulklasse im Reichsdurchschnitt jetzt 40,6 Kinder fallen, so bedeutet das bei der Tatsache, dass es im Reiche eine grosse Anzahl von wenig gegliederten Schulen -ein Drittel aller deutschen Schulen sind einklassig- und von solchen mit einer weit unter 40 liegenden Schülerzahl gibt, dass die tatsächliche Klassenfrequenz in Deutschland heute wenigstens 50 betragen wird. Wenn auf einen Lehrer im Reichsdurchschnitt jetzt 42,7 Kinder fallen, so bedeutet das bei der starken Beurlaubung der Lehrer für eine Reihe ausser-schulischer Zwecke und bei der erhöhten Krankenziffer der Lehrer infolge von Ueberalterung, dass tatsächlich auf jeden Lehrer eine weit höhere Anzahl von Kindern fällt. Dieser Rückgang der Schulen bedeutet naturgemäss einen starken Rückgang der Schulleistung. Früher waren die Gemeinden in der Lage, durch besondere Bezuschussung ihrem Schulwesen eine grössere Leistungsfähigkeit zu ermöglichen. Das ist heute völlig fortgefallen. So meldet ein Bericht aus Sachsen:

Wie schon früher aus den Gemeinden mitgeteilt wurde, haben auch jetzt die Städte dieselbe Kalamität, sie haben keinerlei Mittel für die Schule mehr. Nicht nur, dass die Lehrmittelfreiheit schon längst beseitigt wurde, hat man auch sonst keine Mittel, um die mancherlei fehlenden Dinge auszuwechseln oder zu ersetzen. Nicht nur die Eltern, auch die Lehrer sind darüber sehr ungehalten.

Ein Bericht der nationalsozialistischen Beamtenkorrespondenz (19. August 1938, Blatt 4) stellt fest: "Es ist tatsächlich so, dass es heute in unseren Volksschulen sehr viele Klassen mit 55 und mehr Schülern gibt."

Bei der Ziffer der gemeinschaftlichen Schulen haben wir unter 1931/32 die 255 sogenannten weltlichen Schulen mitgerechnet. Die Gemeinschaftsschulen sind nach dem Stande von 1937, der letzten veröffentlichten amtlichen Ziffer, angegeben. Die Gemeinschaftsschulen haben sich inzwischen ausserordentlich stark vermehrt. In Württemberg und Baden gibt es überhaupt keine Bekenntnisschulen mehr, und auch in Bayern sind sie fast ganz verschwunden. Die Umwandlung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen wird mit starkem behördlichen Druck energisch betrieben.

Mittelschulen

	Schulen	Schüler Jungen	Mädchen	hauptamtliche Lehrkräfte davon weibliche	
1931/32	1.471	107.159	122.459	11.524	5.326
1937	1.135	122.633	115.883	7.481	2.729
	- 336	+15.474 ^{x)}	- 6.575	-3.943	-2.605

Trotz der starken Zunahme der Schüler sind Schulen und Lehrkräfte erheblich zurückgegangen. Die starke Zunahme der Jungen erklärt sich aus der Vermehrung der Aufbauklassen.

Höhere Schulen

	Schulen	a) Knaben Schüler	Abiturienten	hauptamtliche Lehrkräfte
1931/32	1.691	531.751 (35.776)	32.850 (1847)	30.265 (579)
1937	1.457	443.477 (32.215)	38.459	27.979 (769)
	- 234	-89.274	+5.609	-2.286

(In Klammern die Zahlen der Schülerinnen und Lehrerinnen)

Die höheren Mädchenschulen sind weit stärker noch als die höheren Knabenschulen zurückgegangen. Das erklärt sich einmal aus dem allgemeinen Nachlassen des Zustromes zu den höheren Schulen, dann aber

x) 1937 erfolgte zum ersten Mal die Zusammenlegung von Unter- und Oberprima zum Zwecke der Abiturientenprüfung mit der Absicht, die echtjährige höhere Schule beschleunigt durchzuführen. Man wollte auf diese Weise die jungen Leute früher in Studium und Beruf bringen. Die erhöhte Ziffer der Abiturienten für 1937 erklärt sich also daraus, dass es sich um zwei Jahrgänge handelt. Der Jahrgang 1936 ergab 20.902 Abiturienten, so dass 1937 bereits eine weitere Reduzierung der Abiturienten eingetreten war. Gegen 1931/32 beträgt die Verminderung mehr als 12.000, d.h. etwa 30%.

auch durch die Vermehrung der Haushaltsschulen.

b) Mädchen

	Schulen	Schülerinnen	Abiturientinnen	hauptamtliche Lehrkräfte
1931/32	783	256.077	7.754	14.650
1937	504	157.637	2.684	9.904
	- 279	- 98.440	- 5.070	- 4.756

An den Universitäten gestaltet sich das Bild so:

Wintersemester	Immatrikulierte Studenten	Ausländer	Gesamthörer
1931/32	95.279 (17.955)	4.403	111.783 (22.668)
1937/38	43.034 (6.234)	2.104	47.470 (7.476)
	- 52.245 (-11.721)	-2.299	- 64.313 (-15.192)

Die Anzahl der Studenten ist also auf mehr als die Hälfte heruntergegangen, während die Studentinnen, deren Zahl in Klammern angegeben ist, sich sogar auf ein Drittel vermindert haben.

Die Anzahl der studierenden Ausländer wird in der Reichsstatistik der letzten Jahre nicht mehr veröffentlicht. Dagegen wird als neue Rubrik "Mitglied der Deutschen Studentenschaft" geführt. Es ist anzunehmen, dass fast sämtliche inländische Studenten der Deutschen Studentenschaft angehören, so dass man aus der Differenz der Mitglieder der Deutschen Studentenschaft und der Studenten überhaupt die Anzahl der studierenden Ausländer errechnen kann. Daraus würde sich ergeben, dass auch die ausländischen Studenten an den Universitäten sich um die Hälfte vermindert hätten. Leider werden auch die Ausländer nicht nach ihrer Herkunft aufgezählt, so dass sich auch über die Veränderungen nichts zahlenmässig Genaues angeben lässt. Nach Mitteilungen aus Deutschland haben die Studenten aus den Achsenländern stark zugenommen, doch sieht man sehr viel weniger Franzosen, Engländer und Amerikaner.

Für die Technischen Hochschulen liegen folgende Angaben vor:

Wintersemester	Immatrikulierte Studenten	Ausländer	Gesanthörer
1931/32	22.540	2.019	27.209
1937/38	9.554	1.300	11.360
	- 12.996	- 719	-16.849

Die Ausländer des Wintersemesters 1937/38 sind, wie bei den Universitäten, geschätzt. Der Rückgang bei den Technischen Hochschulen ist sogar noch stärker als bei den Universitäten. Die Dozentenbewegung wird nicht mehr veröffentlicht. Aus den verschiedensten Veröffentlichungen in den Hochschulzeitungen und -Zeitschriften geht hervor, dass ganz allgemein über einen sehr starken Mangel an Assistenten- und Dozentennachwuchs geklagt wird.

2) Aus der Volksschule

Das am 6. Juli 1938 verkündete Gesetz über die Schulpflicht im Deutschen Reich (Reichsschulpflichtgesetz) ist abgesehen von seiner weltanschaulichen Zielsetzung im wesentlichen eine Ausdehnung des Preussischen Schulpflichtgesetzes vom 15. Dezember 1927 auf das gesamte Reichsgebiet. Es setzte eine einheitliche Schuldauer von 8 Jahren für das ganze Reich fest, was für Schleswig-Holstein, dem das Preussische Schulpflichtgesetz die dort eingebürgerte neunjährige Schulpflicht beließ, einen Rückschritt bedeutet, aber es führte auf der anderen Seite für Bayern die acht- anstatt die siebenjährige Volksschulpflicht ein. In Bayern bestand allerdings eine staatliche Fortbildungsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, und die Kerschensteinersche Schulreform hatte eine prinzipiell sehr moderne Verbindung von allgemeiner Bildung und ihren Grundlagen in Beruf und Staat geschaffen.

Das Reichsschulpflichtgesetz regelt auch gleichzeitig die Zurückstellung von der Schulpflicht, Sonderschulpflicht für Blinde, Schwachsichtige, Taube, Stumme etc. Sorgerecht und -Pflicht der Eltern werden nach Muster des Preussischen Schulpflichtgesetzes festgelegt, während eine Reihe von sozialfürsorglichen Bestimmungen im Jugendschutzgesetz enthalten sind. Dazu gehört auch die Möglichkeit,

Schüler und Schülerinnen vor Beendigung der Schulpflicht unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Arbeitsverbots für Kinder im schulpflichtigen Alter für Erwerbszwecke zu beurlauben. Von dieser Möglichkeit kann nach den jetzigen Bestimmungen leichter als früher Gebrauch gemacht werden und wird sogar ganz allgemein von Bezirksbehörden für Hilfsarbeit im Sommer für die Landwirtschaft Gebrauch gemacht. In jüngster Zeit wird versuchsweise in einigen Volksschulen in den oberen Volksschulklassen eine sogenannte "Einfachstschulung" zur Einführung in den Beruf gegeben, die methodisch und fachlich äusserst dilettantisch ist, aber nach mehreren Reden von Dr. Ley ein Weg sein soll, um angesichts des Facharbeitermangels Lehr- oder Anlernzeit abzukürzen und damit im Gegensatz zu allen anderen industriellen Ländern die Erwerbstätigkeit der Kinder vorzuverlegen.

Das Pflichtschulgesetz legt die Aufgabe der Volksschule wie folgt fest: "Sie sichert die Erziehung und Unterweisung der deutschen Jugend im Geiste des Nationalsozialismus" (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes.)

Die Schulen bekommen amtliche Anweisungen, nicht nur für die politische Aufklärung ihrer Schüler, sondern auch für die aktive Beteiligung der Kinder am Wahlkampf.

Natürlich gehört zu den Aufgaben der Schule vor allem die "Aufklärung über die Rassenfrage". In einer als Handbuch für den Lehrer herausgegebenen Schrift: "Die Judenfrage im Unterricht" von Stadtschulrat Fritz Fink, Nürnberg, schreibt der bekannte Streicher im Vorwort: "Der nationalsozialistische Staat verlangt von seinen Lehrern die Unterrichtung der deutschen Kinder in der Rassenfrage. Die Rassenfrage aber ist für das deutsche Volk die Judenfrage". (S.3). Und der Verfasser selbst gibt die Anweisung: "Rassenkunde und Judenfrage müssen sich durch den Unterricht aller Altersstufen wie ein roter Faden hindurchziehen". (S.5)

In die Zustände, die sich unter diesem Schulsystem entwickeln, geben folgende Berichte Einblick:

Saarpfalz, 1. Bericht: Eine Fabrikarbeiterin, die selbst 3 Kinder hat, erklärt auf die Frage, welche Beobachtungen sie bei der Jugend macht: "Die Schuljugend ist vollständig vom Regime beherrscht. In der Schule werden sie begeistert für Hitler und die anderen Führer, aber auch für alles Militärische. Fast jede Woche gibt es einen anderen Anlass, um die Kinder zu verwenden, und sie

gehen mit Begeisterung mit und fühlen sich sehr wichtig. Die Schulaufgaben zeigen, welcher Wert darauf gelegt wird, überall die Führerverherrlichung einzuflechten.

Da die Kinder gar nicht mehr wissen, was früher war, verwachsen sie ganz mit dem bestehenden System. Die verschiedenen Einschränkungen nehmen sie als natürlich hin, weil sie ja nichts weiter wissen. Die Kritiken der Eltern, soweit hierzu noch der Mut vorhanden ist, stossen auf wenig Verständnis."

2. Bericht: Wir führten in Anwesenheit von Kindern ein Gespräch über die gegenwärtigen Lebensverhältnisse und erwähnten dabei, dass man in Elsass-Lothringen noch alles bekommen kann: Weissbrot, Butter Orangen usw. Da sagte eins von den Kindern, 10 Jahre alt: "Aber deshalb fehlt es doch uns, das wird ja alles von Deutschland dorthin verkauft, damit der Führer Devisen bekommt für sein grosses Aufbauwerk und weil man uns sonst keine Rohstoffe gibt, die wir brauchen". Ich fragte, woher das Kind dieses wisse und erhielt zur Antwort: "Das hat uns die Lehrerin gesagt, das Ausland ist schuld, dass in Deutschland noch nicht alles so gut geht, wie es der Führer will."

3. Bericht: Ein Kind erzählt: "Wenn der Lehrer den Saal betritt, müssen wir alle aufstehen und gemeinsam mit 'Heil Hitler' grüssen. Wenn der Pfarrer kommt, sagen wir 'Heil Hitler' und 'Gelobt sei Jesus Christus'. Jeder Lehrer, der während des Unterrichts den Saal betritt, wird durch Aufstehen und 'Heil Hitler' begrüsst. Auf der Strasse begrüssen wir den Lehrer mit 'Heil Hitler' und den Pfarrer mit 'Grüss Gott'. Am Anfang und am Ende wird gebetet für den Führer. (Das Kind zitiert die schon durch die Presse bekannten Gebete) Wenn ein Fest ist oder eine hohe Persönlichkeit kommt, werden wir von der Schule aus an den Platz geführt, wo uns dann der Lehrer das Zeichen gibt, wenn wir 'Heil' oder 'Sieg Heil' rufen müssen. Er verlangt, dass es immer frisch und laut geschieht und dass alle mitmachen. Unser Lehrer sagt immer, wir müssen alle der Hitler-Jugend angehören und wir haben uns auch alle aufschreiben lassen. Als aber die Mark eingesammelt wurde für den Beitrag, haben viele gesagt, dass sie es nicht bezahlen können. Wenn mehrere Kinder da sind aus einer Familie, kostet es nur 50 Pfg. Aber auch das zahlen die meisten nicht. Wir haben jetzt nur vormittags von 8 bis 1 1/2 Uhr Schule, weil noch in zwei Schulhäusern Soldaten sind und weil einige Lehrer bei den Soldaten sind. Nach Ostern beginnt die Schule um 1 1/2 8 Uhr und dauert bis 12 Uhr. Zwei Mal sollen wir dann mittags zur Hitler-Jugend, aber die meisten gehen nicht hin. Am Anfang gingen wir alle, aber es hat uns nicht gefallen. Der Lehrer schimpft nicht und da gehen wir auch nicht hin und spielen lieber auf der Strasse. Wer seinen Beitrag bezahlt hat, wird ganz in Ruhe gelassen. Von 10 Jahren ab ist es Pflicht, zur Hitler-Jugend oder zum Bund deutscher Mädel zu gehören. Jetzt kann man auch schon mit 8 Jahren freiwillig dazu gehen."

Norddeutschland, 1. Bericht: "Die Arbeit an der Schule", schreibt ein Lehrer, "ist deprimierend. In den ersten Nazijahren waren immerhin nur bestimmte Stunden der 'weltanschaulichen Schulung' vorbehalten. Inzwischen ist das Verhältnis des Parteiunterrichts zum eigenen Lernunterricht 1 : 1 geworden. Und selbst diese Beurteilung ist noch zu günstig. Denn die neuen Schulbücher machen praktisch jede Stunde zu einer politischen. In einem Rechenbuch für Neueingeschulte, z.B. heisst es: '2 + 3 = 6, so rechnen die Juden: das ist natürlich falsch.'"

2. Bericht: Ein Schulmädchen von 12 Jahren erzählt auf die Frage, was sie über Oesterreich in der Schule gelernt habe: "Das gehört ja zu uns. Da war früher der Schuschnigg. Der ist dann Kommunist geworden. Das wollten aber die anderen nicht. Da haben sie Hitler gefragt, ob er ihnen helfen will. Und weil sie es gerne wollten, hat Hitler dann Oesterreich befreit."

"Wie kommst Du darauf, war's denn wirklich so?" - "Natürlich. So hat's uns doch der Lehrer erzählt. Er hat gesagt, jetzt müssen auch noch die Deutschen in der Tschechoslowakei befreit werden. Aber erst müssen wir Kolonien haben. Wir hätten sie schon lange. Aber weisst Du, die Engländer wollen nicht. Und die haben eine so grosse Flotte und so viele Flugzeuge. Aber wir kriegen die Kolonien doch noch. Dann geht's uns wieder besser. Der Lehrer hat gesagt, bis die englischen Flieger zu uns kommen, sind schon drei Viertel davon an der Grenze von unseren Kanonen heruntergeholt."

Sachsen: In Dresden haben die Lehrer Anweisung erhalten, jede Woche den Kindern einmal Unterricht über den Leidensweg der Sudetendeutschen zu geben. Die Grundlage des Unterrichts hat eine Broschüre zu bilden, die den Titel führt: "20 Jahre Beneschherrschaft". Alles, was sich in der Tschechoslowakei ereignet hat in den letzten 20 Jahren und vom Standpunkt des Nationalsozialismus anfechtbar war, wird dem Beneschsystem angekreidet. Benesch selbst wird als ein tschechischer Nero geschildert. Ältere Kinder fragten die Eltern zu Hause, warum man früher in der Schule nichts von diesem grausamen Menschen gehört hat. Leser der Broschüre berichten, dass in ihr eine säuberliche Scheidung der tschechischen Politiker vorgenommen sei. Man wisse sehr gut, wer das Hitlersystem richtig erkannt habe und wer ihm Vorschub geleistet. Lob und Tadel seien entsprechend verteilt.

Ein Schülerinnenaufsatz, der gleichzeitig für die "nationalpolitische Erziehung" und den "Leistungsgrad" der gegenwärtigen Schule charakteristisch ist, hat folgenden Wortlaut:

Die deutschen Familien arbeiten am Aufbau unseres Vaterlandes.

Vor 1933 war Deutschland klein und machtlos, denn es herrschte der Kommunismus. In der Regierung sassen die Kommunisten und Juden. Diese liessen das Vaterland verschulden. Daher kam es auch, dass es vor 1933 über 7,5 Millionen Arbeitslose gab. Als aber unser Führer 1933 die Macht übernahm, wurde es gleich anders. Er liess Reichsautobahnen bauen. Allerdings haben die Arbeiter im Winter keine Arbeit, aber versorgt werden sie doch; durch den Vierjahresplan werden viele Fabriken wieder besetzt. In diesen wird Zellwolle und noch anderes hergestellt. Hermann Göring ruft alle Deutschen auf zum Sparen, darum heisst die Parole "Kampf dem Verderb". Wir Schulkinder müssen jede Woche einmal zu einzelnen Familien gehen und Altmetall, Knochen und Papier abholen. Dadurch können wir viele Devisen vom Ausland sparen. Für die Autoreifen wird jetzt kein Gummi mehr verwendet, denn diesen müssen wir ja aus Indien holen. Durch die Reichsautobahnstrassen können wir viel Gummi sparen: denn diese sind nicht so holperig als die Landstrassen. In der Führerrede am Sonntag, den 20. Februar haben wir gesehen, wieviel es schon besser geworden ist. Wir wollen dem Ausland zeigen, dass wir nichts von ihm gebrauchen und auch nicht verhungern. Wenn wir unsere Kolonien wieder hätten aus

Afrika, diese könnten uns sehr viel nützen. Auch im Winterhilfswerk wird vielen armen Volksgenossen geholfen, sie bekommen Kleider, Schuhe und Kartoffeln. Wenn wir alte Kleider haben oder Schuhe, so sollen wir sie dem Winterhilfswerk geben; denn das gehört auch mit zum Vierjahresplan.

Der Gesinnungsdrill in den Volksschulen kann jedoch nicht über den starken Rückgang der Schulleistung hinwegtäuschen. Dieser wird heute ganz allgemein von Lehrern, Eltern, Parteifunktionären und Behörden festgestellt.

Die Industrie- und Handelskammer Saarbrücken stellt einmütig fest, dass "die von der Volksschule zu vermittelnden Elementarkenntnisse der Prüflinge in Deutsch und Rechnen wenig befriedigend, zum Teil sogar ausgesprochen mangelhaft seien" und "dass das Niveau des Schulwissens der Prüflinge seit geraumer Zeit im Sinken begriffen sei".

Die Prüfungsbehörde in Bochum erklärt, "dass die Ausbildung des deutschen Stils" ungenügend ist. Es fehlt dem Stil vielfach "an Klarheit, Knappheit und Sachlichkeit. Statt dessen tritt immer wieder eine weitschweifende, schönrednerische Stilaufgebung auf. In der Rechtschreibung ist der Mangel an Wissen gross, auch bei den Absolventen höherer Schulen. Gross ist auch die Unkenntnis in der richtigen Zeichensetzung."

Bei der Prüfung der Kaufmannsgehilfen erhielten von 100 Prüflingen im Aufsatz "ungenügend" oder "mangelhaft", in Leipzig 34%, in Hannover 25%, in Hana 22%, und im kaufmännischen Rechnen: in Düsseldorf 40%, in Leipzig 42%, Chemnitz 37% und in Stettin: 35 bis 42%.

Zu den Störungen, die dauernd den Erfolg der Schule beeinträchtigen gehören vor allem die nie enden wollenden Sammel- und Antiverderbaktionen. Darüber klagen Berichte aus verschiedenen Landesteilen.

Nach wie vor nehmen auch Jungvolk und HJ, Jungmädels und BDM die Kinder sehr stark in Anspruch. Lehrplanmässig vorgesehene und entsprechend schulisch vorbereitete Wanderungen müssen unterbleiben, weil gleichzeitig Wanderungen oder Aufmärsche der HJ stattfinden und selbstverständlich beanspruchen, vorzugsweise behandelt zu werden. In vielen Gegenden sind daher unter Vermittlung der oberen Verwaltungen (Oberpräsidenten in Preussen) zwischen Schulen und HJ-Führung Vereinbarungen getroffen, eine Woche im Monat restlos der Schule für Wanderungen und Studienfahrten zu reservieren. Dennoch hören die Klagen über Störungen des Schulbetriebes durch die Wanderungen und Aufmärsche der HJ nicht auf.

In sehr grossem Umfange hindern die militärische Beanspruchung

der Lehrer und der Schulräume einen geregelten und nutzbringenden Schulunterricht.

Pfalz: Die Schulleitung hat es jetzt vor Schulbeginn noch einmal für notwendig gehalten, öffentlich auf die unhaltbaren Schulverhältnisse hinzuweisen. Das schönste Schulhaus (Wittelsbachschule) ist vom Militär beschlagnahmt. Dadurch sind 26 Säle verloren gegangen. Dieser Mangel kann nur zum Teil ausgeglichen werden durch die Verwendung von Behelfsräumen, die Zusammenlegung von Klassen und durch Abwechslungsunterricht. Dabei dürfen aber die Lehrer nicht in Kollision kommen mit den der Hitler-Jugend reservierten Freizeiten. Da eine grosse Anzahl Lehrer als ehemalige Offiziere zum Militärdienst einberufen sind, ist schon dadurch ein misslicher Zustand eingetreten, der zur Zusammenlegung von Klassen führen musste. Das alles geht auf Kosten der Ausbildung der Kinder.

Auch an den Mittelschulen sind heute wegen Lehrermangels die Klassen überfüllt. So meldet z.B. das Mädchenlyzeum, dass die beiden ersten Klassen 66 und 62 Schülerinnen haben. Das ist genau das Doppelte des Normalen. Trotzdem sind die Unterrichtsstunden gegen früher gekürzt und die Mädchen werden noch zu allerhand Dienstleistungen für die Bewegung herangezogen. So werden sie z.B. bei jeder Sammlung eingespannt, müssen Näharbeiten für die NSV verrichten usw. Lehrer und Eltern sind da ohnmächtig, die Befehle kommen meist von Nichtfachleuten, denen die Bildung nicht wichtig erscheint.

Nordwestdeutschland: Eine Vorstellung von der Rückentwicklung des deutschen Schulunterrichts kann man sich machen, wenn man hört, dass an einem achtklassigen Schulsystem nicht nur wenig Lehrer tatsächlich Unterricht geben, sondern dass auch von den wenigen noch ein Teil dauernd zu Reserveübungen eingezogen oder in der Ausbildung zum Reserveoffizier begriffen ist. Das hat zur Folge, dass an der betreffenden achtklassigen Volksschule ein Lehrer fünf Monate lang 120 Neueingeschulte zu versorgen hatte.

In den letzten Monaten werden nach mehreren Berichten Turnhallen und Schulräume zur Speicherung von Getreide und Kartoffeln von der Reichswehrverwaltung in Anspruch genommen.

3) Der Lehrermangel und seine Ursachen

Der steigende Mangel an Lehrern macht dem Regime ausserordentliche Schwierigkeiten. Die Situation droht, zur Katastrophe zu werden, weil auf der einen Seite der Geburtenrückgang der Kriegsjahre ausgeglichen ist und eine wesentliche Erhöhung der Schulkinderzahl in den nächsten Jahren zu erwarten ist, andererseits aber der Lehrernachwuchs schon heute erheblich hinter dem Ersatzbedarf für die ausscheidenden Lehrkräfte zurückbleibt.

Den heutigen Stand zeigen einige Vergleichszahlen, die wir dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich entnehmen.

Jahr	Anzahl der Schulkinder	Gesamtzahl der festangestellten Lehrkräfte	Es entfallen auf 1 Lehrer an Schulkindern
1927/28	6.659.769	180.964	36,8
1936/37	7.892.184	184.927	42,7
1937/38	7.758.307	181.750	42,7

Die schwierige Situation wird noch deutlicher, wenn man die Altersgliederung der Lehrkräfte untersucht. Es gibt darüber leider keine Statistik im Reichsmaßstabe, aber eine sehr interessante, im Dezemberheft 1938 des "Deutschen Erziehers" veröffentlichte Studie über den Altersaufbau der Berliner Lehrerschaft. Die Berliner Lehrerschaft nahm stets aus Gründen der höheren Besoldung, der besten Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrer und der Schulumöglichkeiten für die Kinder eine bevorzugte Stellung ein.

Festangestellte Lehrer an:

Lebensalter	Volksschulen	Mittelschulen	Höheren Schulen	Berufsschulen
27-30 Jahre	6 (0,2%)	- (- %)	6 (0,4%)	8 (1,3%)
31-35 "	173 (4,3%)	1 (0,4%)	32 (1,7%)	68 (11,4%)
36-40 "	788 (19,5%)	15 (6,9%)	119 (6,1%)	158 (26,1%)
41-45 "	578 (14,3%)	25 (11,9%)	237 (12,1%)	98 (16,2%)
46-50 "	533 (13,2%)	29 (13,6%)	574 (29,4%)	97 (16,0%)
51-55 "	840 (20,8%)	59 (27,1%)	550 (28,1%)	94 (15,6%)
56-62 "	1119 (27,7%)	89 (40,1%)	435 (22,2%)	81 (13,4%)

Es ergibt sich also, dass an den Volksschulen noch nicht ein Viertel der festangestellten Lehrkräfte unter 40 Jahre alt sind und die Hälfte über 50 Jahre alt ist und über ein Viertel um 60 Jahre herum.

In den Mittelschulen ist das Ergebnis noch weit ungünstiger. Nur etwa ein Vierzehntel der Lehrkräfte sind unter 40 Jahre und weit über die Hälfte sind über 50 Jahre alt, und von ihnen der weitaus grösste Teil um 60 Jahre.

Es wird also in den nächsten Jahren des grösseren Anstiegs der Schülerzahlen ein sehr starker Lehrerabgang erfolgen.

Nach den amtlichen und halbamtlichen Veröffentlichungen besteht bereits heute ein so grosser Mangel an Lehrkräften, "dass in verschiedenen Ländern und Regierungsbezirken die ordnungsgemässe Aufrechter-

haltung des Schulbetriebes nur noch schwer gewährleistet werden kann." (Deutscher Erzieher, Dezember 1938, Seite 441.) Es fehlen z.B. in Ostpreussen 500, in Württemberg 150, in Bayern 600, in Preussen insgesamt 3.000 Lehrkräfte.

Selbst in der Ostmark (Oesterreich) fehlt es heute nach dem amtlichen Organ der Gauverwaltung von Salzburg und Tirol-Vorarlberg des N.S.-Lehrerbundes vom 24.2. 1939 an Lehrkräften für die Volksschulen, obwohl bis vor kurzem noch ein grosser Ueberschuss, besonders an Junglehrern, vorhanden war. Wie auf anderen Gebieten, so hat man auch hier nach der Angliederung eine kurzsichtige Raubpolitik getrieben, indem man einfach tausend Lehrkräfte aus Oesterreich nach Deutschland verpflanzt hat.

Das Regime hat natürlich nicht an der Zunahme der Schülerzahlen Schuld. Aber es hätte damit rechnen und Massnahmen treffen müssen, um die Lehrerzahl entsprechend dem Bedarf für den Schulbetrieb zu erhalten oder ihre Anzahl noch zu vermehren. Es hatte ein Reservoir in der Ueberschuss an Junglehrern und Studienassessoren und dieses Reservoir ist durch die Angliederung von Oesterreich und der sudetendeutschen Gebiete noch vergrössert worden.

Seit 1933 hat eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Lehrern den Beruf gewechselt und ist in die politischen, staatlichen und gemeindlichen Verwaltungen des Dritten Reiches übergegangen. Zahlreiche Lehrer haben Stellen in den Einrichtungen der NSDAP und ihrer Gliederungen, vor allem in der SS, SA, HJ und DAF gefunden. Ausserdem sind viele für vorübergehende oder längere Dienstleistungen beurlaubt worden.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitspflicht bedeutet für den Nachwuchs einen Ausfall von 2 1/2 Jahrgängen. "Ausserdem kann man bei den aktiv tätigen Lehrpersonen, besonders aber bei den Junglehrern, eine starke Abwanderung in andere Berufe, vornehmlich in die Wirtschaft beobachten, weil man hier neben besserer Bezahlung besonders gerechte Anerkennung der Arbeitsleistung findet", so urteilt "Der Deutsche Erzieher" in Heft 17, Seite 441 vom 1. Dezember 1938.

Darüber hinaus nehmen die militärischen Uebungen und Offizierskurse sehr stark die Lehrer in Anspruch und entziehen sie ihrer Schultätigkeit.

Das Regime hat auch nach der materiellen Seite hin wenig getan, um den Beruf des Volksschullehrers anziehend zu machen. Nach der Besoldungsordnung von 1936, zitiert nach "Wirtschaft und Recht", Nr. 48/49, ergibt sich folgende Besoldung für die angestellten Lehrer:

Einstweilig angestellte Lehrkräfte

Ortsklasse	L e h r e r		Lehrerinnen
	ledig	verheiratet	
D	150,54 RMk	156,54 RMk	137,20 RMk
A	171,05 "	184,42 "	157,55 "
Berlin	181,99 "	197,38 "	168,08 "

Festangestellte Lehrkräfte

D	203,83 RMk	209,75 RMk.	185,20 RMk.
A	224,78 "	237,98 "	206,40 "
Berlin	237,18 "	252,38 "	217,98 "

Diese Besoldung bedeutet eine Angleichung der besserbesoldeten Lehrer der übrigen Länder an die preussische Besoldungsordnung. Ferner sind die früheren gemeindlichen Zuschüsse völlig fortgefallen, und endlich werden die Sätze der Besoldungsordnung nur mit einer Verkürzung von 20% ausgezahlt. Dazu kommen noch die unvermeidlichen "freiwilligen" Abzüge für Winterhilfe, Erziehungshaus in Bayreuth etc.

Ein Bericht aus Nordwestdeutschland meldet u.a., dass den Lehrerinnen im Monat März 10 RMk vom Gehalt abgezogen wurden, um dem Führer ein Geburtstagsgeschenk zu machen. Dann erzählt er u.a.:

Auf einer Lehrertagung sagte ein Redner der Bundesführung: "Solange der deutsche Schulmeister nicht stolz darauf ist, dass er in einer geflickten Hose zur Schule gehen darf, solange weiss er noch nicht, was opfern heisst."

Die Reichszeitung des NSLB, "Der Deutsche Erzieher" entzieht sich nicht der Erkenntnis, dass solche Zustände kaum haltbar sind. So liest man in Jahrgang 1938, Heft 16:

"Niemand kann einem Vater übel nehmen, seinen Sohn oder seine Tochter von dem Lehrerberuf fernzuhalten, wenn er weiss, dass z. B. eine 28jährige Volksschullehrerin weniger Gehalt empfängt als eine bedeutend jüngere Stenotypistin ohne Berufsausbildung, oder dass ein Volksschullehrer von 28 Jahren, dem alle Vorrückungsmöglichkeiten und Beförderungstellen versperrt sind, in die ein mittlerer Beamter oder Angestellter bei Bewährung einrücken kann, geringer besoldet wird als ein gleichaltriger Angestellter."

Auch rein organisatorisch hat das Regime seine Pflicht inbezug auf den Lehrernachwuchs versäumt. Es hat nur sehr zaghaft und sehr spät seine neuen Lehrerausbildungsanstalten, die Lehrerrhochschulen, eingerichtet. Noch im Wintersemester 1936/37 betrug die Gesamtzahl der an allen Lehrerrhochschulen eingeschriebenen Lehrerstudenten laut Reichsstatistik nur 7.486. In dieser Zahl sind Lehrer und Lehrerinnen nicht nur für die Volksschulen, sondern auch für Mittel- und höhere Schulen enthalten. Zieht man von dieser Zahl 2.500 bis 3.000 ab, d.h. die Studenten, die in den Mittelschuldienst oder in die höheren Schulen gehen werden, - diese Zahl ist nach dem Bedarf dieser Schulen geschätzt worden - so bleiben für die Volksschule gut 4.000 Studenten übrig. Das sind zwei Jahrgänge, so dass mit etwa 2.000 Lehrkräften jährlich als Nachwuchs gerechnet werden kann. Der tatsächliche jährliche Ausfall durch Abgang beträgt aber 8.000. Das Regime steht also in seiner Nachwuchspolitik vor einer wirklichen Katastrophe.

Die Lehrerschaft ist 1933 in grossem Umfange ins nationalsozialistische Lager übergegangen. Dem Volksschullehrer liegt nach seiner ganzen Ausbildung und seiner Tradition ein betonter Nationalismus, eine allgemeine soziale Einstellung und ein starkes Gefühl für Autorität. Doch als 1934 das Führerprinzip auch in die innere Schulverwaltung eingeführt wurde, und damit ein altes Ideal, die kollegiale Schulleitung, restlos beseitigt wurde, da wurden die Lehrer stutzig. Als nun zu Leitern der Schulen nationalsozialistische Parteileute, oftmals sehr junge Kollegen ohne jegliches pädagogisches Verdienst, aber mit niedriger Parteibuchnummer, von der Regierung eingesetzt wurden, da entstand ganz allgemein in den Lehrkörpern Unzufriedenheit und Misstrauen. Der neue Rektor war nicht nur autoritär, sondern zu gleicher Zeit ein Spitzel für das Regime, der vor allem auch kontrollierte, ob der Unterricht nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten erfolge. Der Widerstand gegen das Regime ist heute stärker als man im allgemeinen annimmt. Vielfach wird passiver Widerstand und gelegentlich sogar Sabotage getrieben.

Einem Bericht aus Norddeutschland entnehmen wir:

Die Haltung der Lehrerschaft ist zu einem grossen Teil passiv. Soweit es sich um bewusste Ablehnung des Nationalsozialismus handelt, beschränkt sich der Lehrer darauf, die nationalsozialistischen Forderungen einfach zu überhören. "Mein Tun besteht aus Nichtstun", so formulierte ein Lehrer seine Haltung.

Die früheren politisch rechts gerichteten Lehrer wollten eine nationale, aber keine politische Schule. Sie sabotieren heute die Verordnungen von oben, die aus der Schule ein politisches Instrument machen wollen. Sie wehren sich dagegen, dass in der Schule die Wissensvermittlung vernachlässigt wird, und sie selbst zu charakterlosen Subjekten erniedrigt werden sollen.

Wie die Vorschriften und Instruktionen von oben aussehen, dafür aus der jüngsten Zeit folgendes Beispiel: Wenige Tage nach den Judenpogromen zirkulierte ein Rundschreiben, das vom NS-Lehrerbund ausging und dessen Unterschrift als verpflichtend galt: "Wir deutschen Lehrer können es nicht mehr verantworten, die Kinder in den Religionsstunden noch weiterhin mit Stoffen bekannt zu machen, die aus der Sagenwelt eines betrügerischen Volkes stammen. Wir legen daher den Religionsunterricht nieder."

Obwohl kein Zweifel gelassen worden war, dass die Unterschriftsverweigerung die Entlassung zur Folge haben würde, haben nur etwa 70% der evangelischen und 60% der katholischen Lehrer unterschrieben. Kurze Zeit später wurde ein Ministerialerlass bekanntgegeben, wonach bei der Unterschrift kein Druck auszuüben sei, sondern eine freie Gewissenserklärung zu erfolgen habe. Das Ergebnis war, dass eine ganze Anzahl Lehrer ihre Unterschrift zurückzogen.

*Im Übrigen wird berichtet:

Pfalz: Ich sprach mit der Frau eines jungen Lehrers, die sich sehr ablehnend über die Zustände im Dritten Reich äusserte. Daraufhin machte ich die Bemerkung: "Aber Ihr Mann scheint anderer Meinung zu sein, jedenfalls hat man den Eindruck, dass er sich sehr aktiv für das Regime betätigt. Vielleicht haben auch die jungen Lehrer nicht so das Gefühl für das Beschämende, das für die alten Lehrer darin liegt, dass sie heute besonders im Geschichtsunterricht Ansichten lehren müssen, die ganz im Gegensatz zu ihren Erfahrungen und ihrer inneren Ueberzeugung stehen." - "Da befinden Sie sich aber in einem grossen Irrtum", sagte die Lehrersfrau, "denn auch die jungen Lehrer denken ganz anders, als es nach der ihnen aufgezwungenen äusseren Tätigkeit den Anschein hat. Sie werden verstehen, dass ich Ihnen leider nicht viel sagen kann, aber ich versichere Ihnen, dass die Berufsfreude bei den meisten Lehrern infolge der widrigen Umstände, unter denen sie heute tätig sein müssen, stark beeinträchtigt ist. Sehr vieles tun sie unwillig, nur dem auf sie ausgeübten Druck und Zwang gehorchend."

Berlin: In einer Schule gibt der Lehrer rassekundlichen Unterricht. Es handelt sich darum, die Rassemerkmale der nordischen und der jüdischen Rasse an den Kindern selbst zu demonstrieren. Der Lehrer lässt ein arisches und ein jüdisches Mädchen vor die Klasse treten. Er fragt die Klasse: "Merkt Ihr an den beiden Mädchen einen Unterschied?" Die Klasse antwortet laut: "Nein!" - "Ich auch nicht, Setzt Euch" sagte lakonisch der Lehrer. Die Mädchen der Klasse haben ihren Lehrer verstanden.

Westfalen: Auf dem Wege zur Schule in X. passieren drei Lehrer ein Fabrikgebäude und sehen, dass eine rote Fahne auf einem Schornstein weht. Jeder der drei tut, als ob nichts sei. Kein Wort wird gewechselt, denn sonst wäre man ja verpflichtet, den Vorfall der Polizei zu melden. Nach Schulschluss gehen die drei Lehrer

denselben Weg zurück. Wiederum ohne ein Wort zu verlieren, schielen sie nach dem Schornstein: Jawohl, die Fahne weht noch. Nun kommt einer ihrer Jungens auf sie zugesprungen und ruft: "Herr Lehrer, da weht eine rote Fahne!" - Sehr überrascht gucken die Drei nach oben. Einer fasst sich sehr rasch und sagt: "Dummer Junge, das ist doch keine rote Fahne, das ist nur ein Warnungssignal". Und bekräftigend stimmen die beiden Kollegen bei: "Es ist nur ein Warnungssignal....!"

Das einfachste Mittel zur Beseitigung des Lehrermangels ist natürlich die Verminderung der Schulklassen durch Erhöhung der Klassenfrequenz. Doch dieses Mittel reicht nicht weit, da die Klassenfrequenz rein räumlich beschränkt ist und auch der Unterricht nicht eine beliebige Erhöhung der Schülerzahl verträgt.

Dann hat man die pensionierten Lehrer wiederum nebenamtlich eingestellt und schliesslich werden seit dem Herbst 1938 auch ehemalige Volksschullehrerinnen und Schulamtsbewerberinnen, die sich verheiratet haben oder verwitwet sind, wieder eingestellt.

Auf dem Frauenkongress des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, der im Juni 1938 in Hannover stattfand, erklärte nach der "Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz" der Reichsminister Rust:

Schon in diesem Jahre wäre es nicht gelungen, den Lehrbedarf vollständig zu decken, wenn nicht die Kräfte der Ostmark hätten miteingesetzt werden können. Der Lehrermangel auf Jahre hinaus, hervorgerufen durch die stärkeren Anforderungen in allen Berufen, würde ihn, den Minister, schon bald vor die Notwendigkeit stellen, in den beiden unteren Klassen der Volksschule generell nur Lehrerinnen einzustellen.

Nach einem Bericht aus Westfalen ist von einem Redner des nationalsozialistischen Lehrerbundes allen Ernstes die Frage behandelt worden, wie man Chargen der SA in Schnellkursen zu Lehrern für die ländlichen Bezirke ausbilden könne. In diesem Zusammenhang wurde im "Deutschen Erzieher" die bildungsfreundliche Haltung des Alten Fritz behandelt, der seine Kriegsveteranen dadurch versorgt hat, dass er sie zu Schulmeistern machte.

In Lehrerkreisen wurde in den letzten Monaten wiederholt gegen eine Tendenz angekämpft, die dahin ging, die akademische Lehrerbildung durch die alte seminaristische wieder zu verdrängen. Am Ende des Jahres 1938 fand nach dem Bericht der "Frankfurter Zeitung" vom 24. Dezember 1938 im Reichserziehungsministerium eine Besprechung

mit den Kultusministern der deutschen Länder über die Frage der Lehrerbildung statt. Im Auftrage des Reichsministers wurde durch den Ministerialdirektor Holfelder folgende Richtlinie für die Lehrerausbildung und den Lehrernachwuchs gegeben:

Es soll grundsätzlich an den Lehreraudakademien festgehalten werden und durch eine Reihe von Massnahmen der mangelnde Zustrom zu den Lehreraudakademien erhöht werden. Zu diesen Massnahmen gehört in erster Linie eine starke Vermehrung der Schülerfrequenzen der höheren Schulen, da dieser Unterbau für alle akademischen Berufe, insbesondere für den Lehrerberuf, zu schwach geworden wäre. Ferner soll eine Vermehrung von Aufbauschulen in ländlichen Bezirken angestrebt werden, um auch der ländlichen Jugend den Lehrerberuf wieder stärker zugänglich zu machen. Auch der Gedanke einer engeren Verbindung der Berufe Jugendfürsorger und Lehrer, derart, dass der Lehrer von Zeit zu Zeit in der Jugendfürsorge tätig ist, und dass bewährte Jugendfürsorger in einem beschleunigten Verfahren zu Lehrern ausgebildet würden, wurde ins Auge gefasst.

Alle diese Massnahmen werden aber den Lehrermangel nicht beheben können. Sie werden jedoch dazu beitragen, die Schule noch stärker unter die machtpolitische Kontrolle des Systems zu stellen. Man hat eingesehen, dass die misstrauische und negative Haltung besonders der Jugendführung zu der Lehrerschaft ein taktischer Fehler war. Man sucht den Lehrer nunmehr mit guten Worten wieder für das System zu gewinnen. Der Gauleiter Bürckel fordert laut Bericht des "Deutschen Erziehers" vom Januar 1939 bei einem Appell der saarpfälzischen Amtswalter des NS-Lehrerbundes, die Partei müsse mit den Lehrern zu einem "wahrhaften Bündnis" gelangen. Alfred Rosenberg feiert bei der Einweihung der Reichsschule des NSLB die besondere Bedeutung des Volksschullehrers für die nationalsozialistische Bewegung. Wir zitieren nach Heft 16 des "Deutschen Erziehers" aus dieser Rede folgende Stelle: "Die nationalsozialistische Bewegung wird für den Lehrerstand in seiner Selbstachtung und für seine Achtung im Volk genau so eintreten, wie sie es in fortschreitendem Masse für alle Stände getan hat. . . . Wir müssen diese Achtung von allen fordern, denn sonst würde sich notwendigerweise die Entwicklung so vollziehen, dass sich wirklich schöpferische Köpfe vom deutschen Lehrerberuf als von einem nicht voll geachteten zurückziehen würden; das hätte notwendigerweise die weitere Folge, dass zurückgebliebene Menschen diesen Beruf erfüllen würden, und dass unser heranwachsendes Geschlecht schliesslich nicht von möglichst hochwertigen, sondern von einer grossen Zahl nicht zulänglicher Kräfte in seinen entscheidenden Jugendjahren beeinflusst würde."

Die Nationalsozialistische Beamtenkorrespondenz (Beko) weist in Nummer 24 (24. März 1939) auf einen neuen Nachwuchserlass des Reichserziehungsministers hin, der "den begabtesten Volks- und Mittelschülern durch Einrichtung von Aufbaulehrgängen den Besuch der Hochschulen für Lehrerbildung ermöglichen will". Diese Schüler sollen besonderen Schulungs- und Bewährungslagern zugeführt werden, in denen endgültig über ihre Zulassung zu den Aufbaukursen entschieden wird.

Die Einrichtung ermöglicht den Nazis eine sehr strenge "nationalpolitische" Auslese. Ferner schafft sie einen billigeren und schnelleren Zugangsweg zum Lehrerstudium als über das Abiturium. Die "Aufbaulehrgänge" sind den Präparandenanstalten der Vorkriegszeit vergleichbar, und die offiziellen Erklärungen des Ministers und der amtlichen Stellen, dass es sich nicht um den Beginn einer Rückkehr zum "alten Seminar" handle, zeigen, wohin der Weg geht. Entscheidend ist, dass die "Aufbaulehrgänge" sich darauf beschränken, für das Lehrerstudium vorzubereiten, dass sie aber kein allgemeines Reifezeugnis für Universitäts- oder Hochschulstudien gewähren.

4) Schulbücher, Schulbüchereien und Schülerzeitschriften

Das Dritte Reich hat seine Kulturmission auf diesem Gebiet mit einem Sturm auf alle öffentlichen Büchereien begonnen und überall in Deutschland die "ungeeigneten" Bücher öffentlich verbrannt. Die Säuberungsaktionen sind keineswegs abgeschlossen, sie werden aber jetzt überall nach Richtlinien, also gewissermaßen systematisch und "gesetzlich" vorgenommen. Diese Richtlinien werden durchgängig von Stellen der Hitlerjugend und des NSLB aufgestellt und für das Reich vom Reichserziehungsminister und für die Länder von den zuständigen Länderministerien erlassen. So finden sich z.B. in den neuen Richtlinien für Baden, zitiert nach der "Frankfurter Zeitung" vom 8. April 1938, folgende Gesichtspunkte: Es sollen ausgeschieden werden:

"Alle Bücher, die der nationalsozialistischen Weltanschauung widersprechen (darunter sollen auch die Bücher fallen, die in ihrer Haltung zur Verneinung statt zur Bejahung des Lebenskampfes führen, und jene, die in ihrem Inhalt die selbstachtende Anerkennung des deutschen Volkstums und des nordischen Menschen vermissen lassen);

Bücher mit falscher Einstellung zur Juden- und Rassefrage;
Bücher, die eine undeutsche konfessionelle Haltung aufweisen;

Bücher, die nationalen Kitsch bedeuten;
Bücher, die jüdische oder jüdisch versippte Verfasser haben
und schliesslich alle, die "sachlich veraltet" oder "überholt"
sind.

Ähnliche Richtlinien sind auch in Sachsen, Hamburg, Braunschweig,
Thüringen aufgestellt worden.

Daneben arbeitet die Reichsjugendführung und der Reichswalter
des NSLB an einer positiven Liste empfehlenswerter Schriften. Eine
solche erste Liste von 160 Büchern wurde im Heft 17 des "Deutschen
Erziehers" (Dezember 1938), Seite 404 veröffentlicht. Die Liste ent-
hält eine Reihe allgemein bekannter Bücher. Sie vermeidet die Anfüh-
rung von Schriften der extrem antisemitischen Richtung, und sie be-
vorzugt Schriften über deutsches Volkstum, über Weltkrieg und Nach-
kriegszeit und über die Jugend und die Organisationen des Dritten
Reiches. Eine grössere Anzahl der besten deutschen Kinder- und Jugend-
schriftenverfasser, wie Scharrelmann, Gensberg, Kästner, Ernst,
Tetzner usw. fehlen vollständig. Die Liste ist recht dilettantisch
zusammengestellt. Diese Reichsgrundliste ist in den einzelnen Län-
dern durch Listen ergänzt worden, die den besonderen heimatlichen
Charakter berücksichtigen.

Die ursprüngliche Absicht, ähnlich wie in Italien ein zentrales
Schulbuchmonopol für das ganze Reich zu schaffen, scheint aufgegeben
zu sein. Jedenfalls erstrecken sich die amtlichen Ausgaben auf eini-
ge Handbücher und auf Fibeln und Lesebücher. Eine kritische Schrift
über diese Bücher ist von der Vereinigung Deutscher Lehreremigranten
unter dem Titel: "La Nouvelle Allemagne dans son nouveau Manuel
scolaire", herausgegeben worden.

Inzwischen hat sich die Schulbuch-Verlagsindustrie der Chance be-
mächtigt und eine Unmenge von Serien von Lektüre- und Handbüchern
auf den Markt gebracht, die sich mit den Lieblingsthemen des National-
sozialismus: Rasse, Volkstum, Heldenverehrung, Deutschlands politische
Aufgabe, Versailles, Grossdeutschland, Kolonialimperialismus usw.
befassen, und unter denen selbstverständlich auch Schriften über Hit-
ler, Göring, Schlageter, Horst Wessel, Goebbels usw. nicht fehlen.
Die meisten dieser Schriften gehören nach Aufmachung, Stil und Inhalt
in das Gebiet der Schundliteratur, häufig muss man sie sogar zur
Schmutzliteratur rechnen. Zur letzteren Kategorie gehören besonders
die im Stürmerverlag erschienenen Fibeln und Bücher. (Siehe Heft 7/1937,

Teil B).

Bekannt ist das Bilderbuch für Kinder, das Elvira Bauer zur Verfasserin hat, und das auf dem Titelblatt die Inschrift trägt: "Traut keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud' bei seinem Eid". Diese Fibel hat selbst in der deutschen Öffentlichkeit weitgehende Ablehnung erfahren. Illustrationen und Texte sind so widerlich, dass selbst die amtlichen Stellen das Buch nicht zu empfehlen wagen. Inzwischen ist im Stürmerverlag ein Buch für Kinder, Nürnberg 1938 unter dem Titel: "Der Giftpilz", Erzählungen von Ernst Hiemer und Bilder von Fips erschienen, das die Fibel noch an Niedertracht und Geschmacklosigkeit übertrifft. Aus dem Inhalt nur einige Zitate:

"Wie die Giftpilze überall aus dem Boden schiessen, so ist der Jude überall in der Welt zu finden. Wie die Giftpilze oft das schrecklichste Unglück mit sich bringen, so ist der Jud die Ursache von Elend und Not, von Siechtum und Tod."

"Oft hat der Jude auch einen widerlich, süßlichen Geruch. Wer eine feine Nase hat, kann den Juden sogar riechen."

"Aus dem Sprechzimmer des Arztes klang ein Weinen. Sie (Inge) hörte die Stimme eines Mädchens: Herr Doktor, Herr Doktor! Lassen Sie mich in Ruhe! Dann hörte sie das Hohngelächter eines Mannes, dann war es mit einmal ganz still."

Neben dieser Schund- und Schmutzliteratur gibt es eine grosse Menge von Hilfsbüchern und Heften, die in den einzelnen Unterrichtsfächern Verwendung finden sollen, um den Schülern "lebensnahe", d.h. der nationalsozialistischen Mentalität angepasste nationalpolitische Uebungsstoffe zu geben. Zu dieser Kategorie gehören z.B. die im Verlag von Ehlermann, Dresden, herausgegebenen und von Köhler und Graf verfassten Ergänzungshefte für den Rechen- und den mathematischen Unterricht.

Zur Charakterisierung einige Beispiele:

Heft 1 (Sexta bis Quarta) Seite 16, Aufgabe 54: "Der nordisch-fälische Blutsanteil im deutschen Volke wird nach Schätzung auf 4/5 der Bevölkerung veranschlagt. Der dritte Teil davon kann als blond angenommen werden. Wieviel Blonde müsste es demnach in Deutschland von 66 Millionen geben?"

"Ein leichtes Maschinengewehr kämpft einen starken Spähtrupp nieder. Unter 250 Schuss werden 20 Treffer erzielt. Wieviel Hunderteile sind das?"

Heft 2 (Mittelstufe) Seite 16, Aufgabe 14: "Es standen in jedem Augenblick startbereit an Deutschlands Grenze 1.700 englische, 300 belgische, 3.000 französische, 1.300 italienische, 800 tschechoslowakische, 1.200 polnische und weit über 3.000 russische

Kampfflugzeuge, denen bis zur Erklärung der deutschen Wehrfreiheit durch den Führer am 16. März 1935 Deutschland schutzlos ausgeliefert war. Stelle nach diesen Angaben eine graphische Kurve auf".

Heft 3 (Oberstufe) enthält zahlreiche Aufgaben, die sich mit der Wahrscheinlichkeit der Vererbung dominanter Eigenschaften bei jüdischen Mischlingen und mit der Aufstellung ballistischer Kurven befassen.

Die Hefte vermeiden Grobheiten in der Sprache, die beigegebenen Zeichnungen sind gut ausgeführt, Winkelmesser und Übungsblätter für Geländekonstruktionen erhöhen die praktische Verwendung.

Das beste Geschäft in Schulbuchausgaben macht allerdings der Eherverlag, München. So erschien im Sommer 1938 "auf Veranlassung des Führers" das Buch des Reichsleiters Bouhler "Kampf um Deutschland" im Eherverlag, und prompt ordnete der Reichserziehungsminister an, dass "jeder Schüler künftig dieses Buch erwirbt. Um das Buch auch im Unterricht auswerten zu können, soll es spätestens von den Volksschülern zu Beginn des 8. Schuljahres, von den Schülern der Mittelschule und der höheren Schule beim Eintritt in die 5. Klasse erworben werden." (Vgl. Völkischer Beobachter vom 12.7. 1938 und 15. 1. 1939).

Die illustrierte deutsche Schülerzeitung: "Hilf mit!" ist das wirksamste Organ zur Pflege nationalsozialistischer Gesinnung in der Schule geworden. Es wird von der Reichsleitung des nationalsozialistischen Lehrerbundes herausgegeben und versorgt rund 5 Millionen Kinder mit geistiger Nahrung. Einer unserer Freunde hat uns einen ausführlichen Bericht über den Inhalt dieser Zeitschrift übermittelt. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Inhalt des 4. und 5. Jahrgangs, also mit der Zeit vom Oktober 1936 bis Dezember 1938. Aus dem Bericht folgende Einzelheiten:

Der vierte Jahrgang der Zeitschrift, vom Oktober 1936 bis September 1937, brachte die nachstehende Anzahl Beiträge aus folgenden Stoffgebieten: (Die Einteilung entspricht der der Herausgeber)

	33	Beiträge
1. Jugend im nationalsozialistischen Staat	6	"
2. Leibesübungen-Wandern	13	"
3. Wehrerziehung, Luftfahrt, Luftschutz	2	"
4. Handarbeit, Basteln, Werkunterricht	11	"
5. Heimat und Volkstum (Brauchtum)	6	"
6. Grenz- und Auslandsdeutschtum, Kolonialfragen	6	"
7. Sprache, Schrifttum, Dichtung, Märchen	57	"
8. Musik und Volkslieder	6	"
9. Kunst, Bauwerke, und Volkskunst	5	"
10. Vorgeschichte, germanischer Glaube und Heldenkult	5	"
11. Geschichte, einschliesslich Weltkrieg	16	"

12. Zeitgeschichte und politische Gegenwartsgeschichte	11	Beiträge
13. Bevölkerungspolitik und Wohlfahrtspflege	5	"
14. Rassen-, Ahnen- und Familienkunde	17	"
15. Deutsche Arbeit und Wirtschaft	19	"
16. Der Bauer, Stadt und Land	10	"
17. Erdkunde, Geologie, Mineralogie	11	"
18. Biologie und Naturschutz	16	"
19. Rätsel, Briefkasten usw.	4	"

In der "Zeitgeschichte" (Gruppe 12) werden behandelt: Bericht vom Reichsparteitag; Würdigung Blombergs; Hitler und der erste Mai; Gebt mir vier Jahre Zeit; Bericht von der Autobahn; Weltausstellung in Paris; Spanien usw. Lesen wir, was die deutsche Schuljugend über Spanien erfährt:

"Am Tage, da die bolschewistische Revolte losbrach, ..." "Es ist gleichgültig, ob jemand zur Opposition gehörte. Der Besitz entscheidet über sein Leben. Mord, Diebstahl, Raub sind das Wesen der roten Erhebung. Was wertvoll erscheint, wird gestohlen. Was nicht gestohlen werden kann, wird vernichtet". Dann wird weiter erzählt, dass die spanische Regierung Autobusfahrten zur Besichtigung der Leichen der Ermordeten organisierte, dass die Komintern ihre roten Genossen in Spanien mit Waffen und Soldaten unterstützten, und dass die roten Vernichter auch aus französischen bolschewistischen Kreisen jede Art von Hilfe bekämen. Der Text wird von zwei Bildern begleitet, die zerstörte Häuser zeigen. Unterschrift: "Wo der Bolschewismus regiert, da herrschen Zerstörung und Chaos".

Aus dem Jahrgang 1937/38 folgendes: Durch mehrere Nummern läuft ein Roman "Mietskasernen irgendwo", der die Strassen- und Sealschlachten der Jahre 1928 bis 1933 zeigt. Die Reichsbanner- und Rotfrontleute erscheinen als das Verruchteste vom Verruchten. Um die Sache populär zu machen, treten die Gruppen marschierend mit ihren Liedern auf. Auf diese Weise fand der Roman auch Eingang in die Familien der Arbeitergegenden, die sich freuten, die alten Lieder wie "Brüder zur Sonne zur Freiheit" usw. wiederzufinden.

5) Höhere Schulen

Die Statistik, die wir im allgemeinen Teil angeführt haben, weist einen sehr starken und schnellen Rückgang der Schulen und der Schüler auf. Dieser Rückgang ist auf dem Gebiete des höheren Schulwesens zum Teil bewusst herbeigeführt, zum Teil die Folge der allgemeinen Wirtschaftspolitik des Systems. Das System wünschte die höheren Schulen, in denen noch der alte nationale Geist herrschte, durch Schulen zu ersetzen, die eine hundertprozentige Sicherung für den nationalsozialistischen Nachwuchs geben. Diese Schulen bestehen heute in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und den Adolf Hitler-Schulen. In beiden Anstalten liegt Verwaltung und Aufsicht in den Händen der Jugendführung und der Deutschen Arbeitsfront. Für beide Gruppen von Anstalten erfolgt die Aufnahme nur durch die Empfehlung

der Jugendorganisation. In beiden Anstalten bestehen weitgehende Privilegien für Schulgelderlass, Internatsversorgung und Weiterleitung in Hochschulen oder Parteischulen.

Der Rückgang des Besuches der höheren Schulen erklärt sich aber auch aus einer allgemeinen Verarmung der Bevölkerung. Bei dem allgemeinen Mangel an Nachwuchs in allen Berufen und bei der Verlängerung des akademischen Studiums durch die zweijährige Militärzeit und den Arbeitsdienst ziehen die meisten jungen Leute es vor, zeitig in die Berufspraxis zu gehen, wo sie besser bezahlt und weniger unfrei sind. Dazu kommen die allgemeine Verachtung, die der Nationalsozialismus dem Geistigen überhaupt entgegenbringt und die Vorteile, die man sich durch körperlichen Schneid und politische Gesinnung besser sichern kann als durch wissenschaftliche Bildung.

Die Schulreform, die seit 1937 durchgeführt worden ist, lässt sich in kurzen Worten charakterisieren. Das gesamte höhere Schulwesen ist im wesentlichen auf die einheitliche Form der deutschen Oberschule mit elastischem Oberbau und mit Englisch als Hauptsprache reduziert worden. Diese Schulreform ist keineswegs eine Erfindung des Dritten Reiches, sondern ihr Programm ist unter dem Minister Becker, also 1924, zur Zeit der Weimarer Koalition in Preussen, von dem Ministerialrat Richard entwickelt (Denkschrift des Preussischen Unterrichtsministeriums 1924), und zwar gegenüber dem humanistischen Gymnasium und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Oberrealschule als "Schule des modernen Europäismus". Englisch als Anfangssprache wurde als Versuch seit Jahren an der Karl Marx-Schule in Neukölln durchgeführt. Natürlich ist die Schulreform des Dritten Reiches ihrem Geiste und ihrer Bildungsaufgabe nach völlig das Gegenteil von den humanistischen Bestrebungen der Weimarer Republik. Die höhere Schule ist eine engstirnige Ausbildungsanstalt für militärisches und nationalsozialistisches Denken geworden, und alles, was hierüber in dem Abschnitt Volksschule gesagt worden ist, gilt auch für die höhere Schule.

Das Gymnasium ist zwar auch heute noch nicht völlig verschwunden, aber es ist doch mehr oder weniger zu einer Nebenanstalt geworden. In der Monatsschrift für das höhere Schulwesen berichtet der Schulleistungsstatistiker Dr. Simon, dass im Jahre 1937 nur noch 12,1% aller Jungen der höheren Schulen das Gymnasium besuchen. Das sind der Zahl nach

und 30.000, und das bedeutet gegenüber 1936, dem letzten Jahr vor der Schulreform, eine Verminderung um 50%. Auch bei der Einschulung 1938 ist allgemein in den mittleren Städten, wo eine Oberschule neben dem Gymnasium besteht, nur noch eine Oberschulsexta zustande gekommen.

Mit dem zahlenmässigen Rückgang der höheren Schulen ist gleichzeitig auch ein starker Leistungsrückgang verbunden gewesen. Die höheren Schulen genügen heute schon nicht mehr, um den Nachwuchs für die akademischen Studien zu sichern. So stark wirkt sich der Rückgang der Abiturienten schon jetzt aus. Man sucht daher nach Wegen, um den Zugang zu den akademischen Studien auch auf andere Weise zu ermöglichen.

So sollen bewährte Schüler der Parteischulen in einem Schnellverfahren für bestimmte Studiengänge reif gemacht werden. Natürlich lässt man sich diese Gelegenheit nicht entgehen, um für solche Sonderförderungen die absolute nationalpolitische Sicherung zu schaffen. Zu diesen Sonderwegen gehört auch die Vorstudienausbildung des Langemarck-Studiums. Man greift auch hier auf eine "marxistische" Einrichtung zurück. In Stuttgart, Hamburg und besonders umfangreich in Berlin-Neukölln, wurden seit 1924 sogenannte Arbeiterabiturienten-Kurse eingerichtet, um junge begabte Arbeiter und Arbeiterinnen in Dreijahreskursen universitätsreif zu machen. Das Nazi-Regime hat solche Kurse in Heidelberg, Königsberg und seit Herbst 1938 in Hannover eingerichtet. Zu den früheren "marxistischen" Kursen konnte sich jeder melden, die Aufnahme erfolgte auf Grund einer allgemeinen Befähigungsprüfung. Die "Vorstudienkurse" der Nazis werden dagegen überhaupt nicht frei besetzt, sondern die Gliederungen der NSDAP, des Arbeitsdienstes und der Wehrmacht haben allein das Vorschlagsrecht. Die Auslese erfolgt auf Grund der fachlichen Eignung und der politischen Zuverlässigkeit.

6) Hochschulen

Zwei Tendenzen beherrschen die Hochschulpolitik des Dritten Reiches: Geistige Gleichschaltung und unmittelbare Einstellung der Hochschule auf die Zwecke der Machtpolitik des Regimes auf der einen Seite und Einstellung der Hochschule auf die praktischen Bedürfnisse der beruflichen Nachwuchssicherung, insbesondere für die unmittelbare

ren Bedürfnisse der technischen Vorbereitungen des Krieges. Die erste Tendenz führte, wie wir in dem allgemeinen Teil statistisch aufzeigten, zu einer ausserordentlich starken Reduzierung der Anzahl der Studenten. Das bezog sich nicht nur auf die allgemeinen, sogenannten Geisteswissenschaften, sondern das erstreckte sich sogar auf die praktisch-technischen Studien der Hochschulen. Aus einem alarmierenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 3. Oktober 1937 zitieren wir folgende Vergleichsziffern über die Neuzugänge zu den Hochschulen:

Jahr	Abiturienten	Gesamtzugang	in %	Technische Studenten	in %
1931	40.630	29.706	73,1	4.046	10,0
1934	40.250 x)	13.678	34,0	1.345	3,3

x) Von 1934 ab werden die Abiturienten gegliedert nach solchen, die als hochschulreif angesehen werden und solchen, die nur die Abschlussprüfung machen. Ostern 1934 waren von den 40.000 Abiturienten nur 16.000 hochschulreif.

Aus der Hochschulstatistik des Reichs- und preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (vgl. Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich) ist über die Entwicklung der Studentenzahlen an den Universitäten und Technischen Hochschulen folgendes zu entnehmen (die Zahlen umfassen auch die Studentinnen, aber nicht die Ausländer):

Winterhalbjahr	Zahl der Studenten an	
	Universitäten	Technischen Hochschulen
1933/34	79.006	15.764
1934/35	65.298	11.791
1935/36	57.105	11.447
1936/37	49.610	9.373
1937/38	46.125	8.172

Danech betrug im Wintersemester 1937/38 die Zahl der Studenten und Studentinnen an den Universitäten nur noch 58% der Zahl des Wintersemesters 1933/34, an den Technischen Hochschulen sogar nur noch 52%.

Ist es dem Regime gelungen, mit seinen Mitteln der Propaganda, der Privilegierung und der rigorosen Ausschaltung aller nicht Gleichgeschalteten eine homogene nationalsozialistische Studentenschaft zu schaffen? Nach den vorliegenden Berichten scheint dies keineswegs der Fall zu sein.

Südwestdeutschland: Die Stimmungsberichte, die man in der Nazipresse liest und auch manche Auffassung des Auslandes über die Hitlertröue der Studenten an den Universitäten trifft zumindestens auf Heidelberg absolut nicht zu. Mindestens die Hälfte der Studenten, wenn nicht gar noch mehr, sind Gegner des Regimes. Die Teilnahme an den offiziellen Zusammenkünften ist erzwungen. Diejenigen, die sich weigern, mitzumachen, laufen unbedingt Gefahr, beim Examen durchzufallen.

Norddeutschland: In den Kreisen der Studenten ist seit einiger Zeit eine gewisse Auflockerung eingetreten. Während in den ersten 3 bis 4 Jahren alle unter dem Eindruck des Umsturzes standen, ist seit etwa einem Jahr wieder eine gewisse Aufnahmebereitschaft für andere Gedankengänge festzustellen. Gewiss ist dies noch ein Prozess im ersten Stadium, dessen Dauer nicht zu übersehen ist.

Heute versucht der Nationalsozialismus mehr denn je, sich ein ideologisches Fundament zu schaffen. Jetzt will man mit allen Mitteln der studentischen Jugend klar machen, dass Wagner und Goethe, Kant, Schopenhauer und Nietzsche geistige Ahnen des Nationalsozialismus sind. Das hat die kleinen Kreise in der Studentenschaft, die noch nicht das Denken verlernt haben, dazu gezwungen, Stellung zu nehmen. Diese Kreise haben sich jetzt mit Goethe, Kant und Nietzsche beschäftigt und haben nachgeprüft, was an den Behauptungen der Nazis wahr ist. Die Nazis sind an unserer Universität dazu übergegangen, politische Kurse zu veranstalten, die sich mit dieser ideologischen Grundlegung befassen. In diesen Kursen haben wir das Wort ergriffen und haben eine Diskussion herbeigeführt, die die Absicht der Nazis durchkreuzt hat. Wo jahrelang überhaupt nicht mehr diskutiert worden ist, gelang es, eine solche Diskussion zu entfesseln. Es gelang z.B., die Studenten davon zu überzeugen, dass das Führerprinzip gar kein germanisches Prinzip ist, dass es dem deutschen Wesen und der deutschen Geschichte fremd ist usw. Auch im NS-Studentenbund kann man solche und ähnliche Diskussionen führen. Natürlich darf man dabei nicht als Hitlergegner auftreten, sondern es kann sich immer nur um Diskussionen in nationalsozialistischer Verkleidung handeln. Aber das wesentliche ist, dass die jungen Menschen überhaupt wieder zum Denken gebracht werden.

Im allgemeinen unterscheidet sich die Haltung der Studentenschaft nicht wesentlich von jener des übrigen Volkes. Der grösste Teil der Studenten betreibt heute ein Brotstudium. Er kommt nicht auf die Universität, um seinen Wissensdrang zu stillen, sondern um so schnell wie möglich die Voraussetzung für eine einträgliche Stellung im Erwerbsleben zu schaffen. Man kann heute sagen, dass die grosse Masse der Studenten sich geradezu weigert, nachzudenken. Sie wollen sich nicht aus der Ruhe bringen lassen und gehen deshalb allen Diskussionen aus dem Wege, noch mehr als die Arbeiter. Auch hier herrscht also die allgemeine Indifferenz und Entpolitisierung. Wenn in einzelnen Kreisen der Studentenschaft Unzufriedenheit herrscht, dann sind es sehr häufig nicht allgemeine politische Anlässe, sondern rein egoistische. So sind die Mediziner beunruhigt weil die Nazis angekündigt haben, sie würden das System der Privatpraxis aufheben und stattdessen die Aerzte zu Funktionären einer umfassenden Gesundheitsverwaltung machen.

Das Regime hat in den ersten Jahren den Rückgang der Studenten begrüßt. Doch mit dem zunehmenden Nachwuchsmangel, insbesondere angesichts des gesteigerten Bedarfs infolge des Vierjahresplanes, wurde das Problem kritischer.

Göring ordnete Massnahmen an, die für den Augenblick einen Ausweg schaffen. Es fehlt an Medizinern, also wird das Medizinstudium um fast zwei Jahre verkürzt. Es fehlt an Ingenieuren und Chemikern, also Reduzierung ihrer Studien für die ersteren auf drei, für die letzteren auf zwei Jahre. Es kommt gar nicht darauf an, den jungen Menschen ein gründliches Wissen zu geben, sondern sie so schnell wie möglich für ihre praktische Ausbeutung zu drillen. Früher genügten die vier Jahre meistens nicht, um den wissenschaftlichen Ansprüchen voll gerecht zu werden, für den autoritären Staat braucht man nur geschickte Handwerker.

Aber es fehlt auch an Dozenten. Die Hochschule reizt die begabten wissenschaftlichen Menschen nicht mehr, nachdem sie auch nur eine wissenschaftliche Rekrutenanstalt für den totalen Staat geworden ist. Der Reichsstudentenführer warnt im Interesse des Hochschullehrernachwuchses in den "Danziger Neuesten Nachrichten" davor, "wissenschaftliche Entscheidungen mit politischer Autorität durchsetzen zu wollen". - "Die Anerkennung oder Ablehnung einer wissenschaftlichen These sollte niemals irgendwie mit Grundsätzen der Disziplin oder des Führertums in Verbindung gebracht werden."

Ferner sucht man mit wirtschaftlichen Mitteln auszuweichen. Der Reichserziehungsminister Rust ordnete 1938 eine neue Besoldungsordnung für Dozenten an und setzte am 1. Oktober 1938 eine Reichshabilitationsordnung in Kraft, nach der künftig die jungen Dozenten als ausserplanmässige Beamte angestellt und entsprechend besoldet werden. Diese Regelung bedeutet ganz sicher einen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand des Privatdozententums, doch sie wird in ihrer Wirkung dadurch wiederum entwertet, dass der junge Dozent in die gleiche Abhängigkeit vom Regime gerät, die für alle Beamten gilt.

Zur Sicherung des Nachwuchses aber braucht man auch Studenten. Die Propaganda allein genügt hierfür nicht. 1938 hat man an allen Hochschulen Berufswunscherhebungen gemacht, die angeblich günstig ausgefallen sein sollen, deren Ergebnisse man aber nicht veröffentlicht, weil man wahrscheinlich festgestellt hat, dass der Abiturient vor der Prüfung gern die Auskunft geben wird, die man haben will,

dass die eigentliche Realisierung der Berufswünsche ganz anders aussieht. Auch die Massnahmen für "einen sinnvollen Berufseinsatz der Akademiker", das heisst also, die Propaganda und praktische Hinlenkung zu akademischen Studien, hat keinen Erfolg gehabt, wie wir den Mitteilungen des Leiters der Abteilung "Beratungsdienst beim Reichsstudentenwerk" (zitiert nach der "Frankfurter Zeitung" vom 29. 11. 1938) entnehmen. Die nüchterne Sprache der Zahlen ist stärker als alle Propaganda. 1931 ergriffen 73,5% der Abiturienten das Studium, 1937, nachdem die Abiturienten auf mehr als die Hälfte heruntergegangen sind, studieren nur noch 42,8% dieser Abiturienten.

Die wirtschaftlichen Beihilfen, die das Reichsstudentenwerk - ursprünglich eine freie Schöpfung der Studenten mit vollausgebauter Selbstverwaltung und finanzieller Förderung durch Behörden und wirtschaftliche Organisationen, heute ein gleichgeschaltetes halbamtliches Institut des nationalsozialistischen Studentenbundes - sind nicht so erheblich, dass sie die unbemittelten Kreise stark anlocken könnten. Hinter den Leistungen, die die Republik von Weimar auf diesem Gebiet zu verzeichnen hatte, bleiben sie weit zurück.

Im März 1939 befahl der Reichserziehungsminister die Rektoren der Hochschulen nach Berlin zu einer Konferenz. Sie sollten über die Krise der Hochschulen beraten. Die Herren begannen ihre Tätigkeit mit der Absendung folgenden Telegramms an Hitler:

"Die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung hat die deutsche Wissenschaft wieder zu den Quellen ihrer Erkenntnis zurückgeführt und sie durch Ihre Tat wieder für das Gesamtwohl des Volkes zum Einsatz gebracht. Für das Glück, in dieser Aufgabe tätig sein zu dürfen, danken Ihnen durch uns alle in Lehre und Forschung tätigen Kräfte mit dem Gelöbnis hingebender Treue".

Ueber sonstige Ergebnisse der Rektorenkonferenz, die geeignet wären, dem unleugbaren Niedergang des deutschen Hochschulwesens Halt zu gebieten, verlautete nichts.

- - - - -

III. Aus den Betrieben

1) Die Lohnsklaven

Seit langem haben wir in diesen Berichten in jeder Materialzusammenstellung über die Lage in den Betrieben auf das mörderische Arbeitstempo hinweisen müssen, zu dem die deutschen Arbeiter gezwungen werden. (Vgl. hierzu Heft 9/1938, Seite A 79 ff., Heft 10/1938, Seite A 42 ff., Heft 1/1939, Seite A 16 ff.) Unmenschlich lange Arbeitszeiten und eine unerhörte Antreiberei haben die Ausbeutung in einem Grade gesteigert, wie sie seit den dunkelsten Zeiten des Frühkapitalismus in Europa nicht mehr vorgekommen ist. Die deutschen Arbeiter sind nur noch Lohnsklaven. All das vollzieht sich unter der Parole der Leistungssteigerung. Ende März hat Ley die Werkschärmänner aufgerufen, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, um die letzten Leistungsreserven zu mobilisieren, die in dem einzelnen Arbeiter stecken. Je mehr sich die Reserven des Arbeitsmarktes erschöpfen, umso mehr müssten diese Leistungsreserven eingesetzt werden.

Die nachstehenden Berichte lassen erkennen, welche Zustände unter dieser Parole der Leistungssteigerung um jeden Preis in den Betrieben eingerissen sind.

Rheinland-Westfalen: Die Stimmung bei den Ruhrkohlenarbeitern ist sehr schlecht. Auf vielen Zechen und Fabriken wird 12 Stunden gearbeitet. Zum Teil fehlt es an Maschinen, da sich die Schichten überschneiden. d.h. mehrere Stunden arbeiten in bestimmten Abteilungen beide Schichten zusammen, die zu Ende gehende und die neue Schicht. Wer sich weigert, Überstunden zu leisten, läuft Gefahr, aus dem Betrieb gejagt zu werden.

Mitteldeutschland: Die Stimmung unter der Arbeiterschaft hat sich in den Herbst- und Wintermonaten arg verschlechtert. In der Bahn wird viel geschimpft, an allen möglichen Stellen werden Anschriften gegen die Wühlerei in den Betrieben angebracht. Die Radfahrer, die zu ihren Arbeitsstellen 2 bis 3 Stunden täglich mit dem Rad fahren, schimpfen am meisten. Sie bekommen nicht rechtzeitig neue Schläuche, fahren mit defekten Reifen und müssen fast Tag für Tag unterwegs bauen und flicken. Auf diese Weise kommen sie zu spät zur Arbeit und haben an der Arbeitsstelle wieder Krach. Abends ist es dasselbe auf dem Heimweg. Es bleibt ihnen immer weniger Zeit zum Ausruhen. Die Arbeitszeit wird länger, das Arbeitstempo immer schärfer und der Weg von und zur Arbeitsstätte immer beschwerlicher. Kein Wunder, wenn da der Geduldsfaden langsam bei jedem Arbeiter reißt. Umso mehr als keinerlei begründete Aussicht besteht, dass sich die Dinge bald ändern.

Berlin: Die Arbeiter verdienen im allgemeinen ganz gut, müssen aber zuviel arbeiten. Die Arbeitszeit beträgt häufig 10 bis 12 Stunden am Tage, und in der Rüstungsindustrie muss ausserdem noch jeden zweiten Sonntag gearbeitet werden. Diese Sonntagsarbeit, bei der es sich nicht um regelmässige Schichtarbeit handelt, wird z.B. bei Borsig und in der Flugzeugindustrie durchgeführt. Man kann etwa sagen, dass ein Drittel der Berliner Arbeiterschaft zusätzlich Sonntagsarbeit leisten muss.

Der grösste Teil der Arbeiter hat einen Bruttoverdienst von 35 bis 40 Mark wöchentlich und geht mit 28 bis 33 RMk nach Hause. Allerdings kommen qualifizierte Facharbeiter auch auf 60 bis 70 RMk, vor allem Vorarbeiter, während Meister 350 bis 400 RMk monatlich verdienen. Ein Wochenlohn von 28 bis 33 RMk netto reicht gerade aus, um eine Familie zu erhalten. Die Arbeiter sind sich darüber klar, dass der Verdienst, umgerechnet auf die Arbeitszeit sehr viel niedriger ist als früher. Sie klagen sehr darüber, dass sie den ganzen Tag in der Tretmühle stecken und sie schimpfen viel, weil ihnen jede Freizeit fehlt und jede Möglichkeit genommen ist, sich nach ihrem Belieben zu betätigen.

Schlesien: Entgegen allen Erwartungen, dass sich die Arbeitszeitverlängerung reibungslos vollziehen werde, zeigen sich seit den ersten Januarwochen gewisse Widerstände. Die Arbeiter weigern sich nicht, länger zu arbeiten, wo solche Ueberarbeit angeordnet worden ist, aber die Leistungen stehen in keinem Verhältnis zu der verlängerten Arbeitszeit. Im Bergbau, aber auch in der Eisenindustrie sind ja Ueberstunden und Ueberschichten bereits vor dem Uebergang zur Arbeitszeitverlängerung an der Tagesordnung gewesen. Jetzt hat man nur die bestehende Arbeitszeitverlängerung offen sanktioniert. Für die Ueberstunden und Ueberschichten wurde ja nur selten der Prozentzuschlag gezahlt, aber trotzdem stand die Leistungserhöhung in einem gewissen Verhältnis zur Allgemeinleistung. Nach Einführung der offiziellen Arbeitszeitverlängerung haben sich jedoch die Leistungen vermindert, das geben selbst die Betriebsleitungen zu. In vielen Fällen, besonders im Bergbau, geht man jetzt dazu über, wieder normal zu arbeiten. Auf den Gleiwitzer Gruben, den Oehrigenschächten bei Sosnitzta hat man bereits den Arbeitern anheimgestellt, keine Ueberarbeit zu leisten, da die Leistungen zurückgehen, nicht genügend Waggons zur Verfügung stehen und die Halden auch bereits überfüllt sind.

In einer Belegschaftsversammlung der Donnersmarckhütte in Hindenburg beschäftigte man sich auch mit der Arbeitszeitverlängerung. Dem Vertrauensrat wurde vorgeworfen, dass er nicht nur das Antreibersystem dulde, sondern auch ruhig zusehe, wie Ueberstunden eingelegt und die Prozente nicht gezahlt werden. Darauf erklärte der Vertrauensrat, dass der Achtstundentag grundsätzlich nach wie vor Geltung habe. Dieses Gesetz sei nicht aufgehoben. Das habe auch die Kreisleitung der Arbeitsfront den Vertrauensleuten und Amtsleitern zur Kenntnis gebracht. Nur, wo es an Arbeitern mangle oder ein grösserer Arbeitseinsatz für die Aufrüstung erforderlich sei, haben die Verwaltungen um eine besondere Genehmigung nachgesucht, Ueberstunden und Ueberschichten einzulegen. Sie haben die Genehmigung auch erhalten. Man arbeite ja heute nicht mehr als vor dem 1. Januar. Dann berief sich der Vertrauensrat darauf, dass der Achtstundentag doch nicht von der Arbeitsfront,

sondern von den Arbeitern selbst durchbrochen werde. Sie hätten selbst die Leistungen gesteigert. So habe sich eben der heutige Zustand eingelebt, den der Vertrauensrat jetzt nicht beseitigen könne. Niemand sei zur Ueberarbeit gezwungen. Schliesslich berief sich der Vertrauensrat auf eine Berliner Tagung "Arbeitsschutz und Vierjahresplan", die Anfang Februar stattgefunden und auf der die Regierung ausdrücklich für ganz Deutschland die Zusicherung gegeben habe, dass der Achtstundentag nach wie vor in allen Betrieben Geltung behalten solle. Wo Ausnahmen vorkämen, geschehe das nicht ohne Zustimmung der Arbeiterschaft, die heute weit mehr Rechte besitze, als je zuvor. Im übrigen erklärte der gleiche Vertrauensrat der Donnersmarckhütte in Hindenburg, dass er und die Kreisleitung der Arbeitsfront dafür Sorge tragen würden, dass bezüglich des Achtstundentags in den Betriebszeitschriften die erforderliche Aufklärung erfolge. Tatsächlich erschien dann in einem Teil der Nazipresse ein Artikel: "Es bleibt beim Achtstundentag".

Soweit unsere Freunde in den Betrieben feststellen konnten, hat die Arbeitszeitverlängerung in den Kreisen der SA und bei den Amtswaltern grosse Erregung hervorgerufen. Um diese Leute zu beruhigen, habe man jetzt offiziell erklärt, dass am Achtstundentag nicht gerüttelt wird. Tatsächlich benutzt man auch alle Nazi- und Belegschaftsversammlungen dazu, solche Zusicherungen zu geben, wobei man sich auf die besagte Berliner Februartagung über "Arbeitsschutz und Vierjahresplan" bezieht.

Danzig: Auf den beiden grossen Danziger Werften, der Danziger Werft und der Schichauwerft, arbeitet man durchschnittlich täglich 10 bis 12 Stunden, in einzelnen Werkstätten dazu 4 bis 5 Stunden Sonntags. Die Stimmung unter den Arbeitern ist, wie schon oft geschildert, schlecht, hauptsächlich wegen des verhältnismässig geringen Verdienstes, der bei solcher Schufterei herausspringt. Welcher Wandel aber in der Psyche des Arbeiters eingetreten ist, beweist die an sich verständliche Tatsache, dass die Arbeiter es als eine Kränkung empfinden, wenn sie etwa vor Ablauf von 10 Stunden von der Arbeit nach Hause geschickt werden. Tatsächlich bringt man das als Strafmassnahme gegen rebellische oder von früher als Sozialisten bekannte Arbeiter in Anwendung.

Die Arbeiter kommen bei einer so ausgedehnten Arbeitszeit überhaupt nicht mehr dazu, sich mit sich selbst zu beschäftigen oder sich etwa fortzubilden. Ihr politisches Interesse erstreckt sich lediglich noch auf das Abhören der Abendmeldungen ausländischer Sender. Ihre Aktivität, besonders die der jüngeren Arbeiter, ist in erster Linie auf die persönliche Vervollkommnung und auf das Fortkommen im Beruf gerichtet.

Besonders übel sind die Zustände auf den Festungsbaustellen. Entsprechend ist die Stimmung unter den Festungsbauarbeitern. (Ueber die Lage der Festungsbau-Arbeiter haben wir bereits in Heft 9/1938, Seite A 95 - 99 berichtet.)

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Beim Festungsbau wird über ein ungeheures Antreibersystem geklagt. Zwölf Stunden tägliche Arbeit ist das normale. Da Tag und Nacht gearbeitet wird, darf keiner seinen Arbeitsplatz verlassen, bevor nicht die Ablösung da ist.

Kommt es nun vor, dass der eine oder andere nicht zur Arbeit erscheint, muss der gerade an diesem Platz Befindliche die zweite Schicht, ja manchmal auch noch die dritte Schicht durchhalten.

Die sanitären Anlagen lassen auf vielen Baustellen alles zu wünschen übrig. Es gibt sogar Baustellen, wo nicht einmal ein Verbandskasten ist. Es ist, vorsichtig ausgedrückt, sehr lebhaft unter der Arbeiterschaft, es rumort überall und nur die drakonischen Massnahmen hindern die Arbeitermassen an offenen Meutereien. Ein grosser Teil der Arbeiter ist allerdings so stark eingeschüchtert, dass er alles hinnimmt, wenn er zu Hause nur noch Wassersuppe und zum Frühstück eine Margarinestulle hat.

Aber auch die Unternehmer, die anfangs gern an die Westgrenze gingen, da sie dort schweres Geld verdient haben, sind nicht mehr von der Sache begeistert. Sie müssen jetzt die Bunker und andere Anlagen im sogenannten Stundensakkord machen, das heisst, sie bekommen für die Baulichkeit so und soviel Stunden bezahlt. Brauchen sie länger, dann ist das ihre Sache. Dass dadurch nicht nur der Verdienst der Arbeiter geschmälert wird, sondern auch die Arbeiter unter eine furchtbare Antreiberei kommen, ist begreiflich.

2. Bericht: Die Klagen der Festungsarbeiter werden immer lebhafter. Die Leute klagen durch die Bank, schimpfen und machen ihrem Unmut in sarkastischem Spott Luft. Eine Gruppe von Festungsarbeitern, mit der ich im Zug zusammenfuhr, spottete mit recht drastischen Ausdrücken über die Ehrenurkunde, die ihnen verabreicht worden ist. Sie vertraten die Meinung, einige Mark Entschädigung wären ihnen lieber gewesen. Sie klagten über den hohen Preis für das Essen (8,50 RMk pro Woche) und über die geringe Qualität des Essens. Einer der Arbeiter, der seinen Freifahrtschein verloren hatte, besass nicht einmal genug Geld, um sich eine Fahrkarte zu kaufen. Er musste seine Kameraden um den Betrag anpumpen.

Die Junggesellen sind sehr benachteiligt. Sie müssen mehr Steuern bezahlen und bekommen nicht das "Herdgeld" der Verheirateten, das je nach der Familienstärke bis zu 50 RMk im Monat beträgt. In der letzten Zeit ist es oft vorgekommen, dass die Leute bis zu 36 Stunden durcharbeiten mussten, damit ja der Fertigstellungstermin eingehalten werden konnte. Es gab in diesem Fall alle 12 Stunden eine Pause von einer Stunde. Auf der anderen Seite kam es allerdings auch vor, dass mit der Arbeit ausgesetzt werden musste, weil kein Baumaterial vorhanden war. In dieser Zeit mussten dann Steine geklopft werden. Die Arbeiter dürfen die Arbeitsstätten nie verlassen. Erst wenn der Pfiff ertönt, darf die Arbeit niedergelegt werden. Es wird auch keine Rücksicht darauf genommen, dass die Leute dauernd im Wasser stehen müssen. Sie sprechen sich sehr bitter über die Aufseher aus, die mit wasserdichten Stiefeln und Lederjoppen herumspazieren.

Ein Arbeiter, der im Festungsbau bei Z. beschäftigt ist, gibt folgende Schilderung:

Sein Lohn beträgt 32 RMk in der Woche, wovon ihm gleich 17 TMk für Essen und sonstige Beiträge abgezogen werden. Das Essen kostet 8,50 RMk. Mit dem Rest des so geschröpften Wochenlohnes muss das Zimmer bezahlt werden. Was dann übrig bleibt, langt nicht einmal für die so dringlich notwendigen zusätzlichen Nahrungsmittel, so dass seine Frau ihm immer noch Geld senden muss. Er drängt deshalb sehr darauf, dass er wieder an seinen alten Arbeitsplatz kommt, da er, wie er sagt, von diesem Verdummungsbetrieb die Nase

voll habe. Sobald er von seinem Urlaub zurückgekehrt sei, werde er sofort die Kündigung einreichen. Das sei allerdings sehr schwierig, und man müsse mit grossen Schikanen rechnen, aber er sei entschlossen, sich bis zum Aeussersten zu wehren.

Rheinland, 1. Bericht: Die Stimmung bei den Festungsarbeitern, unter denen sich viele Jugendliche befinden, ist anders als es Göring "seinen braven Arbeitern" nachsagt. Es wird dort viel diskutiert, mehr als zu Hause, und um den 1. Oktober herum, als die Jugendlichen neben der Arbeit auch noch schnellmilitärische Ausbildung erhielten und in Armee-Uniformen gesteckt wurden, war von Begeisterung auch nicht mehr die Spur vorhanden. Alles erwartete nur angstvoll die neuen Nachrichten.

Der Münchener Vertrag hatte dem Führer neuen Glanz verliehen. Aber das ist längst vorbei, die Abstumpfung gegen alles ist so gross, dass ein noch so grosser Erfolg Hitlers die Stimmung bestenfalls wenige Wochen hochhält.

2. Bericht: (Kleines Dörfchen auf dem Hunsrück) In der Nähe, auf den Aekern wird eine grosse unterirdische Stellung gebaut; auch nachts wird gearbeitet unter dem Licht grosser Scheinwerfer. Die Arbeiter, einige Hundert, aus der Hamburger Gegend stammend und meist verheiratet, sind in den umliegenden Dörfern bei den Kleinbauern untergebracht. Sie müssen meist zu zweit in einem Bett schlafen, da eine andere Unterbringung nicht möglich ist. Abends, nach der 10-stündigen Arbeitszeit, wissen sie nicht, wo sie sich aufhalten sollen, wenn sie nicht ins Dorfwirtshaus wollen.

Einer der Leute erzählte mir: "Ich war Büroangestellter bei einer Hamburger Behörde, 30 Jahre alt. Jahrelang war ich arbeitslos. Kurz nachdem das Zwangsarbeitsgesetz Görings herausgekommen war, hat mich mein Vorsteher zu sich hereinrufen lassen. Ob ich mich nicht freiwillig zur Arbeit an die Westfront melden wolle. Auf meinen Einwand, ich, als Büroangestellter, sei die schwere körperliche Arbeit mit Schippe und Hacke doch nicht gewöhnt, habe nicht die notwendige Arbeitskleidung usw., sagte mir der Chef: im Interesse meines Fortkommens im Behördendienst sei es besser, wenn ich alle Bedenken fallen lasse.

Ich fühle mich an der "Westfront" sehr unglücklich. Die ungewohnte körperliche Arbeit, die lange Arbeitszeit, die Sonntagsarbeit. Und die vielen Arbeitsviecher, die bereits sind, freiwillige Sonntagsarbeit zu leisten, um mehr zu verdienen...

Mit meinem Bettgenossen, mit dem ich zufällig zusammengekoppelt bin, vertrage ich mich nicht. Er vertrinkt seinen ganzen Verdienst, obgleich er zu Hause Weib und Kind hat und er kommt fast jeden Abend betrunken und randalierend nach Hause. Ich selbst weiss nicht, wo ich mich abends aufhalten soll, da der ungemütliche Kochraum des Bauern keinen Aufenthaltsraum bietet. An Regentagen, wenn ich mit nassen Kleidern von der Arbeit komme, ist nachts bei meinem Bauern keine richtige Trocknungsmöglichkeit und anderentags muss ich mit halbfeuchten Arbeitskleidern wieder los."

Dieser Mann sehnte sich nach der Gemütlichkeit seines Heimes.

Ueber die Methoden, mit denen man die Leistungssteigerung zu erreichen versucht, unterrichten die nachstehenden Berichte aus Rheinland-Westfalen:

1. Bericht: Ständig finden für die Aachener Betriebe Schulungskurse für die Betriebsobmänner statt. Diese werden gedrillt zum Zwecke der Leistungssteigerung und es wird ausdrücklich erklärt, dass sie den Betriebsführern in dieser Frage an die Hand gehen, also als Antreiber wirken sollen. So kommt es, dass man die Betriebsobmänner bereits allgemein in den Betrieben Antreiber nennt.

Die Arbeiter lachen über alle diese Bemühungen, die keinen praktischen Erfolg haben. Gewiss gab es im Anfang Dumme, die an diesen Zauber glaubten, heute aber macht die Sache auf keinen Arbeiter mehr Eindruck.

2. Bericht: Auf der Zeche X. hat man neuerdings einen besonderen Trick erfunden, wie man Bergarbeiter gefügig machen kann, die sich weigern, Ueberstunden zu machen. Man hat in verschiedenen Schüttelstößen der Zeche das Dreimann-System eingeführt. Diese drei Mann bilden eine Kameradschaft mit gemeinschaftlichem Gedinge. Unter den dreien ist immer einer, der nicht so leistungsfähig ist wie die anderen zwei. Die zwei sind aber für den dritten mit verantwortlich. Bekommt der Leistungsschwache sein zugewiesenes Kohlenfeld nicht heraus, so muss dieses nach der Schicht von allen Dreien herausgearbeitet werden. Derjenige von den Dreien, der sich weigert, diese Nach-Arbeit zu leisten, bekommt für den betreffenden Tag einen Lohnabzug. Man muss bedenken, dass auch der leistungsfähigste Arbeiter nur mit äusserster Kraftanstrengung sein Pensum schaffen kann. Die Bergarbeiter sagen, das sei die "Betriebsgemeinschaft" des Nazismus. Es herrscht unter ihnen tiefe Verbitterung.

Auf der Schachtenanlage "Friedrich Heinrich" in Lintfort beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit 10 Stunden. Im Monat Februar erreichten Gesteinsbauer einen Durchschnittslohn von 10,60 RMk auf einem Betriebspunkt.

3. Bericht: Was jetzt in der gesamten Wirtschaft vorbereitet wird, ist ein ganz grossangelegter Versuch, das Letzte aus dem deutschen Volke herauszuholen. Dabei muss die Gesundheit des Volkes aufs Schwerste leiden. Schon jetzt sieht man viele ausgehöhlte Gesichter, aus denen nicht nur die Not, sondern auch Hoffnungslosigkeit spricht. Weil man an diesen Erscheinungen nicht vorbeigehen kann, fordert man vom "verantwortlichen Betriebsführer" erhöhte soziale Massnahmen. Die gesetzlichen Mutterschutzbestimmungen sollen durch "freiwillige" Leistungen erweitert werden. Die DAF fordert Anlegen von Fussrasten, Einrichtung von Stillstuben und Kindergärten in den Betrieben bzw. in der Nähe der Betriebe, zusätzliche Kurzpausen am laufenden Band usw.

In den Betrieben hat eine planmässige Arbeit der DAF eingesetzt zum Zwecke der "Steigerung des Leistungswillens". Man nennt das auch "organische Betriebsgestaltung" und wendet sich an jeden einzelnen Mann im Betrieb, indem man kleine Merkzettel verteilt, auf denen die Aufgaben erklärt werden. Der Arbeiter soll "über den Sinn seiner Arbeit nachdenken", Vorschläge machen und seinen

Einsatzwillen beweisen. Man versucht es mit "Aufklärung", man betont ausdrücklich, dass dem Arbeiter der Sinn und Zweck gerade seiner Arbeit vor Augen geführt werden, ihm klargemacht werden soll, dass die organische Betriebsgestaltung für Deutschland bitter notwendig ist. Die Gestalter der Arbeitsverfahren und die Ingenieure sollten nicht als Einpeitscher, sondern als "Helfer und Berater" im Betrieb wirken. Niemand dürfe das Gefühl bekommen, dass er nur ausgebeutet werden solle. Nicht zuletzt solle dem deutschen Arbeiter aber auch das "Wertigkeitsgefühl" gegeben werden, das er brauche, um im Kampfe des deutschen Volkes um seine Existenz seinen Mann zu stehen. Während man bisher grosse Töne redete über die Unüberwindlichkeit des Dritten Reiches, spricht man jetzt ganz absichtlich von der Not des deutschen Volkes und von seinem möglichen Untergang, wenn nicht alle das Letzte hergeben. Es ist die Methode der Schockwirkung, die Methode des Wechselbades. Nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeiter sieht klar, wohin der Weg geht. Der grössere Teil folgt -wenigstens äusserlich- willig der Aufforderung, mehr zu leisten. Und die Frauen werden ebenso folgen, weil es eben Mode ist und weil eine Aufbesserung des Verdienstes in dieser schweren Zeit winkt.

4. Bericht: Im Dortmunder Eisenwerk "Rote Erde" ist ein besonderes Antreibersystem entwickelt worden. Es werden vornehmlich Kugellager-Garnituren für die Wehrmacht erzeugt. Jeder Auftrag ist eilig und soll beste Qualitätsarbeit sein. Das ist bei dem zur Verfügung stehenden schlechten Roheisen eine Kunst. Es wird im Akkord gearbeitet. So ist ein System entstanden, durch das im Durchschnitt Bruttolöhne von 62,- RMk wöchentlich erzielt werden. Davon gehen aber in der Regel wieder 8,- bis 10,- RMk Abzüge für fehlerhafte Arbeit ab. Die Arbeiter müssen trotz der Schufterei noch das Risiko für die Verarbeitung des spröden Materials tragen. Da in drei Schichten gearbeitet wird, kommen bei Nachterbeit ausserdem noch besondere Unkosten dazu. Allein die Anfahrt kostet dabei für viele Arbeiter wöchentlich eine Mark mehr.

In der Zeit vor 1933 verdienten die gleichen Arbeiter bei 50 Stunden Arbeitszeit zwar nur 45,- RMk brutto, aber sie brachten netto 39,- bis 40,- RMk nach Hause. Gegenwärtig muss 64 Stunden gearbeitet werden und die Arbeiter bringen bestenfalls 45,- RMk nach Hause. Dabei muss man aber noch die Kaufkraftverminderung berücksichtigen, die inzwischen eingetreten ist. Die Stimmung der Belegschaft ist mehr als gedrückt. Einer der befragten Arbeiter erklärte, die Stimmung im Betrieb lasse sich in wenigen Worten zusammenfassen: "Wir murren alle, zum Organisieren wird aber erst die nächste Generation wieder kommen. Wir haben das Spiel im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege verloren. Das lässt sich für unsere Generation nicht mehr gut machen. Jetzt müssen sich erst die anderen völlig abwirtschaften. Das kann noch ziemlich lange dauern."

Der Mangel an Arbeitskräften und die Ueberanstrengung der Beschäftigten führen vielfach zu einer gefährlichen Vernachlässigung der Sicherheitsmassnahmen. Das allgemeine Hetztempo führt ausserdem dazu, dass die Arbeitsprodukte oft fehlerhaft sind und dass viel unrationelle Arbeit darauf verwendet werden muss, diese Fehler wieder gutzumachen.

Rheinland-Westfalen: Die Jagd nach Kohle und die immer schärfer werdende Antreiberei haben zur Folge, dass die Sicherheit der Bergarbeiter immer mehr gefährdet wird. Das gilt vor allem von den ohnehin durch Schlagwetter gefährdeten Anlagen. Auf der hiesigen Schachtenlage wird in den letzten Monaten recht nachlässig vorgegangen. Der für die Steinstaubanlage verantwortliche Steiger ist mit Nebenarbeiten so überhäuft, dass er sich seiner eigentlichen Aufgabe nicht voll widmen kann. Der Mann ist zu gleicher Zeit Förderaufseher und Steiger für Materialkontrolle und Materialeinsparung. Durch die Vernachlässigung der unbedingt erforderlichen Sicherungen hat sich der Bergleute eine grosse Angst bemächtigt.

Nicht nur der Steiger ist mit Nebenarbeiten beschäftigt, sondern auch die für die einzelnen Abteilungen bestellten Einstauber können ihre Hauptaufgabe nicht voll erfüllen. Sie müssen Schlepper- und Reparaturarbeiten besorgen.

Die Grubendirektionen haben die gegen Schlagwetter notwendige Steinstaubwirtschaft immer als Belastung empfunden. Immer suchten sie die Kosten dafür so weit als möglich herunterzudrücken. Früher sorgte die gewissenhafte Kontrolle unserer Betriebsräte für Ordnung, heute sollen das die "Vertrauensräte" besorgen. Da sieht es sehr schlecht mit der Sicherheit aus. Ein früherer Freigewerkschafter, der zur Zeit noch auf der Schachtenlage ... in Dortmund arbeitet, stellte mit einigen Kameraden nach der Schicht auf eigene Faust fest, dass von 11 Steinstaubsperrern (Hauptsperrern), die er von seinem Arbeitsort bis zum Schacht passierte, der Steinstaub von 6 Hauptsperrern nicht mehr flugfähig war, also untauglich. Die bergpolizeiliche Verordnung aber verlangt, dass der auf den Hauptsperrern befindliche Steinstaub ständig flugfähig sein muss.

Mit den Hilfssperren und Horden in den Strecken sieht es nicht besser aus. Auch die Wandersperren, die nach der Verordnung immer in der Nähe des Ortsstosses hängen sollen, befinden sich nicht immer dort, wohin sie gehören. Der Ausbau in den Stössen lässt durch die Einsparung an Bauholz sehr viel zu wünschen übrig. Die Grubenhölzer sind heute viel schwächer als früher, man sucht sie durch Verleimungen und Verschraubungen zu verstärken, aber immer ist das Ziel, Holz und abermals Holz zu sparen. Durch viele Ueberstunden werden ebenfalls die Sicherheitsmassnahmen mehr und mehr vernachlässigt. Und nur durch Ueberstunden kann der deutsche Bergmann heute noch einigermaßen zu seinem Lohn kommen. Die Zukunft wird lehren, dass viele deutsche Bergleute diese Entwicklung mit Siechtum und frühem Tod werden bezahlen müssen.

Berlin: Häufig erzählen die Arbeiter Beispiele, wie sinnlos und verrückt manchmal gearbeitet wird. So wurde z.B. in einer Fabrik, die Motorenbestandteile für Heeresbedarf erzeugt, in aller Hast ein Motorenbestandteil in Grossfabrikation übernommen. Als die Produktion zum grossen Teil durchgeführt war, kam man auf eine neue Verbesserung, so dass man mit der Produktion dieses Artikels wieder von vorn anfangen musste.

Alle Arbeiter haben das Empfinden, dass eine gewaltige Aufblähung an Arbeit erfolgt ist, die nicht natürlich sein kann. Auch unpolitische Arbeiter haben kein Vertrauen in die Stabilisierung der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Alle fragen sich: "Wo kommt das Geld her?" Viele rechnen sich aus, wieviel sie in der Form

ihrer Abzüge zur Rüstungsfinanzierung selbst beitragen. Solche kritischen Ueberlegungen werden auch durch den Mangel an geschulten Technikern und Ingenieuren nahegelegt. Man hat z.B. schon dazu übergehen müssen, Studenten an verantwortliche Stellen zu übernehmen, die dann oft vieles verbockt haben. Natürlich fragen sich die Arbeiter dann: "Wie soll das auf die Dauer gehen?"

Eine besondere Zuspitzung hat die Lage im Bergbau erfahren. Trotz aller Antreiberei und trotz umfangreicher Ueberarbeit geht die Förderleistung je Mann und Schicht seit Jahren zurück. (Wir haben darüber zuletzt in Heft 1/1939, Seite A 20 berichtet). In der "Frankfurter Zeitung" vom 1. März 1939 wird darauf verwiesen, dass einer der Gründe für diesen Rückgang die Zunahme der Krankheitsfälle unter den Belegschaften ist. 1932 waren 3,96% der Gesamtbelegschaft der Ruhrzechen krank, 1937 dagegen 4,84% und im September 1938 sogar 5,39%. Auf 100 fehlende Arbeiter gerechnet, ergab sich 1933 bei 18,31 Krankheit als Ursache, im September 1938 aber bei 44,74.

Die uns zugegangenen Berichte bestätigen diese Feststellungen (vgl. auch Heft 9/1938, Seite A 107, ff. "Das mörderische Arbeitstempo"). Das Regime versucht, das Ansteigen der Krankenziffern auf seine Weise zu bekämpfen. Die sogenannte ärztliche Betreuung in den Betrieben, ursprünglich als Massnahme der Menschenökonomie gedacht, ist vielfach in Gesundheitschreiberei ausgeartet. Aus einem Artikel der "National-Zeitung", Essen, vom 3. März 1939 geht z.B. hervor, dass der Betriebsarzt "dem Verletzten einen zwischenzeitlichen leichten Arbeitsplatz zuweisen kann, so dass er nicht zu feiern braucht und im Arbeitsprozess verbleibt." Die "Reichswerke Hermann Göring" in Salzgitter haben zu diesem Zweck besondere "Durchgangsplätze" geschaffen, um das sogenannte Krankfeiern zu verhindern. Dr. Bartels und Staatsrat Meinberg haben auf dem Reichsparteitag 1938 verkündet, dass dank dieser Massnahme der Durchschnitt an Krankheitstagen in den Reichswerken nur 8 Tage betrage gegenüber 22 Tagen im Reichsdurchschnitt.

Rheinland-Westfalen: Der Betriebsführer ist dauernd bemüht, eine niedrige Unfallziffer zu haben. Auf den Reviersteiger wird von oben her ein ständiger Druck ausgeübt, man hat Prämien ausgesetzt für niedrige Unfallziffern und diese will natürlich kein Steiger verlieren. So werden viele Unfälle verschwiegen. Der Steiger wiederum übt direkt und indirekt einen Druck auf den Bergmann aus. Der Bergmann kann in der heutigen Nazi-Zeit leicht eingeschüchtert werden. Hat er einen Unfall gehabt, so wird ihm für die erste Zeit eine leichtere Arbeit gegeben, bis er wieder vollauf arbeitsfähig

ist und so verschwinden einfach die Unfälle aus der Statistik.

Das Knappschaftskrankenhaus hat gegenwärtig unter Ueberfüllung zu leiden. Es sind viele Schwerverletzte unter den Kranken. Seit dem 1. November werden die Schwerverletzten deshalb nach Aachen und Geilenkirchen überwiesen.

Die Schachtanlagen Anna I und Anna II haben zur Zeit eine Krankenziffer von 7%.

Oberschlesien: Wiederholt wurde innerhalb der Arbeiterschaft, besonders im Bergbau, die Wahrnehmung gemacht, dass sich die Aerzte weigern, den Kranken Arbeitsurlaub bzw. Revierurlaub zu verordnen. Man behält lieber die Kranken selbst bei leichten Fällen im Lazarett, wenn Plätze frei sind. In neuerer Zeit sind die Lazarette allerdings wegen der zahlreichen Unfälle im Bergbau überfüllt. Das Geheimnis, warum es kein Revier gibt, ist jetzt durch den Knappschaftsarzt Dr. Paetzel in Beuthen gelüftet worden. Von der Reichsknappschaft ist ein Erlass herausgekommen, wonach Revier grundsätzlich nicht erteilt wird. Vielfach hätten, so sagt man, die Arbeiter diese Gelegenheit benutzt, um ihre Krankheit über Bedarf zu verlängern, teils hätten sie sich sogar andere Arbeiten gesucht. Nun habe die Reichsknappschaft im Einvernehmen mit den Parteistellen diese Verordnung herbeigeführt und den Aerzten verboten, Revierurlaube zu gewähren. Wenn das Verbot durchbrochen wird, so geschieht das nur deshalb, weil noch nicht vollkommen geheilte Patienten anderen Kranken Platz im Lazarett machen müssen.

Mitteldeutschland: Wie stark die Krankmeldungen sind, dafür ein Beispiel. Das "Preussag-Bergwerk" in Bleicherode bei Nordhausen hat 1231 Beschäftigte. Dort gab es Krankmeldungen:

im Oktober 1938	121
" November "	73
" Dezember "	139
" Januar 1939	227

Um diesen Krankmeldungen entgegenzuwirken, ist für den Betrieb ein eigener Vertrauensarzt verpflichtet worden, damit die Krankmeldungen noch schneller als bisher nachgeprüft werden können. Dabei handelt es sich um einen sogenannten "Reichsmusterbetrieb", der das Ley-Diplom und die Musterbetriebsfahne hat. Gerade die Betriebe, in denen die Ausbeutung in den letzten Jahren besonders arg betrieben wurde, um die Anerkennung der Parteistellen zu erringen, erleben jetzt die Folgen.

Eine weitere Folge der Ueberarbeit beginnt erst allmählich sichtbar zu werden. Die Ueberanstrengten Arbeiter, von jeder Gesinnungsgemeinschaft abgeschnitten, zu müde und abgestumpft, um selbst geistige Anregung zu suchen - die im Dritten Reich auch schwer zu finden wäre - wenden sich den primitivsten und rohesten Genüssen zu, vor allem dem Alkohol. Die staatlich geförderte und mit viel Lärm in Szene gesetzte Abstinenzbewegung im Reiche hat gewiss in erster Linie wirtschaftliche Ursachen, sie dürfte aber auch bereits auf die bedrohlich angewachsene Neigung zum Alkoholmissbrauch unter der Arbeit-

terschaft zurückzuführen sein, die natürlich Arbeitsausfälle und Gefährdung der Betriebssicherheit zur Folge hat. In dem bereits oben angeführten Artikel der "Frankfurter Zeitung" vom 1. März 1939 wird diese Entwicklung zugegeben:

"Auf entschuldigtes und unentschuldigtes Feiern, eine Rubrik, die zu einem erheblichen Teil von den sogenannten "Bummelschichten" bestritten wird, kamen 1933 2.66 von hundert feiernden Arbeitern, im letzten September aber 15.39. Die in den einzelnen Zechenrevieren zu beobachtende Gleichzeitigkeit von derartigen Feierschichten und Kirmes, Schützenfesten und dergleichen erklärt sich wohl aus dem menschlich verständlichen Entspannungsbedürfnis des schwerarbeitenden Bergmannes, erklärt aber auch einen Teil der für die Betriebe überaus störenden Schwierigkeiten, die bei ausreichender Einstellung aller Beteiligten auf die hohen Aufgaben des Bergbaus vermieden werden könnten."

Wenn man die nachstehenden Berichte liest, muss man den unheimlichen Eindruck gewinnen, dass Teile der deutschen Arbeiterschaft im Begriff sind, in jene Dumpfheit und Kulturlosigkeit zurückzugleiten, der breite Arbeiterschichten vor dem Entstehen der organisierten Arbeiterbewegung verfallen waren. Es ist, als ob die Zerstörung aller sozialen und betriebspolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft zwangsläufig auch die Vernichtung ihrer kulturellen und sittlichen Errungenschaften nach sich zöge.

Rheinland, 1. Bericht: Ein Zimmermann aus der Kölner Gegend war Anfang August zu Arbeiten an der Westbefestigung beordert worden. Innerhalb von zwei Monaten war er ungefähr einen halben Monat seiner Arbeit ferngeblieben. Erst fehlte er einmal einen halben, dann einen ganzen Tag. Im September blieb er sogar vier Tage hintereinander von der Arbeit weg. Dann war er auf Saftour. Die Lohnliste wies allerdings aus, dass er an manchen Tagen 18 Stunden gearbeitet hatte. Er holte sich also den Ausgleich für die Überarbeit selbst. Die tägliche normale Arbeitszeit bei den Westbefestigungen beträgt ohnehin schon 12 Stunden, aber 18 Stunden waren dem Zimmermann eben doch zuviel. Der Mann wurde zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er selber seine Arbeitszeit geregelt hatte.

2. Bericht: An der Baustelle der Reichsautobahn bei Gmünd sind jetzt 300 Arbeiter beschäftigt. Sie wohnen zum Teil in Holzbaracken und sind sonst in Privatwohnungen untergebracht. Die tägliche Arbeitszeit betrug bisher 10 bis 12 Stunden, neuerdings darf jeder Arbeiter bis 14 Stunden freiwillig arbeiten. Diese Freiwilligkeit sieht jedoch so aus, dass derjenige, der seinen Arbeitsplatz vor Ablauf von 14 Stunden verlässt, bei der Baustellenleitung in Ungnade fällt. Die Erdarbeiter, die eine besonders schwere Arbeit zu leisten haben und die unter besonders schwerer Antreiberei leiden, erklären, dass es ihnen unmöglich wäre, dauernd 14 Stunden zu arbeiten. Der Widerstand dieser Arbeiter wurde jedoch gebrochen, indem man alle, die sich weigerten, bis zu 14 Stunden

zu arbeiten, aufforderte, sich an die Westgrenze zu Befestigungsarbeiten zu begeben. Die Krankenziffer an dieser Baustelle ist sehr hoch. Viele feiern auch krank, um sich auf diese Art von der langen Arbeitszeit für eine Weile zu drücken.

Schlesien, 1. Bericht: Angeblich soll die Unfallversicherung wiederholt dagegen angekämpft haben, dass Kaffee in Bierflaschen zur Arbeit mitgebracht wird. Da dem Verbot nicht Folge geleistet worden ist, hat vom 8. bis 15. Januar die Polizei auf der Gleiwitzer Grube eine Razzia nach Bierflaschen bei den Bergarbeitern gemacht und rücksichtslos jede Bierflasche beschlagnahmt. Während die Arbeiter tatsächlich oft in Bierflaschen ihren Arbeitskaffee mitbringen, wird auf der anderen Seite behauptet, dass man sehr viel Alkohol auf diese Weise in die Grube geschmuggelt habe. Jetzt soll das durch die Beschlagnahme der Bierflaschen unterbunden werden, da angeblich kaum anzunehmen sei, dass man Alkohol in Wärmeflaschen oder anderen Gefässen mitbringen werde.

2. Bericht: Die Arbeitszeitverlängerung ist von der Regierung aufgehoben worden. Die meisten Betriebe wollten nicht an die Sache heran, weil sie von den Ueberstunden und Ueberschichten ohnehin genug haben. Die Arbeitszeitverlängerung wird in Industriekreisen als eine gewisse Generalprobe für den Krieg bewertet. Aber weil sie schon heute gekommen ist, schwächt sie die Arbeitskräfte, anstatt sie für den Ernstfall aufzusparen. Wer viel arbeitet, will auch etwas davon haben, und die Arbeitszeitverlängerung wird von den Arbeitern mit selbstgewählten Feierschichten beantwortet. Man nimmt mehr Geld ein und gibt es auch gern wieder aus. Das führt zum grösseren Alkoholgenuss und Bummelschichten, denn nützliche Artikel sind so teuer, dass man sie nicht kaufen kann und genügend Nahrungsmittel sind im Freiverkehr nicht zu haben. Die Kriegsstimmung in allen Kreisen hat es mit sich gebracht, dass man nicht sparen will, man gibt einfach aus, immer mit dem Gefühl, es hat doch alles keinen Zweck, denn wenn der Krieg kommt, ist es aus.

Die Industriebeamten und Angestellten leben zum grossen Teil auf Vorschuss. Diese Vorschüsse werden in Monatsraten abgezogen. Man macht in diesen Kreisen Ausgaben, die mit dem Einkommen nicht in Einklang zu bringen sind. Unter anderem will man damit beweisen, dass man ständig in Gelddruck ist und zu Sonderleistungen nicht herangezogen werden kann, obgleich man als guter Nazi gilt. Zu den Vorschüssen kommen noch die Abzüge für das Volksauto, da je die Werksleitung empfohlen hat, zu bestellen. Mancher der Beamten und Angestellten hofft im Kriegsfall eben wegen der Vorschüsse, im Betrieb behalten zu werden.

In Industriekreisen hat es eine gewisse Aufregung verursacht, als bekannt wurde, in welcher Weise die Industriebeamtenschaft Weihnachten und Silvester gefeiert hat. Es ist eine ausgesprochene Verschwendung getrieben worden: "Die Menschen leben wie auf einem Vulkan", äusserte sich einer der Industriegewaltigen von der Ballestrem-Verwaltung in Gleiwitz, "Geld wird nicht geschätzt, es herrscht Untergangsstimmung". Dabei neigt gerade die Beamtenschaft zu Angebereien. Wie vielfach in der Vorkriegszeit entscheiden nicht die Leistungen, sondern Posten werden durch Kriecherei erlangt, soweit sie nicht von den Nazis an Parteibeflissene verteilt werden. Uebrigens sind es gerade die Nazis, die jene neue Lebensweise in Saus und Braus in die Betriebe einführen. Die Industrieführer beobachten die Entwicklung mit wachsender Sorge.

Um den Förderrückgang im Bergbau zu bekämpfen, hat man sich schliesslich dazu entschliessen müssen, eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau durchzuführen. Nach einer Verordnung Görings vom 2. März 1939 -die übrigens erst am 15. März veröffentlicht worden ist- wird die Schichtzeit der Untertage-Arbeiter vom 1. April ab um 45 Minuten verlängert.

Für diese Mehrarbeit erhalten die Arbeiter den entsprechenden Lohnanteil und einen Zuschlag von 25%. Ausserdem wird für eine zusätzliche Leistungssteigerung ein Sonderzuschlag von 200% gewährt. Muss unvorhergesehene Mehrarbeit geleistet werden, so hat der Unternehmer für die notwendige Verpflegung der Arbeiter zu sorgen.

Ueber diese Arbeitszeitverlängerung wird uns berichtet:

Oberschlesien: Aus einer Reihe ober-schlesischer Zechen wurden der Kreisleitung Hindenburg und Beuthen der Arbeitsfront von den Amtswaltern namens der Vertrauensräte Beschwerden und Proteste gegen die Antreiberei übermittelt, die im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung erhoben worden sind. Man machte kein Geheimnis daraus, dass ohne Erhöhung der Verdienste nicht mit Produktionssteigerungen, sondern eher mit weiteren Rückgängen zu rechnen sei.

Auf den Gleiwitzer Gruben weigerten sich die Belegschaften überhaupt, Mehrarbeit zu leisten, wenn nicht vorher die Gedinge und Sollleistungen den neuen Arbeitsverhältnissen angepasst werden. Für Mehrleistungen - mehr Löhne, war die Forderung. Die Betriebsleitung bezeichnete diese Forderungen, die der Vertrauensrat im Auftrage der Belegschaft vortrug, als Erpressung. Solche Dinge können nur generell und nicht von Betrieb zu Betrieb beigelegt werden. Der Vertrauensrat hielt sich ausserstande, vor der Belegschaft diese Auffassung zu vertreten und trat, um sich nicht der Sabotage am Vierjahresplan schuldig zu machen, von seinem Posten zurück, riet aber dem Betriebsleiter, die Angelegenheit der Kreisleitung der DAF zu übertragen, um weiteren Schwierigkeiten mit der Belegschaft aus dem Wege zu gehen. Die Kreisleitung Hindenburg der Arbeitsfront ihrerseits fand die Situation so schwierig, dass sie sich sofort mit dem Breslauer Treuhänder der Arbeit für den Bergbau in Verbindung setzte. Diese liess die Belegschaft der Gleiwitzer Grube davon verständigen, dass schon in den nächsten Tagen mit dem Thema "Steigerung des Leistungslohnes im Bergbau" in Hindenburg eine Konferenz aller Vertrauensräte und Amtswalter der Arbeitsfront im Bergbau stattfinden werde.

Am 16. März wurden im ganzen Bergwerksrevier Massenversammlungen der Bergarbeiter veranstaltet, die als "Appell an die Bergarbeiter" aufgezo-gen waren und zunächst eine Beruhigungsaktion bildeten. Es wurde angekündigt, dass schon in den nächsten Tagen eine Lohn- bzw. Leistungsloohnerhöhung erfolgen werde. Allein im Beuthener Revier fanden sechs solcher Versammlungen unter Leitung des Kreisleiters Dr. Obst statt, der die ganze Verantwortung auf die Grubenverwaltungen abschob und behauptete, dass der Treuhänder

für den Bergbau bereits wiederholt die ober Schlesischen Bergbau-löhne den Löhnen auf den Zechen im übrigen Reich angleichen wollte, was aber am Widerstand der Betriebsverwaltungen und des Arbeitgeberverbandes gescheitert sei. Nun gelte es, diesem Uebelstand ein Ende zu bereiten und zu diesem Zweck sei eine grosse Konferenz aller massgebenden Faktoren in Aussicht genommen mit dem Ziel, die Löhne im Bergbau den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Diese Konferenz fand dann am 20. März unter dem Titel: "Arbeitstagung für den Bergbau" statt. An ihr nahmen teil der Leiter des Fachamtes Bergbau, die ober Schlesischen Hoheitsträger, der Kreisleiter und Amtsleiter, die Vertrauensräte, ausserdem der Gaufachschaffswalter Bergbau, Pg. Möhring, und der Oberbürgermeister Fillusch. In der Tagung führte Gaufachschaffsleiter Möhring aus, dass in Oberschlesien die Leistungen von 1932 mit 15.2 Millionen Tonnen auf 26 Millionen Tonnen im Jahre 1938 gesteigert worden sind, aber diese Leistungen müssten, wenn der Vierjahresplan gelingen solle, noch weiter gesteigert werden. Nun stehe man vor der Tatsache, dass der ober Schlesische Bergbau etwa 60.000 Mann brauche, die er nicht bekommen könne. Es sei nur durch ausserordentliche Hinzuziehung von deutschen Volksgenossen aus Polen gelungen, 8.000 Mann einzustellen.

Es sei also die Aufgabe gestellt, eine Mehrleistung für die fehlenden 52.000 Bergarbeiter zu schaffen und das müsse unter allen Umständen gelingen. Das sei der Zweck der Schichtverlängerung um 45 Minuten. Ausserdem werde der Jugendschutz, sowie die fachliche Schulung ausgebaut. Auch die Sicherheitsverhältnisse im Bergbau müssten grundsätzlich bereinigt werden, damit endlich die Unfallzahl sinkt, die gerade in Oberschlesien eine erschreckende Höhe angenommen habe.

Neben der Wohnungsfrage sei es die Ernährungsfrage, die uns die grössten Sorgen bereite. Man müsse, ob nun die Werksverwaltungen wollen oder nicht, zu der längst geplanten Einrichtung der Werkspeisungen übergehen, die nach Meinung des Redners die Hauptvoraussetzung dafür seien, dass eine weitere Leistungssteigerung möglich werde. Auf jeder Grube eine Speisungsküche, das müsse jetzt die Forderung sein, die die Belegschaften zu stellen habe und die Arbeitsfront werde alles daran setzen, um dieser Forderung auch Nachdruck zu verschaffen.

Rheinland: Die verlängerte Arbeitszeit hat auf der Grube "Jakobi-Sophie" in Hückelhoven grosse Unzufriedenheit ausgelöst. Allerdings ist die damit verbundene Lohnerhöhung gut aufgenommen worden, weil der bisherige Lohn nicht einmal zu einer anständigen Ernährung ausreichte.

Bei der in dem vorstehenden ober Schlesischen Bericht erwähnten Einführung der Werkspeisungen handelt es sich um eine Massnahme, die auf das ganze Reich ausgedehnt und auch nicht auf den Bergbau beschränkt werden soll. Das Amt Soziale Selbstverantwortung der Deutschen Arbeitsfront hat für die Frage, welche Einrichtungen für die Werksverpflegung in den Betrieben von Bedeutung sind, Arbeitsausschüsse eingesetzt. Sie sollen untersuchen, ob sich eine

Verpflichtung zur Teilnahme am Essen für die ganze Woche einführen lässt und ob es möglich ist, den Lehrlingen das Essen frei zu verabfolgen und für sie die Mahlzeiten zum "Dienst" zu machen.

2) Zwang und Terror

Je mehr die unmittelbaren Kriegsvorbereitungen das deutsche Wirtschaftsleben beherrschen, umso mehr bestimmen sie auch das Leben in den Betrieben. Die vielfachen Versuche der Nationalsozialisten, durch die Schaffung der Arbeitsfront, die Einsetzung von "Vertrauensräten", die Aufziehung der Werkscharen usw. jene vielberufene "Betriebsgemeinschaft" zum Leben zu erwecken, in der die Interessengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer im Dienste der "Volksgemeinschaft" aufgehoben werden sollten, treten an Bedeutung immer mehr zurück. Statt dessen nimmt die polizeiliche Ueberwachung und die Durchsetzung der Belegschaften mit Spitzeln einen immer grösseren Raum ein. - In den nachstehenden Berichten ist vor allem die Sabotagefurcht bemerkenswert, die sich offenbar in wachsendem Masse der deutschen Machthaber bemächtigt. Die Analogie zu Russland auch auf diesem Gebiet ist kein Zufall.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Den braunen Bonzen ist nicht unbekannt, dass unter Tage noch immer ein freies Wort gesprochen und dass dabei an dem System heftige Kritik geübt wird. Die natürliche Kameradschaft, die unter Tage herrscht, garantiert, dass nur in den seltensten Fällen die Nazi-Anhänger wagen, zu denunzieren. Solche Denunzianten könnte man auch gelegentlich unter Tage in schwierige Lagen bringen. Auch die Nazis sind also auf Gedeih und Verderb mit ihren andersdenkenden Kameraden verbunden und darum kann man sich unter Tage leichter aussprechen.

Die Neuordnung im Bergbau hat den Bergherren eine Position geschaffen, die es ihnen gestattet, jetzt viel von "militärischer Ordnung" im Betrieb zu reden. Während sich der Unternehmer zur Zeit der Republik mit Rücksicht auf die Gewerkschaft wohl hütete, allzu scharf zu sein, droht er heute bei jeder Gelegenheit mit einer Anzeige bei der DAF oder beim Treuhänder der Arbeit. DAF und Treuhänder aber sind für die Arbeiter soviel wie "Geheime Staatspolizei".

So kommt es, dass ungenügende Arbeitsleistung, Beschädigung des Arbeitsmaterials, Weigerung, Ueberstunden zu leisten, zunächst der DAF gemeldet und darauf mit Strafen geahndet werden, die nicht von Pappe sind. Während früher Verstösse z.B. gegen die Bergordnung mit Geldstrafen geahndet wurden, gibt es heute sofort Gefängnisstrafen.

Bei den Bergleuten hat sich eine ungeheuerere Wut angesammelt, die einmal zum Ausbruch kommen wird. Wann, das hängt von der allgemeinen Entwicklung ab. Auf den Gruben Anna II, Alsdorf, und

Carl Alexander, Baesweiler, hat es bereits kleine Handlungen passiven Widerstands gegeben.

2. Bericht: Von der Schachtenanlage Friedrich-Heinrich in Lindfort, von der Anlage Neumühl, sowie aus Duisburg-Meiderich wird gemeldet, dass Bergarbeiter, die sich ihren Vorgesetzten nicht unbedingt gefügig zeigen, zur Befestigungsarbeit nach dem Westen geschickt werden. Zumindest wird ständig damit gedroht. So hält man die Leute unter Druck und macht sie "arbeitswilliger". Einem Bergmann, der drei Tage wegen Krankheit dem Betrieb ferngeblieben ist, wurde vom Betriebsführer eröffnet, dass er entlassen sei und nun zur Grenzbefestigungsarbeit zum Schippen gehen könne. Vielleicht werde es ihm besser gefallen, wenn er unter militärischer Aufsicht arbeiten könne.

Sachsen: Im Dresdner Bahnbetriebswerk 2 führt die Gestapo bereits seit Oktober vorigen Jahres zweimal wöchentlich Untersuchungen durch. Die ganze Belegschaft wird plötzlich einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen. Kein Mensch weiss, warum diese Prozeduren vorgenommen werden. Die einen behaupten, es sollen Flugblätter verbreitet worden sein, in denen gegen die Misstände bei der Reichsbahn Stellung genommen wird. Andere wollen wissen, dass man den Schmuggel böhmischen Tabaks unterbinden wolle. Bisher sind aber weder in der einen noch in der anderen Hinsicht Beweismittel gefunden worden. Wahrscheinlich will man nur die Arbeiter dauernd unter Druck halten.

Mitteldeutschland: In der Nähe einer kleinen Stadt in Thüringen waren reichsdeutsche Arbeiter, Oesterreicher und Danziger bei Tiefbauarbeiten beschäftigt. Eines Morgens fand sich auf der Baustelle ein grosses Plakat mit folgender Inschrift:

"Die Schippe ist gross,
Der Lohn ist klein,
Soll das Kraft durch Freude
in Deutschland sein? "

Auf der Arbeitsstelle erschien noch am selben Tag die Gestapo. Von allen Beschäftigten wurden Schriftproben verlangt, doch alles Suchen nach dem Täter war vergeblich.

Schlesien, 1. Bericht: Die Hultschinskiwerke in Gleiwitz, eine Munitionsfabrik, sind Mitte-November 1938 zum Leistungsbetrieb erklärt worden, obgleich bekannt ist, dass gerade in diesem Werk wiederholt oppositionelle Zellen ausgehoben worden sind und die Belegschaft politisch sehr aktiv ist. Nach der Aktion gegen die Tschechoslowakei im September waren bei der Rückkehr der Demobilisierten die Unterhaltungen über die Vorgänge sehr lebhaft. Eines Tages wurde in der Versandabteilung auch die Diskussion darauf gelenkt, warum Russland nicht eingegriffen habe, wobei harte Urteile über Russland fielen. Es fanden sich aber auch Arbeiter, die erklärten, wenn sich die Tschechen selbst zur Wehr gesetzt hätten, dann würde ihnen sicher geholfen worden sein.

Bei der Verteidigung Russlands wagte sich einer der Arbeiter recht weit vor. Er sagte, wenn die Demokratien nicht helfen wollten, täte Russland gut daran, sich aus europäischen Kriegshändeln draussen zu halten. Und nun kam es zu einer Aussprache über die

Zustände in Russland selbst. Die Leute kamen zu dem Ergebnis, schlechter als den Arbeitern in Hitlerdeutschland gehe es der russischen Arbeiterschaft auch nicht. Jedenfalls sei die offene Sklaverei abgeschafft. Einer der Arbeiter verwies darauf, dass er in Russland Verwandte habe, die nur Günstiges berichten und dann könne man sich ja von Russlands Aufbau am besten dadurch überzeugen, dass die ganze Welt jetzt mit einem Male Planwirtschaft einzuführen versuche, obgleich das früher so verlacht worden sei.

Ein Hitlerjunge, der dem Gespräch zuhörte, meldete alles der Werksleitung, die aber die Sache nicht weitergab, bis der Hitlerjunge selbst den Fall seinem Zug mitteilte. Nun erschien die Gestapo und nahm den Mann fest, der Russland am wärmsten verteidigt hatte. Die anderen Teilnehmer an der Diskussion konnten sich beim Verhör auf nichts besinnen, aber die Aussage des Hitlerjungen genügte, um den Mann in Haft zu bringen.

2. Bericht: Es ist in den letzten Wochen auffallend, dass sowohl die Werks- und Betriebsleitungen, als auch die Arbeitsfront in der Presse und in den Belegschaftsversammlungen immer wieder auf Sabotagefälle aufmerksam machen, die auf das Entschiedenste bekämpft werden müssten. Während in der Arbeiterschaft die Meinung vertreten wird, dass die angeblichen Sabotagefälle auf unzulängliches Material und Ueberarbeit zurückgeführt werden müssen, wird von den Nazis und den Betriebsleitungen immer behauptet, es handle sich um bewusste Sabotageakte. Nun wird nicht bestritten, dass im Bergbau hin und wieder gewisse "Racheakte" gegen antreibende Vorgesetzte vorkommen, dass man Arbeitsstockungen und Betriebsunfälle herbeiführt, aber das sind sehr vereinzelte Fälle.

In einer Reihe von Betrieben -so in den Delbrückschächten bei Hindenburg, in der Karstenzentrumsgrube bei Beuthen und der Abwehrgrube bei Klausberg- hat man Arbeiter, die angeblich durch Nachlässigkeit, "Sabotage herbeigeführt haben" mit Lohnstrafen bis zu vier Schichten belegt. Es wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten das Ausgleiten von Förderwagen veranlasst, den Abbau nicht richtig vollzogen und Holzabfälle liegen lassen. In einigen Fällen wurde unter Nennung des Arbeiters und der Bestrafung angedroht, dass, wenn im Betriebe etwa noch mehr solcher Vorkommnisse zu verzeichnen seien, die Schuldigen ohne weiteres ins Konzentrationslager kämen.

Um vor der Arbeiterschaft den Nachweis zu führen, dass der Kampf gegen die Sabotage notwendig sei, hat man in Beuthen einen grossen Prozess gegen ein Gefolgschaftsmitglied der Hedwigswunschgrube bei Hindenburg aufgezogen, über den sehr breit in der Nazipresse, aber auch in den Betriebszeitungen berichtet wurde. Man vermeidet es indessen, den Namen des Angeklagten zu nennen. Der Tatbestand ist kurz folgender: Der auf der Bremsbühne der Hedwigswunschgrube beschäftigte Bernhard Kolbek hat die Arbeit dadurch sabotiert, dass er Stockungen verursachte. Als er vom Oberhauer angetrieben wurde, die Förderwagen rascher den Bremsberg herabzulassen, widersetzte er sich und drohte, dass etwas passieren werde, wenn er nicht in Ruhe arbeiten könne. Bisher wurden an dieser Stelle während einer Schicht immer 25 Züge zu je 4 Wagen, also 100 Wagen, befördert, während K. es nur auf 80 bis 88 Wagen brachte, hin und wieder sogar Stockungen herbeiführte, indem sich Wagen lösten und Arbeitspausen entstanden. Am 15. Juni 1938 hat man einen Zug so schlecht angesellt, dass die Wagen den

Bremsberg herabstürzten und die Fahrstrecke während mehrerer Stunden ausser Betrieb setzten. Nun wird ihm vorgeworfen, er habe das absichtlich gemacht, um sich am Oberhändler zu rächen, der ihn zur intensiven Arbeit antrieb. Das sei offene Sabotage gewesen, so stellte das Gericht nach Vernehmung von mehreren Zeugen fest. Von Arbeitsüberlastung könne auf dieser Bremsbühne nicht die Rede sein. Kolbek habe die Sabotage vollzogen, um das Werk des Führers und die Aufbauarbeit im neuen Deutschland zu hintertreiben. Er wurde zunächst zu zwei Monaten und im Berufungsverfahren zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieser Vorfall bietet nun den Nazis Gelegenheit, darauf zu verweisen, dass überall Saboteure am Werk seien, um die Aufbauarbeit im neuen Deutschland zu hintertreiben. Man droht in den Belegschaftsversammlungen, dass jeder der Saboteure vor Gericht gestellt werde. Die Betriebsstrafen hätten nicht genug Erfolg gehabt, jetzt müsse man gegen die Staatsfeinde energischer vorgehen, damit einmal die gesamte Öffentlichkeit erfahre, mit welchen Schwierigkeiten die Nazis zu kämpfen haben.

3. Bericht: In den Hultschinski-Werken. Vereinigte Oberhütten, Gleiwitz, wurden Anfang März 15 Arbeiter entlassen, weil angeblich Materialmangel eingetreten ist. Tags darauf konnte man auf einer der Aborttüren in der Halle 12 eine Zeichnung sehen, darauf ein Galgen, an dem der Direktor gehängt war. Darunter mit Kreide: "So wird es Dir und Hitler einmal ergehen!" Ein Nazi meldete dies der Verwaltung, nachdem einige Stunden hindurch ein direkter Pöbelzug nach dem Abort erfolgt war und einer dem anderen im Begehr diese Sensation mitgeteilt hatte. Auch alte Nazis amüsierten sich über die Geschichte. Dann wurde vom Grenzdienst die ganze Abortanlage abgesperrt, die Gestapo erschien, hob die Tür heraus und brachte sie nach Halle 10, wo man Photographien davon machte. Nun wurde während vier Tagen eine Untersuchung geführt, einige hundert Arbeiter mussten mit Kreide die verschiedensten Unterschriften schreiben, aber die Täter waren nicht zu ermitteln. Niemand hat es gesehen, niemand hat von der Zeichnung oder der Schlagzeile etwas gewusst.

Nachdem die Gestapo abgezogen war, las man auf einer anderen Hallentür: "Uns zu überführen, da seid Ihr alle viel zu dumm! Arbeiter! Verbreitet die Schlagzeile: Adolf und unser Direktor werden gehängt!"

Ostpreussen: Auf der Schichauwerft in Elbing sind in Dezember eine grosse Anzahl von technischen Angestellten, Zeichnern und sogar Ingenieuren verhaftet worden. Im ganzen etwa 25 Mann. Es soll sich um Spionageverdächtige handeln.

Danzig: Nach wie vor ist die Stimmung in den beiden grössten Danziger Betrieben, auf der Schichauwerft und der Danziger Werft, unter den Arbeitern ausserordentlich schlecht. Besonders auffällig tritt das auf der Schichauwerft in Erscheinung. Anfang Januar sind mehrfach unter den Arbeitern der Schichauwerft Verhaftungen vorgenommen worden. Der Grund für diese Massnahmen war in der Hauptsache die allgemeine "Meckerei" unter den Arbeitern, hauptsächlich der neuen Lohnregelung wegen, die starke Enttäuschung verursacht hat. Diese Meckerei hat auf der Schichauwerft tatsächlich ausserordentlichen Umfang angenommen. Ausserdem kursier-

te eine Reihe von Witzen politischen Charakters. Auch nahmen die Aufschriften in den Aborten, an Zäunen und selbst in den Garderoben, die sehr selten unbeachtet bleiben, kein Ende. Den Verhafteten ist eigentlich nichts geschehen. Sie waren recht wahllos zusammengeholt, es handelte sich durchaus nicht in der Hauptsache um ehemalige Funktionäre der freien Gewerkschaften, es gab auch alte NSBO-Mitglieder darunter. Die Verhafteten wurden auf der Polizei beschimpft, bedroht und eingeschüchtert, dann aber meist gleich wieder entlassen.

Später haben die Nazis eine neue Massnahme ergriffen. Am 12. Januar wurde bekanntgegeben, dass Gauleiter Forster den Gauamtsleiter Seeger von der Arbeitsfront "mit dem Studium der sozialpolitischen Verhältnisse auf der Schichauwerft in Danzig beauftragt" habe, wie es wörtlich im "Vorposten" hiess. In Wahrheit dürfte es sich darum handeln, dass als Ergebnis des "sozialpolitischen" Studiums des Herrn Seeger eine grosse Spitzelorganisation auf der Schichauwerft aufgezogen werden soll. Gauamtsleiter Seeger hat sein Amt bisher noch nicht angetreten, obgleich seit seiner Beauftragung Wochen verstrichen sind. Das scheint die ohnehin umlaufenden Gerüchte über Unterschlagungen Seegers zu bekräftigen. Dadurch ist auch die Ausgestaltung der Werkscharen auf der Schichauwerft bisher noch unterblieben.

Auf der Danziger Werft ist die Stimmung übrigens nicht anders als bei Schichau. Allerdings ist die Belegschaft viel einheitlicher oppositionell, und deshalb bleibt auch alles, was die Arbeiter treiben, mehr dem Licht der Öffentlichkeit entrückt. Aufschriften oppositionellen Inhalts sieht man hier kaum einmal. Das Schimpfe ist allerdings gross.

Ähnliche Zustände wie bei Schichau sind in der Danziger Waggonfabrik festzustellen, die dem gleichen internationalen Konzern gehört wie die Danziger Werft. Hier hat es vor einiger Zeit eine Anzahl Verhaftungen gegeben, bei denen aber auch nichts Besonderes herausgekommen ist. Der Grund für die Verhaftungen dürfte hier das Ueberhandnehmen von Aufschriften an Zäunen usw. sein. Sie wurden mit Schablonen geschrieben. Die Täter wurden nicht festgestellt. Der Inhalt der Aufschriften war meist: "Gebt uns Brot, sonst werden wir alle rot!" oder "Freiheit!" und drei Pfeile.

3) Die Haltung der Arbeiter

Zwang und Terror, übermässig lange Arbeitszeiten und ein unmenschliches Arbeitstempo wirken zusammen, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Sie erzeugen vor allem jene Abgestumpftheit und politische Indifferenz, die den oberflächlichen Beobachter leicht zu dem Schluss verleiten, dass die deutschen Arbeiter ihre politische Vergangenheit vergessen und sich mit dem Nationalsozialismus abgefunden hätten. Aber dieser Schluss ist falsch. Gewiss ist die Haltung

der Arbeiter in Deutschland nicht einheitlich. Das in diesen Berichten bisher darüber zusammengetragene Material lässt erkennen, dass die Einstellung der Arbeiter in den einzelnen Orten, Berufen und Betrieben von zahlreichen objektiven Faktoren -Zusammensetzung der Belegschaft, Stellung zum Unternehmer, Arbeitsverhältnisse im Betriebe, Haltung der örtlichen Parteinstanzen usw.- abhängt. Aber allen Berichten ist doch die Feststellung gemeinsam, dass die Arbeiterschaft in ihrer grossen Masse geblieben ist, was sie war. Dies lassen auch die folgenden Berichte wieder erkennen. Wir stellen einige an den Anfang, in denen besonders deutlich zum Ausdruck kommt, dass der Geist des Widerstandes gegen den Nazismus noch immer ungebrochen ist.

Schlesien, 1. Bericht: Auf der Karstenzentrumsgrube bei Beuthen kam es Mitte Januar wegen der Gedingefestsetzung zu einem Streik, der vier Stunden dauerte, bis die Nachmittagschicht einfuhr.

Das Gedinge war auf der gleichen Lohnstufe verblieben, man hatte aber das Leistungssoll um 15 Prozent erhöht. Zunächst behielt sich die Kameradschaft damit, dass durch gegenseitige Vereinbarungen unter Tags die geforderte Solleistung nicht erreicht wurde, man hat nichts über die bisherigen Solleistungen von den Flößen herausgegeben. Auf die Warnung der Steiger, dass man im Lohn zurückgehen werde, erklärten die Kameradschaften, dass nur bei entsprechender Erhöhung des Gedingelohnes die Solleistungen erzielt werden könnten. Als dann die Löhne bekannt wurden, forderten die Kameradschaften ihren alten Lohn, da der neue um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent niedriger war, als die Löhne im Vormonat. Das wurde von der Betriebsleitung am Vormittag kategorisch abgelehnt. Die Nachmittagschicht weigerte sich, einzufahren. Schliesslich wurde eine Belegschaftsversammlung gefordert, der Vertrauensrat stellte sich auf die Seite der Arbeiter und nach etwa vier Stunden erklärte der Kreisleiter Obst, der auf der Grube erschien, dass die Löhne des Vormonats ausgezahlt, die Solleistungen neu vereinbart werden sollten und dass auch das Gedinge entsprechend von Kameradschaft zu Kameradschaft festgelegt werde. Bei den neuen Vereinbarungen werde der Vertrauensrat zugegen sein. Man habe auf Kastenzentrum nicht anders verfahren können, weil angeblich die Gesamtleistungen im Betriebe zurückgegangen seien.

Die Nazis haben sich bei diesem Streik solidarisch verhalten und waren sogar bei der Aufstellung der Forderungen und dem Streik führend. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, dass dieser Streik mit Erfolg durchgeführt worden ist.

Natürlich hat sich der Vorfall im ganzen Industriegebiet herumgesprochen und einzelne Steiger geben zu, dass man allgemein zu einer neuen Solleistung und Gedingefestsetzung gekommen wäre, wenn die Belegschaft der Karstenzentrumsgrube nicht gestreikt hätte. Auf der Abwehrgrube in Klausberg bei Hindenburg hat der Hinweis auf die Karstenzentrumsgrube genügt, eine Solleistungserhöhung ohne Lohnerhöhung zu verhindern. Wo die Solleistungen erhöht wurden, ist auch das Gedinge entsprechend heraufgesetzt worden.

Im allgemeinen wird festgestellt, dass tatsächlich im Verhältnis zu den Vormonaten die Gesamtleistungen im Bergbau zurückgegangen sind. Die Betriebsleitungen heben das immer hervor, aber die einzige Antwort lautet: "Ja, bei dieser Ernährung kann man auch keine guten Leistungen fordern." Da bei Solleistungserhöhungen alle Arbeiter betroffen werden, haben die Nazis manche Kritik zu ertragen. Man gibt ihnen oft zu verstehen, sie sollten wieder die Zustände schaffen helfen, die früher im Betrieb bestanden, als noch die Gewerkschaft bzw. der Betriebsrat etwas zu sagen hatte. Unsere Freunde stellen fest, dass in den meisten Fällen die Nazis selbst den Vertrauensrat mit Beschwerden bedrängen und dabei auf das Gewesene und die Leistungen der Gewerkschaften hinweisen.

Jedenfalls haben diese beiden Vorkommnisse, der Streik auf der Karstenzentrumsgrube und die Bewilligung der Forderungen auf der Abwehrgrube dazu beigetragen, dass man in den Reihen der Arbeiter wieder von Streiks spricht und deren Möglichkeit erörtert. Man gibt sich auch darüber Rechenschaft, dass solche Streiks bei anderer Stimmung der Bevölkerung nicht möglich wären. Noch vor ein paar Monaten hätte man die Werkscharen, den Grenzschutz oder die SA gegen die Streikenden mobilisiert, heute ist das nicht mehr möglich.

2. Bericht: Die politischen Unterhaltungen und die scharfe Kritik am System nehmen wieder zu. Die aus dem Heer zurückgekehrten Reservisten stellen im allgemeinen fest, dass man mit Leuten "unserer Richtung" zusammen war, mit Sozialdemokraten, die die alten geblieben sind. Überall hört man, wie opferfreudig nach wie vor auch die Kommunisten sind. Man tauscht Erfahrungen aus und erfährt aus den Konzentrationslagern, dass Leute ungebrochen zurückkommen und sich wieder oppositionell betätigen. Man hat viel von alten Freunden gehört, die man früher auf Gewerkschaftskongressen und Parteitagen kennengelernt hat. Sie sind die alten. Grüsse wurden übermittelt und unter Decknamen bestätigt. Dann kommen Leute auf Urlaub, die aus dem Grenzgebiet ins Reich verschickt waren und sie haben "unsere Leute" bei der Arbeit getroffen. Einfach erstaunlich, wie gut man informiert ist. Erfahrungen werden ausgetauscht. Wer nicht bei der Stange geblieben ist, vor dem wird gewarnt, kurz, der alte Geist lebt. Man hat auch aus den Zentrumskreisen Zuzug erhalten. Hier und da wird berichtet, dass die Briefe der Deutschen Freiheitspartei im Umlauf sind, der Inhalt wird gutgeheissen. Alles ist gut, wenn es nur am Sturz Hitlers mitarbeitet.

Die illegale Arbeit ist immer auf bekannte Kreise von früher her beschränkt. Hin und wieder kommen neue Menschen und junge Leute hinzu, die schaffen sich dann ihren Freundeskreis. Man kann heute sagen, dass ausser einigen Aufschriften unter Tags in den Gruben, auch Angriffe auf das System in Aborten oder auf Zäunen an den Landstrassen zu finden sind. Illegales Material wird kaum vertrieben. Höchstens hier und da Zeitungsausschnitte durch Schreibmaschinen. Hinweise auf Auslandssendungen, die man unbedingt hören muss usw. Vor allem werden in der politischen Diskussion deutsche Nachrichten widerlegt, die man als Schwindel erkannt hat.

Berlin: Im Betrieb wirft die Arbeiterjugend sehr bald die nationalsozialistischen Formen, die sie im Jungvolk und in der HJ gelernt hat, wieder ab. Sehr viel macht dabei die antifaschistische Haltung der älteren Arbeiterschaft aus.

Ein langjährig erwerbsloser Arbeiter, der neu in den Betrieb kommt, grüsst kräftig "Heil Hitler!" Alles schweigt bis auf ein paar bekannte Nazis, die schüchtern antworten. Der Neue wird geschnitten. In der Frühstückspause macht sich ein Kollege an den Neuen heran und sagt zu ihm, indem er seine Stullen auseinanderkloppt: "Na, was haste de denn uff de Stulle? Ooch nur Marjarine. Det haben wir alle." Der Neue antwortet dann meistens: "Na, denn kenn ich ja in Zukunft "Guten Morgen" sagen." Manchmal werden die Neuen auch gründlich ausgefragt. Je nachdem, was sie antworten, weiss man dann, woran man mit ihnen ist. Unterbietet ein Nazi den Akkordsatz, so wird er "fertig" gemacht. Man hänselt ihn: "Guck Dir mal an, was der schuftet. Der muss noch gute Butter und Speck auf de Stulle haben. Na, die muss er schon geklaut haben, denn koffen kanner sie sich doch nicht, und wenn er noch so drauf los murkst." Diese Anrempelungen halten selbst die Naziarbeiter nicht aus. Ihr Klasseninstinkt erwacht, und sie suchen Fühlung mit den anderen Arbeitern.

Ein SA-Mann im Betrieb, der sich lieb Kind machen will, versucht vergebens, eine schwere Kiste allein zu transportieren. Ein Kollege sagt zu ihm: "Na, war der SA-Dienst gestern Abend so anstrengend?" Dieses Gemütlich-auf-die-Tour-nehmen gelingt fast immer.

Mitteldeutschland: In den X-Werken wird ein Spezialgerät für das militärische Nachrichtenwesen hergestellt. Die Fabrikation des Gerätes, das in den letzten Jahren zu grosser Vollkommenheit entwickelt worden ist, erfordert erstklassige Fachkräfte. Auftraggeber des Betriebes sind verschiedene Heeresstellen. Die Belegschaft setzt sich zusammen aus Konstrukteuren, Zeichnern, Ingenieuren, einigen kaufmännischen Angestellten und besonders qualifizierten Mechanikern. Ausserdem ist eine kleine Anzahl Lehrlinge vorhanden.

Obwohl die Lohn- und Betriebsverhältnisse verhältnismässig günstig sind, ist die Stimmung gegenüber dem Regime ausserordentlich schlecht. Von der gesamten Belegschaft sind nur 5% in der NSDAP organisiert. Erst Mitte 1938 war es möglich durchzusetzen, dass sich die ganze Belegschaft der Arbeitsfront anschloss. Trotzdem beträgt die Beteiligung an DAF-Veranstaltungen nie mehr als ein Drittel. Die KdF-Einrichtungen werden so gut wie überhaupt nicht benützt.

Trotz der guten Löhne und der dadurch bedingten materiellen Zufriedenheit ist das Interesse an den politischen Vorgängen bei der Belegschaft äusserst lebendig. Sowohl die Ingenieure wie auch die Mechaniker, die beruflich eng zusammenarbeiten müssen, lehnen den Nationalsozialismus entschieden ab. Diese Einstellung färbt auf die übrige Belegschaft ab. Die Betriebsleitung unterlässt es zwar nicht, jede neue Verfügung und Anordnung der Partei und ihrer Gliederungen der Belegschaft bekannt zu machen, aber damit ist die Sache auch erledigt. Die Betriebsleitung hat das grösste Interesse an qualifiziertester Arbeitsleistung, die Gewinnung der Belegschaft ist für sie von untergeordneter Bedeutung. Sie weiss, dass die bei ihr Beschäftigten in dieser Hinsicht ein gewisses Mass von persönlicher Bewegungsfreiheit zu schätzen wissen und viel-

leicht gerade deshalb betriebsstüchtig sind. Der Betriebswalter, den es selbstverständlich auch gibt, versucht von Zeit zu Zeit gegen die Kritiker vorzugehen. Da er aber immer auf den Widerstand der gesamten Belegschaft stösst und offensichtlich selber mit den politischen Verhältnissen unzufrieden ist, verlaufen seine Aktionen immer im Sande.

Infolge dieser Verhältnisse haben auch die Umgangsformen im Werk nicht den üblichen Kadaver- und Denunziantencharakter. Es herrscht gegenseitiges Vertrauen und ein gewisser Gedankenaustausch über die Entwicklung ist bei verschiedenen Gelegenheiten auch ausserhalb des Betriebes möglich. Wenn auch die politischen Unterhaltungen keinen besonderen parteipolitischen Charakter im Sinne der früheren Parteischattierungen haben, so sind sie doch bewusst antifaschistisch. Das Streben nach einer einheitlichen Zusammenfassung aller oppositionellen Kräfte fühlt jeder als das Gebot der Stunde.

So haben sich die Verhältnisse in der Arbeiter- und Angestellten-schaft in der letzten Zeit wesentlich verbessert. Dafür wird der Betrieb von aussen durch Gestapo und Spionageabwehrstellen umso strenger überwacht. Es finden systematische Durchkämmungen wichtiger Betriebe statt, um die vermutlichen Träger künftiger solidarischer Handlungen aufzuspüren und alle Ansätze zur Sammlung der Opposition durch wahllose Verhaftungen zu vernichten.

Rheinland, 1. Bericht: Gewerkschaftlich wird viel diskutiert, aber man ist sich klar darüber, dass eine illegale Gewerkschaft ohne Versammlungen und Beiträge keinen Sinn hätte, weil sich die Leute an nichts gebunden fühlen würden. Also lautet gewöhnlich die Parole: "Hinein in die Arbeitsfront!" Denn man müsse sie doch eines Tages übernehmen und dann werde man schon wissen, was mit den Bonzen zu tun sei. In den Betrieben ist man einheitlich darauf bedacht, recht viele Fragen vor den Vertrauensmann zu bringen und ihn zu zwingen, sie an die Kreisleitung weiterzuleiten. Dann wird immer und immer wieder gefragt, was die Kreisleitung unternommen habe, um verschiedene Mängel abzustellen. Es wird allgemein behauptet, dass diese Taktik eine Reihe von Erfolgen gezeitigt habe, besonders gegenüber Vorgesetzten, die eine Arbeitsgruppe nicht gut behandeln.

Auch bei der Antreiberei, die besonders im Bergbau überhand genommen hat, haben Beschwerden zu gewissem Nachgeben seitens der Betriebsleiter geführt. Aber man ist sich auch klar darüber, dass es bescheidene Anfangserfolge in gewerkschaftlicher Richtung sind und dass die Arbeitsfront nie eine freie Gewerkschaft werden kann. Gerade deshalb muss jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um die alten Traditionen der Gewerkschaften bei der Arbeiterschaft in Erinnerung zu halten. Das geschieht besonders in Unfallsachen und bei teriflichen Forderungen. Bei Beschwerden kann man auf frühere Zustände verweisen und die Gewerkschaften in Erinnerung bringen.

2. Bericht: In einem kleineren rheinischen Betrieb (Belegschaft etwa 1.000 Mann) wurde eine "Siegesfeier für Barcelona" veranstaltet. Dabei schloss der Redner seinen ganz kurzen Vortrag mit der Bemerkung, dass er feststellen müsse, in der Belegschaft herrsche ein Geist, der stark nach Rotsparien rieche. Die Stimmung der Versammlung war sehr gedrückt gewesen, und bei der Bemerkung des Redners, dass auch deutsche Soldaten den Sieg hätten erringen helfen und als Sieger in Barcelona miteingezogen wären, war ein lautes Murren durch die Versammlung gegangen.

Die ausserpolitischen Ereignisse der letzten Monate haben auch das politische Interesse derjenigen Arbeiterschichten neu belebt, die vordem ganz in Gleichgültigkeit und Indifferenz zu versinken drohten. Das heben auch die Berichterstatter hervor, die diese Indifferenz besonders unterstreichen.

Rheinland, 1. Bericht: Im Betrieb hat man den Eindruck, dass für die Mehrzahl der Arbeiter die Politik nicht mehr existiert. Mit einzelnen kann man, wenn man mit ihnen allein ist, offen reden. Aber die Mehrheit ist indifferent. Hierbei darf man aber nicht vergessen, dass man nicht nur die Arbeitszeit verlängert hat, sondern auch das Tempo unerhört gesteigert worden ist. Die Mobilbauten im September, die Transporte an die Grenzen zu den Festungsbauten und die allgemeine Kriegsstimmung hatten das Interesse für Politik wieder etwas anwachsen lassen. Aber: "Man soll uns endlich in Ruhe lassen und nicht durch immer neue Geschichten in Atem halten", das war die Meinung der übergrossen Zahl der Leute, die man sehr offen aussprach. Ueberhaupt war damals eine merklich klare Abgrenzung gegen das System zu beobachten.

Berlin: Im Werk Wittenau der Dürener Metallwerke werden in erster Linie Flugzeugteile aus Leichtmetall für Heereslieferungen hergestellt. Der Zugang zu den Werksanlagen ist verboten und wird streng überwacht. Für den Ausserstehenden ist es fast ausgeschlossen, sich Eingang zu verschaffen. Aber auch innen ist die Ueberwachung ausserordentlich streng. Ueberall sind Tafeln mit Warnungen vor Spionen angebracht.

Bei dieser Atmosphäre ist es selbstverständlich, dass sich alle Arbeiter und Angestellten den aktuellen Ereignissen gegenüber gleichgültig verhalten. Gegenseitiges Beobachten und Denunzieren ist an der Tagesordnung. Zuverlässige Parteileute sind systematisch auf alle Abteilungen verteilt worden. Sie halten die gesamte Belegschaft unter dauerndem Druck. Trotz dieser scheinbaren Gleichgültigkeit den politischen Ereignissen gegenüber finden aber die bewussten Gegner des Systems Gelegenheit, sich durch Gesten oder wenige Worte zu verständigen, sich gegenseitig aufzurufen und den ungünstigen Fortgang des ganzen Experiments festzustellen. Sowohl im September als auch beim Judenpogrom und bei der Annexion von Prag konnte die Beobachtung gemacht werden, dass in solchen Zeiten nur die ganz sturen Anhänger und Nutzniesser des Systems unberührt an die Unerschütterlichkeit glauben. Im September während der kritischen Tage war der Druck auf die nationalsozialistische Belegschaft besonders stark. Man konnte aber nicht verhindern, dass die Kriegsgegnerschaft allgemein auch im Betrieb fühlbar war. Und das bei einer Belegschaft, deren gesamte Produktion ausschliesslich der Kriegsvorbereitung dient. Es scheint vielen Beschäftigten gar nicht einmal bewusst zu werden, dass sie eine kriegsvorbereitende Funktion ausüben, während sie doch den Krieg verabscheuen.

Die ablehnende Haltung der Belegschaft war besonders beim Judenpogrom zu bemerken. Sie verstärkte sich noch, als bekannt wurde, dass allein von der Werks-SA über 100 Leute verhaftet worden waren, weil sie sich bei der Razzia bereichert hatten. Man witzelte, die Sache sei "ein Missverständnis" gewesen. Der Raubauftrag, der

erteilt worden war, sollte dem Staat etwas einbringen, und da die SA- und SS-Leute stets als die Träger des Staates bezeichnet werden, hätten sie sich ihren Anteil gleich sichern wollen. Dieser Irrtum sei durch die Verhaftung und Wiederwegnahme des geraubten Gutes korrigiert worden.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Mehrzahl der Männer und Frauen in den Fabriken empfinden sehr wohl, wie schlecht sie es haben bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit und schlechtem Lohn. Dabei herrscht ein ungeheueres Arbeitstempo. Sie sagen aber nichts. Nichts gegen, aber auch nichts für das System.

2. Bericht: In Mannheim wird in den Betrieben sehr viel über die gegenwärtige Situation gesprochen. Soweit die Arbeiter sich gegenseitig kennen, wird kein Blatt vor den Mund genommen. Aber trotzdem ist es recht schwer, über den einzelnen Grossbetrieb ein zusammenfassendes Urteil bezüglich der politischen Einstellung abzulegen. Bei der Firma X., Mannheim, steht gut die Hälfte der Belegschaft dem System ablehnend gegenüber. Es ist aber ausgeschlossen, dass man sich über den ganzen Betrieb ein Urteil bilden kann, da eine grosse Zahl von Spitzeln vorhanden ist, die jede abfällige Äusserung sofort weiter melden.

Schlesien: Der Grad der politischen Reife ist nicht bei allen Arbeitern gleich. Die früher politisch Tätigen sind auch heute noch gezwungen, sehr zurückhaltend zu sein. Sie werden nur vertraulich, wenn der Gesprächspartner sehr offen aus sich herausgeht. In den Gruben ist ja das Verhältnis weit besser, weil die Kameradschaften nicht so vielfachen Aenderungen des Arbeitsplatzes ausgesetzt sind. In den Eisen- und Metallhütten aber wechselt man oft die Kolonnen, hinzu kommen die Wechsel in den Tages- und Nachtschichten, so dass eine Vertrautheit mit den Kollegen schwer aufkommt. Trotzdem ist auch hier das politische Interesse wach geworden, besonders als nach dem Münchner Abkommen Hitler neue Forderungen stellte und heute, da gerade der "Kreuzzug" gegen England im Gange ist, obgleich doch zwischen Hitler und Chamberlain ein "Freundschaftspakt" unterzeichnet worden ist.

Die Aufmerksamkeit ist auf den Ausbruch des Krieges gerichtet. Die Demokratien, so sagt man sich, werden auf die Dauer nicht nur Opfer bringen. Von Amerika haben die Deutschen eine zu hohe Meinung, als dass sie irgend eine nationalsozialistische Agitation zu einem anderen Urteil bringen könnte. "Die Amerikaner sind gross, finanziell stark und werden mit Deutschland auch ohne Krieg fertig." Man weiss auch, dass Amerika immer auf Seiten Englands und Frankreichs stehen wird und bei den Arbeitern hat Präsident Roosevelt eine grosse Popularität, denn: "Das ist wenigstens ein Mann, der Deutschland das sagt, was eigentlich Frankreich und England dem Hitler sagen sollten."

Die internationale Arbeiterbewegung steht bei den Arbeitern Oberschlesiens in keinem guten Ruf. Die Anderen, so stellt man immer und immer wieder fest, haben an der deutschen Arbeiterbewegung und besonders an der Sozialdemokratie herunkritisiert, aber heute zeigt niemand, wie man es besser machen kann. Der Zusammenbruch der Volksfront in Frankreich wird auf das Konto der Kommunisten gesetzt. Sie haben, so sagt man, nichts gelernt, sondern genau so wie in Deutschland durch die zahllosen Streiks den Radi-

kalen die Möglichkeit gegeben, sich von der Volksfront fast auf die Seite der Reaktion zu manövrieren. In dieser Beurteilung der französischen Volksfront sind sich Sozialdemokraten und Kommunisten einig, die Linie der Gegensätze ist so gut wie verwischt, man informiert sich, man schimpft nicht mehr auf die Führungen und ist dabei überzeugt, dass nach dem Sturz Hitlers eine einige deutsche Arbeiterbewegung kommen muss.

Merkwürdig ist das Interesse mancher Nazis, die mit der Arbeiterschaft von früher nicht vertraut sind und nach Büchern fragen, aus denen sie sich informieren könnten. Es sind das durchwegs Menschen der Jahrgänge 20 bis 25. Sie geben auch zu, vielfach Moskau zu hören, aber es ist ihnen vieles nicht verständlich. Der Bolschewismus und der Jude als Feind spielen bei ihnen noch eine gewichtige Rolle, sie sind aber zugleich auch Informationen zugänglich, die sie eines besseren belehren. Dieses Interesse an der früheren Arbeiterbewegung ist gerade nach der Besetzung des Sudetengebietes laut geworden, zumal einige dieser Leute bei der Übernahme dieses Gebietes dort waren und von den Henleinleuten viel über die Sozialisten und Kommunisten gehört haben.

Nach der Besetzung Prags wurde sehr bedauert, dass die Tschechen die Besetzung so ruhig hingenommen haben. "Man hätte die Hunde hinaustreiben sollen. Es hätten sich schon unter den Soldaten Kerle gefunden, die auf ihre Offiziere die Gewehre umgekehrt hätten", war die allgemeine Ansicht. "Auf uns kann der Hitler nicht bauen, dem brechen wir einmal doch das Genick, wenn es die anderen nicht tun", wurde während einer Unterhaltung auf der ...grube bei X. offen ausgesprochen. "Diese Menschenschinder haben wieder einen Erfolg. Schade, dass die Tschechen sie nicht über den Haufen geschossen haben." Das waren Ansichten, die man auf den Gleiwitzer Gruben hören konnte.

Danzig: Die Stimmung unter der Danziger Arbeiterschaft wird nach den Grosssprecherien Forsters über einen gerechten Lohn, der den Danziger Arbeitern zuteil werden soll oder bereits zuteil geworden sei - es hat nur niemand etwas davon gemerkt - immer ruhiger. Bei den Schichauwerken sind im Herbst alle Anordnungen der Werftleitung, die von einer Neuregelung der Löhne sprachen, von den Anschlagbrettern abgerissen worden. Nur ein einziger Anschlag, der neben der Portierbude klebte, ist verschont geblieben. Die Täter hat man nicht gefunden.

Die Nazis geben sich auch weiter die grösste Mühe, in Betriebsversammlungen von den gerechten Löhnen zu sprechen. Forster ist persönlich von Betrieb zu Betrieb gegangen und hat versucht, die Stimmung der Arbeiter zu beeinflussen. In einer Versammlung der Belegschaft der Firma Gebr. Heyking, wo des öfteren an den Wänden antinationalsozialistische Aufschriften zu lesen waren, und wo man deshalb auch Arbeiterentlassungen vorgenommen hat, erklärte Forster u.a., dass der nationalsozialistischen Führung alles bekannt sei, auch das, was noch abgeändert werden müsse. Es sei aber zu bedenken, dass nicht alles im Augenblick zu erfüllen ist. Die Zielsetzung umfasse allerdings alles, was dem wirklichen Sozialismus entspreche.

In der Danziger Arbeiterschaft wird folgender Witz kolportiert: Forster spricht in einer Betriebsversammlung. Dabei erklärt er den staunenden Arbeitern, dass in Zukunft jeder Danziger Arbeiter

50,- Gulden pro Woche verdienen werde. In diesem Augenblick wird einem der Fahnenträger, die neben dem Rednerpult Wache stehen müssen, übel. Er droht in Ohnmacht zu fallen und setzt sich schnell auf den Fussboden. Forster fühlt sich dadurch gestört und blickt unwirsch um sich. Er bezwingt sich aber und fragt den Mann teilnahmsvoll: "Was haben Sie? - Antwort: "27 Gulden!" Darauf Förster nervös: "Nein, so meine ich das nicht, ich meine, was Ihnen fehlt..." - "23 Gulden" ist die prompte Antwort. Dieser Witz ist fast jedem Danziger Arbeiter bekannt und wird weidlich belacht.

Die "erlösten Brüder" aus Oesterreich und dem Sudetenland sind gewöhnlich sehr rasch enttäuscht und schwenken in die Reihe der Meckerer ein. (Ueber die Haltung der Oesterreicher in den reichs-deutschen Betrieben haben wir zuletzt in Heft 9/1938, Seite A 100 - 103 berichtet.

Schlesien: Nach der Besetzung des ellschlesischen Gebiets sind zahlreiche deutsche Bergarbeiter aus dem Karwiner Gebiet nach dem Sudetengebiet abgewandert. Etwa 100 Personen, ohne Familien, haben jetzt auf der Guido- und Luisengrube, die der Preussag gehören, in Hindenburg Arbeit bekommen, wo sie in Baracken untergebracht sind. Es ist eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft und die Verpflegung ausserordentlich dürftig, so dass es wegen des Essens wiederholt zu Beschwerden kam. Die Sudetendeutschen sparen nicht mit Kritik und betonen, dass es auf ihren früheren Arbeitsstellen weit besser gewesen sei. Während sie hier nach dem Tarif einen Lohn von 4,50 RMk erreichen und im Gedinge höchstens auf 8 RMk Spitzenlohn kommen, haben sie den Spitzenlohn als Tagesdurchschnitt in der Tschechoslowakei verdient und kamen nach der Kronenumwertung auf einen Verdienst bis zu 12 RMk, den sie jetzt nicht erreichen können. Einige dieser sudetendeutschen Bergarbeiter wurden auch bereits beim Vertrauensrat vorstellig und erklärten, dass ihre Lage hier untragbar sei. Sie verbrauchen ihren Lohn an Ort und Stelle, sie wissen nicht, was sie der Familie schicken sollen. Auch sei das Essen in jeder Hinsicht unzulänglich. Der Vertrauensrat schickte sie zur Kreisleitung der Arbeitsfront, wo sie gehörig abgekanzelt wurden. Man werde ihnen das Meckern schon besorgen.

Nun halten diese Sudetendeutschen mit ihrer Kritik vor den Arbeitskameraden nicht zurück. Sie seien in der Tschechoslowakei nie erwerbslos gewesen, man habe ihnen Versprechungen gemacht und so seien sie im polnischen Gebiet Henleinleute geworden. Sie wünschten, sie wären wieder in der alten Tschechoslowakei, wo es anders zuging, wo es vor allem keine Denunzianten gab, wie hier in den Baracken. "Wir haben einen sehr schlechten Tausch gemacht. Wir sind enttäuscht, wie sich in der kurzen Zeit alles geändert hat. Wir waren notleidende Volksgenossen, als wir vollen Magen und hohen Lohn hatten, jetzt sind wir von Hitler erlöst und haben leere Taschen und nichts zu fressen." Wie es heisst, wurde einigen der sudetendeutschen Bergarbeiter bereits angedroht, sie würden bald mit dem Konzentrationslager Bekanntschaft machen, wenn sie so weiter murren. "Hier wird etwas geleistet und nicht kritisiert," bedeutete man ihnen. Die anderen Kameraden lassen es nicht an Spott fehlen. "Ihr wolltet heim ins Reich und da ge-

schiebt es Euch schon recht, wenn Ihr das Deutschland Adolf Hitlers von innen seht."

Mitteldeutschland: Die Oesterreicher, die in Thüringen Tiefbauarbeiten machen, bleiben einer nach dem anderen in gewissen Zeitabständen einfach von der Arbeit fort und fahren in ihre Heimat.

Zum Schluss sei noch auf die besondere Lage im oberschlesischen Grenzland und in Danzig hingewiesen, wo sich die Arbeiterschaft noch gewisser Vorteile gegenüber den Zuständen im Reiche erfreut: bessere Nahrungsmittelversorgung, noch etwas freiere Arbeitsverhältnisse. Es ist bezeichnend, dass die Arbeiter, die aus diesen Gebieten zwangsweise ins Reich verschickt werden, um jeden Preis versuchen, nach Hause zurückzukehren und wenn ihnen das nicht gelingt, in den Betrieben des Reiches einen ständigen Herd der Unruhe bilden.

Oberschlesien: Die Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien scheinen nach allen bisherigen Erfahrungen immer noch günstiger zu sein, als im übrigen Reich. Immer wieder schreiben nach dem Reich verschickte Arbeiter an ihre Kollegen und Familienangehörigen, dass die Zeit in Oberschlesien Gold war, verglichen mit den Verhältnissen, unter denen sie jetzt zu leben gezwungen sind. Die Hauptklage gilt der Ernährung. Wenig Margarine, kein Fleisch und von Butter oder Räucherspeck nicht zu reden. Oft kommt in diesen Briefen zum Ausdruck, dass man "ein so dummes Pack", wie die Arbeiter an der neuen Beschäftigungsstelle sind, in Oberschlesien nicht finden könne. "Hier nützen alle "Pierones" nicht, die Leute wagen nicht, die Fresse aufzusperren. Erst wir haben hier die Klamotten hingehauen, aber die anderen machen ja nicht mit." - Wer nur irgendetwas seine Arbeitsstelle verlassen kann, der kommt nach Oberschlesien zurück. Besonders von den Befestigungsarbeiten und dann vom Kalibergbau in Hannover, teils auch von den norddeutschen Rüstungsbetrieben. Die Arbeit mache einen vollkommen müde. Die Leute machen fast täglich Ueberstunden, um sich nur über Wasser halten zu können.

In anderen Briefen wird berichtet, dass im Reich fast alle Familienmitglieder arbeiten. Das ist in Oberschlesien selten der Fall. Die Frau jedenfalls ist stets zu Hause. "Es ist auch mit dem Essen bei Euch besser", heisst es in einem Brief aus Hannover.

Ogleich die Arbeiter, die ihre auswärtige Arbeitsstelle verlassen, oft mit Gewalt an diese Stelle zurücktransportiert werden, sind Fälle bekannt, in denen sie erneute Fluchtversuche unternommen haben. Sie erhalten hier weder Arbeitszuweisung, noch Arbeitslosenunterstützung, die dann oft auch der Frau bzw. den Familienangehörigen verweigert wird, weil der Mann ja "nicht arbeiten will". Unsere Freunde, die solche Flüchtlinge gesprochen haben, bekamen den Bescheid, dass man es draussen nicht aushalten könne, weil die Arbeitsanforderungen übertrieben hoch sind und vor allem könne man "mit dem dortigen Fressen nicht satt werden", der Lohn reiche aber nicht aus, um sich etwas dazu kaufen zu können und "Ueberstunden machen wir einfach nicht". In Sachsen sind einige Oberschlesier verhaftet worden, weil sie sich weigerten, Ueberstunden zu verfahren und nur 8 Stunden arbeiteten. Man hatte

ihnen bei der Vermittlung bessere Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt, als es den Tatsachen entsprach. Aus Gleiwitz wird ein Fall bekannt, in dem ein Grubenarbeiter es durchgesetzt hat, dass man ihn aus Hannover zurückschickte, weil er so meckerte, dass "er zu einer Gefahr für die übrige ruhige Belegschaft wurde". Als man ihn auf der Gleiwitzer Grube Arbeit zuwies, bemerkte der Betriebsleiter, er solle nicht dieselben Geschichten wie in Hannover machen, denn die Gestapo habe sich schon wiederholt nach ihm erkundigt. Dieser Arbeiter gilt hier auf der Gleiwitzer Grube als fleissig und ruhig, in Hannover war er ein unverbesserlicher Meckerer.

Danzig: Das Tohuwabohu, das dieses Mal in Danzig bei den Weihnachtsurlaubern herrschte, hat bis weit in den Januar hinein angehalten. Bekanntlich haben zahlreiche Arbeiter, die im Reich beschäftigt sind, versucht, nach Weihnachten nicht mehr dorthin zurückzukehren. Es gibt dafür verschiedene Ursachen. In der Hauptsache ist es die allgemeine Misstimmung über die schlechten Arbeitsverhältnisse bei den Reichsbauten, Autobahnen usw., die Erbitterung über den geringen Lohn und die schlechte Verpflegung, über die Wohnungsverhältnisse und über die ständige Trennung von den Familien in Danzig. In diesem Jahre kamen aber besondere Gründe für die Misstimmung hinzu. Vor allem die Bestimmung, dass es diesmal nicht gestattet war, 10 RMk auf den Pass in die Heimat mitzunehmen. Ferner, dass die Urlauber-Transporte sehr schlecht organisiert waren. So wird von einem Urlauberzug berichtet, bei dem die letzten drei Waggons nicht heizbar waren und die Arbeiter entsetzlich froren. Es wurde auf ihr Verlangen eine zweite Maschine an den Zug gehängt, die die Aufgabe hatte, die letzten Waggons zu heizen. Auch das klappte nicht, da die Heizungsanlage schadhaft war. Die Arbeiter weigerten sich, weiterzufahren. Das half aber nichts, es wurde erklärt, dass andere Waggons nicht zur Verfügung ständen. So mussten sie weiter mitfahren. Die Fahrt dauerte sehr lange. Mehrfach wurde der Zug auf den Bahnhöfen auf ein totes Geleis geschoben, wo er so lange liegen blieb, bis die fahrplanmässigen Züge durchgefahren waren, was oft erhebliche Zeit in Anspruch nahm.

Zahlreiche Arbeiter haben aus diesen Gründen beschlossen, nicht nach dem Reich zurückzufahren. Man verabredete sich zu diesem gemeinsamen Tun ohne Rücksicht darauf, dass die Absicht bald in der ganzen Stadt bekannt war. Bereits in den Weihnachtsfeiertagen begannen deshalb die sich später täglich mehrmals wiederholenden Aufforderungen durch den Danziger Sender, unbedingt die für den Abtransport der Weihnachtsurlauber bereitgestellten Züge zu benutzen. Dabei wurden dann für die einzelnen Bestimmungsorte die jeweiligen Züge mit genauen Abfahrtszeiten usw. genannt. Bald wurde dann auch im Radio angesagt, dass eine Verlängerung für die Danziger Weihnachtsurlauber nicht in Frage komme, die angeordnete Urlaubsverlängerung beziehe sich nur auf die Arbeiter, die an den Befestigungsarbeiten an der Westgrenze beschäftigt seien. Dort beschäftigt man bekanntlich grundsätzlich keine Danziger Arbeiter. Schliesslich erschien auch im "Vorposten" eine Anordnung des Landesamtes, die etwa den gleichen Inhalt hatte. Das geschah aber nur ein einziges Mal, vermutlich weil man nicht schwarz auf weiss die unangenehmen Dinge verewigen wollte. In den Radio-Ansagen wurde man schliesslich ganz offen und drohte den Arbeitern, die ihren Urlaub überschritten, Strafmassnahmen an.

Aber alle diese Bemühungen hatten einen mehr als bescheidenen Erfolg. Auf dem Hauptbahnhof in Danzig ergab sich an einem der für den Abtransport der Weihnachtsurlauber angesetzten Tage folgendes Bild: Es erschienen drei Züge mit je 20 Waggons. Die Züge waren von der deutschen Reichsbahn zur Verfügung gestellt worden. Da aber auch nicht annähernd die erwartete Anzahl von Urlaubern erschienen war, wurden vom ersten Zug 15 Waggons abgekoppelt, von den anderen beiden je 13. Dabei waren die abgehenden Waggons nur recht schwach besetzt. So war es auch an den anderen Tagen. Man traf später immer noch die gleichen Urlauber auf der Strasse. Der grösste Teil der Arbeiter hat dann einfach die fahrplanmässigen Züge benutzt. Wenn sie auf das Landesarbeitsamt kamen, wurden sie von den Beamten mächtig angeschnauzt, erhielten aber regelmässig die Freifahrkarte für die fahrplanmässigen Züge. Schliesslich war man froh, dass die Arbeiter überhaupt noch freiwillig zurückkehrten. In der zweiten Woche des Januar setzten gegen die noch immer in Danzig weilenden Urlauber polizeiliche Zwangsmassnahmen ein. Die Polizei nahm eine Anzahl Arbeiter fest, die sich dann bereit erklärten, nach dem Reich zu fahren. Als Grund für ihr Zögern gaben sie regelmässig Krankheit an.

Bemerkenswert ist noch, dass das Landesarbeitsamt in Danzig in diesem Jahre von zahlreichen Weihnachtsurlaubern Protest- oder besser gesagt, Beschwerdebriefe erhalten hat, die sich hauptsächlich gegen den Fortfall des sogenannten Passgeldes, aber auch ganz allgemein gegen die Arbeitsbedingungen im Reich richteten. Die Briefe waren vielfach anonym, manchmal aber auch mit vollem Namen unterzeichnet.

- - - - -

(Abgeschlossen am 30. März 1939)

I. Die Annexion der Tschechoslowakei - Ihre weltpolitische Bedeutung

1) Was war die Absicht?

Die Annexion der Tschechoslowakischen Republik durch das Dritte Reich hat in der ganzen Welt Ueberraschung und Entsetzen hervorgerufen. Als Reaktion auf die betäubende Schnelligkeit der Ereignisse sind solche Gefühle verständlich. An sich enthalten jedoch diese Ereignisse nichts, was nicht mit dem Geschehen der letzten sechs Jahre in Einklang stände, nichts, was etwas grundsätzlich Neues bedeutete.

Das gegenwärtige deutsche System hat von Anfang an alle moralischen Werte, die von der Menschheit seit Jahrtausenden anerkannt sind, durch ein reines Utilitätsprinzip ersetzt. Es ist, diesem Prinzip entsprechend, oder auf dem Wege zur Macht vor Mord und Brandstiftung nicht zurückgeschreckt und hat, zur Macht gelangt, diesen Weg konsequent fortgesetzt. Wenn es Verträge schliesst, um sie binnen kurzem wieder zu zerreißen, wenn es Versprechungen gibt, um sie alsbald wieder zu brechen, wenn es durch Erklärungen wie: die Zeit der Ueberraschungen sei nun vorüber, man habe keine territorialen Ansprüche mehr, achte die fremden Grenzen, wolle nichts als das Selbstbestimmungsrecht der Völker usw. die Welt zu täuschen versucht, so bleibt es damit vollkommen im Rahmen der von ihm selbst verkündeten Grundsätze. Wenn sich die Welt dennoch täuschen lässt, ist es ihre Schuld allein. Die Zerreißung des Abkommens von München und Wien, der blitzschnelle Ueberfall auf ein ahnungsloses Land, das schlagartige Einsetzen des Terrors und seine erstaunlichen Wirkungen - das alles entspricht vollständig den Prinzipien und Methoden, die schon bei der Inbrandsetzung des Reichstags, dem Ueberfall auf die Gewerkschaftshäuser, dem Kameradenmord vom 30. Juni 1934, dann aber auch in der auswärtigen Politik - Zerreißung des Locarno-Vertrages, Besetzung des entmilitarisierten Gebiets, Ueberfall auf Oesterreich, auf das Sudetenland - mit grösstem Erfolg angewandt worden sind. Anzunehmen, ein solches System würde - aus Respekt vor dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" - vor der Unterdrückung eines fremden Volkes zurückschrecken, war eine nicht zu überbietende Naivität.

Wir haben auf Grund unserer intimen Kenntnis dieses System von Anfang an richtig erkannt und beurteilt. Seitdem hat es soviel Proben seines wahren Wesens gegeben, dass die Erkenntnis für jeden, der erkennen will, leicht geworden ist. Es gibt für dieses System kein Recht als das des Stärkeren. Ihm gegenüber ist das Los schutzloser schwacher Staaten ebenso selbstverständlich, wie das von Lämmern, die man mit Wölfen allein lässt. Es besteht kein Grund zur "Enttäuschung", wenn die Lämmer eines Tages nicht mehr vorhanden sind.

Tempo und Taktik

Auffällig an dem Vorgehen der deutschen Gewalthaber ist also nicht der Widerspruch, in den sie sich zu Recht und Moral gestellt haben. Auffällig ist etwas anderes, nämlich das Handeln in diesem Zeitpunkt und die vorläufige Preisgabe Karpatorusslands an Ungarn.

Seit dem Abkommen von München befand sich die Tschechoslowakische Republik in der Gewalt des Dritten Reiches. Die Politik ihrer Regierung schien nur noch auf das Ziel gerichtet: durch knechtische Unterwürfigkeit ihr eigenes Los und vielleicht auch das des Volkes ein wenig zu erleichtern. Wenn sie dabei das Bestreben zeigte, die drei Teile der Republik - die historischen Länder, die Slowakei und Karpatorussland - beisammen zu halten, so durfte man annehmen, dass dies auch den Absichten der deutschen Auftraggeber entsprach. Die Tschechoslowakei war doch schon deutscher Besitz, und es lag offenbar im Interesse der deutschen Gewalthaber, diesen Besitz ungeteilt zu erhalten. War die Tschechoslowakei vordem als Verbündeter Frankreichs und Sowjetrusslands im Kriegsfall ein auf Deutschland gezielter Pfeil gewesen, so richtete sich jetzt umgekehrt die karpatorussische Spitze gegen Sowjetrussland. Allgemein wurde angenommen, dass Hitlerdeutschland diese Waffe als ein Ganzes in seiner Hand behalten wolle.

Mit dieser Annahme standen nun auf einmal zwei Tatsachen in scheinbarem Widerspruch: die Unterstützung des slowakischen Separatismus durch Berlin und die Abtretung Karpatorusslands an Ungarn.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die nazistische Diplomatie die slowakischen Loslösungsversuche lediglich begünstigt hat, um die Tschechoslowakei in zwei Teile zu zerbrechen und dann beide unter seiner "Protektorsmacht" wieder zusammenzufügen. Sie hat, nach

dem Grundsatz "Teile und herrsche", Tschechen und Slowaken gegeneinander gehetzt, um beide noch fester als bisher in ihre Gewalt zu bekommen. Sowohl die Pressburger Regierung mit ihren Loslösungsbestrebungen wie auch die Prager mit ihren zentralistischen Tendenzen glaubte sich von Berlin gedeckt, in Wirklichkeit war es keine, sondern beide dienten nur als Marionetten in einem Spiel, das für beide mit dem Verlust auch des letzten Restes ihrer nationalen Selbständigkeit endete.

Angesichts dieser Tatsachen wäre es naiv, die Ueberlassung Karpathenrusslands an Ungarn als einen Abschluss und als einen endgültigen Verzicht auf die ukrainischen Pläne anzusehen. Vielleicht versteht man diesen Vorgang am besten, wenn man sich erinnert, dass die Slowakei bis zum Ende des Weltkriegs zu Ungarn gehörte und dass Ungarn diesen Verlust niemals verschmerzt hat. Die Umwandlung der Slowakei in ein deutsches Protektorat bedeutet für die irredentistischen Pläne Ungarns ein Begräbnis erster Klasse. Die nationalen Empfindungen wären aufs stärkste gegen Hitlerdeutschland aufgebrochen worden, wenn nicht ein Pflaster auf diese Wunde gelegt worden wäre. In Ungarn ist man noch nicht soweit wie in der Tschechoslowakei und die nationalen Gefühle bedürfen vorläufig noch einer gewissen Schonung. Ausserdem kann die Herstellung der ersehnten ungarisch-polnischen Grenze auch als ein Erfolg der Aussenpolitik des polnischen Ministers Beck aufgezogen werden. Anderenfalls bliebe für Polen als Ergebnis der neuen Aenderungen nur die deutsche Umklammerung auch durch die langgestreckte slowakische Grenze. Die nazistische Diplomatie will Ungarn und Polen nicht in das Lager der Westmächte treiben, darum hat sie ihnen das kleine, leicht zu widerrufende Zugeständnis der gemeinsamen karpatorussischen Grenze gemacht. Dass Karpatorussland im Besitze Ungarns ein Hindernis für deutsche, gegen die Ukraine oder gegen Rumänien gerichtete Pläne darstellen könnte, wird im Ernst niemand annehmen wollen.

Es bleibt die Frage zu untersuchen, durch welche Ueberlegungen die Gewalthaber Deutschlands veranlasst wurden, die offene Annexion der Tschechoslowakei in diesem Augenblick zu vollziehen. Die Antwort ist nicht schwer zu finden für denjenigen, der sich vergegenwärtigt, dass das gesamte innenpolitische und aussenpolitische Handeln des Dritten Reiches eine volle logische und praktische Einheit dar-

stellt, dass alles, was getan wird, auf das eine Ziel gerichtet ist: den Krieg.

Das tschechische Gebiet von Böhmen und Mähren hatte zwar durch München seine grosse strategische Bedeutung verloren, blieb aber möglicherweise, wenigstens für die ersten Tage nach Kriegsbeginn ein lästiges Störungsfeld. Darum musste es militärisch fest in die Hand genommen werden. Das slowakische Bergland trennt Polen von Ungarn und bietet Gelegenheit zu Offensivstössen nach Norden wie nach Süden; ein aus oder über Polen geleiteter Vormarsch westwärts kann von hier aus entscheidend gestört werden.

Zu dieser offenkundigen Verbesserung der strategischen Situation tritt eine erhebliche Verstärkung des materiellen Kriegspotentials. Im Wettrüsten mit den Westmächten hat sich das Dritte Reich einen neuen Vorsprung gesichert, nicht nur indem es das gesamte Kriegsgerät einer vordem mit Frankreich verbündet gewesenen Armee in seinen Besitz nahm, sondern auch indem es einige erstklassige Werkstätten der Kriegsproduktion und grosse Mengen von Material als gute Beute einbrachte.

Hinzu tritt der Erwerb agrarisch wertvollen Gebiets mit fruchtbaren Böden und hochstehender Bewirtschaftung, von Wäldern, Bergwerken usw. sowie des Gold- und Devisenschatzes der tschechoslowakischen Nationalbank.

Darüber hinaus hat das Dritte Reich seine ganze Stellung im Südosten Europas abermals erheblich gestärkt. Sein Plan, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in die deutsche Kriegswirtschaft einzugliedern, war in der letzten Zeit auf erhebliche Schwierigkeiten gestossen. Man braucht nur an das Scheitern der deutsch-rumänischen Verhandlungen zu erinnern. Ueberhaupt zeigten sich beim Sturz von Imredy in Ungarn, von Stojadinowitsch in Jugoslawien, besonders aber an dem scharfen Vorgehen des Königs von Rumänien gegen die "Eiserne Garde" Tendenzen, die den aussenpolitischen Zielen des Dritten Reiches zuwiderliefen. Nun hat das Dritte Reich an der Tschecho-Slowakei ein Exempel statuiert und seine Bereitschaft gezeigt, auch die geringste Widersetzlichkeit mit militärischem Einschreiten zu beantworten. Auch abgesehen von der Gefahr einer Exekution müssen die Südoststaaten für den Kriegsfall mit der Möglichkeit rechnen, dass ihr Gebiet so oder so unter deutsche Gewalt geraten könnte. Wie es in einem

solchen Fall jenen Politikern ergehen wird, die gewagt hatten, den deutschen Plänen Widerstand zu leisten, zeigt nach dem Beispiel Oesterreichs nun auch das der Tschecho-Slowakei.

So stellt sich die an der Tschecho-Slowakei vollzogene Exekution als ein erfolversprechender Versuch dar, durch Terror jeden Widerstand der führenden Politiker des übrigen, scheinbar noch "unabhängigen" Südosteuropa zu brechen. Auf diese Weise sollen die noch selbständigen Staaten sämtlich in der einen oder der anderen Form in "Protektorate" des Dritten Reiches umgewandelt und mit ihren Arbeitskräften, Rohstoffen und finanziellen Mitteln in das System der deutschen Kriegsvorbereitung miteinbezogen werden.

Diese Kriegsvorbereitung gilt nicht den kleinen Staaten Süd- und Osteuropas, die auch ohne militärischen Kraftaufwand unterworfen werden können, sondern sie gilt dem Westen und vor allem Frankreich. Die Annexion der Tschecho-Slowakei ist nur ein Vorspiel zur Zerstückelung des französischen Reiches und zur Vernichtung Frankreichs als europäische Grossmacht, wie sie Hitler in seinem Buch "Mein Kampf" mit voller Offenheit angekündigt hat.

Mussolini ist mit der Stärkung der deutschen Macht -vielleicht mit geheimen Vorbehalten- einverstanden, weil er sich in seiner Auseinandersetzung mit Frankreich Deutschland als Bundesgenossen sicher glaubt. Hitler billigt die Ansprüche Italiens, weil ihm im Hinblick auf den geplanten Entscheidungskampf mit Frankreich jede Schwächung der französischen Macht als Gewinn erscheint.

Und jetzt Rumänien?

Der Druck, den das Dritte Reich auf den gesamten Südosten Europas ausübt, ist zugleich auch eine Folge der inneren Schwierigkeiten, in denen es sich befindet. Der Versuch, Deutschland in ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu verwandeln, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Er hat aber ungeheuere Fehlinvestitionen zur Folge gehabt und zu einer Ueberorganisation geführt, die in der Lebensmittelversorgung ähnliche, wenn auch noch nicht ebenso schlimme Zustände hervorruft wie während des Weltkrieges. Der Versuch, Deutschland zu autarkisieren, musste umso gründlicher fehlschlagen, da er nicht eine stabilisierte Friedenswirtschaft zum Objekt hatte, sondern eine im stürmischen Aufbau befindliche Kriegswirtschaft mit

gesteigertem Bedarf nach Rohstoffen aller Art. So wurde der Schrei nach der Selbstversorgung bald durch einen anderen abgelöst: Exportieren oder sterben!

Das Dritte Reich bringt jedoch von seinen Autarkie-Experimenten eine Erbschaft mit, die es nicht wieder los werden kann: eine manipulierte, für den Auslandsverkehr nicht mehr brauchbare Währung. Es kann Aussenhandel nur noch in der Weise treiben, dass es auf dem Wege über das Clearingsystem dem reinen Tauschhandel zustrebt, bei dem Ware unmittelbar mit Ware, Arbeitsprodukt mit Arbeitsprodukt bezahlt wird. Das Dritte Reich will die Rohmaterialien hereinholen, die es dringend braucht; es will für sie mit Industrieprodukten zahlen, die der andere Partner weniger dringend oder überhaupt nicht braucht.

Ein solches System kann nur funktionieren, wenn sich zum wirtschaftlichen Druck der politische Zwang gesellt. Das Dritte Reich kann gegen die Grossmächte einen politischen Zwang nicht ausüben. Es kann das aber gegen die Kleinstaaten, besonders gegen die Kleinstaaten des Südostens, die seit dem Verschwinden der Tschecho-Slowakei und der -vielleicht nur vorübergehenden- Entwertung des französischen-russischen Bündnisses ihren stärksten politischen Rückhalt verloren haben.

Das Verlangen der deutschen Kriegswirtschaft geht vor allem nach zwei Dingen: Erz und Oel. Diese können heute nicht in jedem Umfang von jedermann gekauft werden, sondern sie sind zumeist Gegenstand von festen Lieferverträgen. Diese Verträge gehen zum grossen Teil noch nach dem Westen, und in den entsprechenden Industrien Südosteuropas spielen westliche Einflüsse eine grosse Rolle. Noch am 9. Dezember 1938 klagte die "Frankfurter Zeitung": "Es hiesse den Kopf in den Sand stecken, wollte man nicht sehen, dass auf dem Gebiet der Kapitalbeteiligung die englisch-französische Vormachtstellung in Südosteuropa noch immer so gut wie ungebrochen ist".

Hier also stösst die relativ freie kapitalistische Wirtschaft des Westens mit der dirigierten des Dritten Reiches zusammen, und daraus erklärt sich auch die grosse Nervosität, mit der in England alle Nachrichten über einen deutschen Vorstoss gegen Rumänien aufgenommen werden.

Rumänien ist das einzige dem deutschen Machtbereich naheliegende Oelland. Mit einer Jahresförderung von 7,30 Millionen Tonnen steht es unter den Oelländern der Welt an fünfter Stelle. Es bestehen etwa 150 Erdoelgesellschaften, doch werden 93% der Gesamtförderung von nur 10 Gesellschaften kontrolliert. Die Kapitalbeteiligungen sind zu 37% englisch-holländisch, zu 26 Prozent französisch-belgisch, zu 9% amerikanisch und zu 27% rumänisch. Man nimmt an, dass die bisher erschöbten wichtigsten Oelfelder in fünf bis zehn Jahren erschöpft sein werden, doch rechnet man mit der Möglichkeit, neue grosse Reserven zu erschliessen.

Von der Oelausfuhr im Jahre 1936 von 6.88 Millionen Tonnen nahm Deutschland als grösster Kunde 1.07 Millionen Tonnen ab, dann folgten Frankreich mit 866.000, England mit 846.000 und Italien mit 653.000 Tonnen.

Rumänien hat in den letzten Jahren auch starke Anstrengungen gemacht, eine nationale Industrie zu entwickeln. Damit verbunden ist ein starker Kapitalbedarf, der unter den gegenwärtigen Umständen kaum anderswo als auf den westlichen Märkten befriedigt werden kann. Deutsche Kapitalanlagen können nur in der Form erfolgen, dass geplante Neuanlagen von deutschen Ingenieuren hergestellt, die Maschinen von deutschen Fabriken geliefert werden usw. Der Kreditnehmer ist also in diesem Fall in der Wahl seiner Lieferanten nicht mehr frei. Ausserdem stösst diese Art der Kapitalinvestition immer mehr auf die Schwierigkeit, dass die deutschen Firmen wegen Rohstoffmangel die Lieferfristen nicht einhalten können.

Erzeugt werden in Rumänien Maschinen, Lokomotiven, Röhren für die Petroleum-Industrie, Autos, Waffen usw. Diese Industrie versucht das Dritte Reich stillzulegen, weil es die von ihr hergestellten Produkte als Zahlungsmittel für zu liefernde Rohstoffe, besonders für Oel, selber herstellen will. Auf diese Weise würde der Einfluss des englisch-französischen Privatkapitals auch hier zurückgedrängt werden und die Gewalt des totalitären Machtstaates Hitlerdeutschland an seine Stelle treten.

Obwohl Rumänien im Augenblick, nächst der Tschecho-Slowakei, im Vordergrund des Interesses steht, ist es selbstverständlich nicht das einzige Land Südosteuropas, das für den Ausbau der deutschen Kriegswirtschaft wichtig ist. So spielt Ungarn als Lieferant von

Bauxit für die Aluminiumindustrie eine grosse Rolle, starkes Interesse besteht auch für die noch wenig erschlossenen Erzvorkommen in Jugoslawien und in der Türkei. Sie alle sollen bei der bevorstehenden Auseinandersetzung mit den Gegnern der "Achse" dazu helfen, den gewaltigen Vorsprung an Rohmaterialien zu verringern, den die grossen Demokratien des Westens und Sowjetrussland besitzen.

2) Die Wirkung nach innen

Oesterreich erobert Deutschland

Wer die Landkarte vom März 1939 mit der vom Juli 1914 vergleicht, wird finden, dass sich das Grossdeutsche Reich Adolf Hitlers im wesentlichen aus zwei Bestandteilen zusammensetzt: einerseits aus dem alten Deutschland abzüglich der an Frankreich, Belgien, Dänemark und Polen abgetretenen Gebiete, andererseits aus der cisleithanischen Hälfte der oesterreich-ungarischen Monarchie abzüglich der an Italien, Jugoslawien und Polen abgetretenen Gebiete, zuzüglich des slowakischen Teils des ehemaligen Gross-Ungarn. Auf diese Weise ist eine starke Vermehrung eingetreten erstens des katholischen Volksteils gegenüber dem protestantischen, zweitens der nichtdeutschen (tschechisch-slowakisch-ungarischen) Bevölkerung gegenüber der deutschen, drittens eine Vermehrung der Juden gegenüber den sogenannten "Ariern". Indem Hitler einen grossen Teil des alten Oesterreichs, seines Vaterlandes, annektiert hat, hat er das grossdeutsche Reich mit allen Problemen beladen, an denen die Habsburger Monarchie laboriert hat und an denen sie schliesslich zugrunde gegangen ist.

Die Tschechen, durch die Jahrhunderte Verschwörer und Rebellen gegen die zentralisierenden und germanisierenden Tendenzen der Habsburger, sehen sich jetzt einem Regime gegenüber, an dem gemessen selbst die schlimmsten Wiener Regierungen als mild-väterlich erscheinen. Ist schon der deutsche "Vollbürger" von heute nur ein elender Untertan mit vielen Pflichten aber ohne Rechte, so steht der tschechische Protektoratsangehörige noch eine Stufe unter ihm. Er nimmt zwischen dem Deutschen und dem Juden, dem Paria des Hitlerstaates eine Mittelstellung ein. In diese Rolle ist er hineingezwungen worden ausschliesslich durch die Gewalt eines fremden Volkes, in dem er schon seit Jahrhunderten seinen Bedrucker gesehen hat.

Kann man noch von den Sudetendeutschen, ja selbst von den Oesterreichern behaupten, dass ein erheblicher Teil von ihnen die Einverleibung in das Dritte Reich gewollt hat, so gibt es keinen einzigen Tschechen, von dem man dasselbe sagen könnte. Die Machthaber des Dritten Reiches stehen hier vor einer geschlossenen Masse von 7 Millionen Menschen, die von tödlicher Feindschaft gegen sie erfüllt sind. Das bedeutet eine enorme Verstärkung der Opposition innerhalb der Grenzen des grossdeutschen Reiches.

Eine oppositionelle Geschlossenheit wie diese hat es bisher in keinem Teil des Reiches gegeben - selbst Städte wie Hamburg nicht ausgenommen. Unter den Tschechen gibt es Kreise, Gesellschaften, in die einzudringen für den Fremden ganz unmöglich ist. Es wird der Gestapo nicht gelingen, soviel des Tschechischen kundige Agenten aufzutreiben wie sie brauchen würde, um ihre Aufgabe auch nur einigermaßen so wie im deutschen Sprachgebiet zu erfüllen. Für sie wird das tschechische Volk ein Geheimbund bleiben, der eine ihr unverständliche Sprache spricht. Es mag gelingen, in Böhmen und Mähren für einige Zeit eine Art von Kirchhofsruhe herzustellen, aber nie, solange der gegenwärtige Zustand fortbesteht, wird das tschechische Volk aufhören, für Deutschland ein "innerer Feind" zu sein. Auch die grösste, öffentlich zur Schau getragene Unterwürfigkeit der im Lande verbliebenen Repräsentanten des Volkes wird an diesem Zustand nichts ändern.

Die Annexion der Tschecho-Slowakei hat aber auch noch eine andere Wirkung. Sie führt Teile des alten Vorkriegs-Oesterreich, die seit zwanzig Jahren auseinandergerissen waren, wieder zusammen. Reichenberg, Brünn, Graz, Innsbruck, Pilsen, Linz, Prag und Wien gehören zu einem einheitlichen Reichsgebiet und stehen nun alle unter der Herrschaft Berlins. Hitler hat ausgeführt, was Wilhelm I. im Jahre 1866 nach Königgrätz wollte und was zu tun Bismarck in der historischen Szene von Nikolsburg unter Wutanfällen (man erzählt von abgebrochenen Türklinken und zertrümmertem Teegeschirr) sich weigerte.

Bismarck war der Meinung, dass ein von Preussen geführtes Reich nur möglich sei, wenn Oesterreich aus dem Reichsverband ausschied. War das richtig, dann liegt der Gedanke nahe, dass Hitler durch die Annexion Oesterreichs und der Tschecho-Slowakei die Sprengmine in das eigene Haus gelegt hat. Und in der Tat spricht mancherlei für diese Auffassung.

Die Beziehungen zwischen den deutschen und den tschechischen Bewohnern des alten kaiserlichen Oesterreichs waren nicht nur feindselige. Neben Kampf und Misstrauen gab es auch viel Gemeinsames: in der katholischen Religion, dem gemeinsam erlebten geschichtlichen Schicksal, dem gesamten Lebenszuschnitt, oft auch im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind. Dazu kamen seit 1890 die internationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse, ihr Kampf gegen den habsburgischen Halbabsolutismus und für das allgemeine Wahlrecht. Die Führer der demokratischen Partei der Jungtschechen genossen nicht nur bei den Tschechen, sondern auch bei den freiheitlich gesinnten Deutschen Volkstümlichkeit.

Wer diesen Teil der österreichischen Geschichte kennt, dem ist es nicht schwer, sich vorzustellen, dass eines Tages Oesterreich und die Tschechoslowakei, Wien und Prag eine revolutionäre Einheit gegen Berlin bilden könnten, die umso gefährlicher wäre, als auch in anderen Teilen des Reiches, wie in Bayern und im Rheinland, unterirdische Gegentendenzen gegen den überspannten Zentralismus des Dritten Reiches zu spüren sind.

So ist das Dritte Reich durch die Annektion Oesterreichs und der Tschechoslowakei zwar nach aussen gewaltig erstarkt, es ist aber auch nach innen brüchiger geworden. Es hat im Endergebnis ein Plus des materiellen Kriegspotentials, aber ein Minus des moralischen zu verzeichnen.

Die Judenfrage

- - - - -

Zur Tschechenfrage und, wenn man so sagen darf, zur Oesterreicherfrage gesellt sich nun auch die Judenfrage. Es ist schon auf die eigentümliche Tatsache hingewiesen worden, dass Hitler durch seine Annektionen binnen zwölf Monaten viel mehr Juden ins Reich hereingenommen hat, als er in sechs Jahren aus ihm vertreiben konnte. Im alten Oesterreich waren die Juden viel zahlreicher, sie waren in den akademischen Berufen, in Handel und Industrie und in allen Zweigen des öffentlichen Lebens viel stärker vertreten als im Deutschen Reich. Ihre plötzliche Ausschaltung kann -abgesehen von der moralischen Seite der Angelegenheit- nur 2 Folgen haben: ein Ansteigen des Pauperismus auf der einen Seite und eine schwere Desorganisation in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft auf der anderen. Schon in Wien hat die

plötzliche Entfernung unzähliger Aerzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Lehrer, Fabrik- und Bankdirektoren usw. ohne geeigneten Ersatz zu ungeheuerlichen Zuständen geführt. Wenn dieser Kurs nun in der bisherigen Tschecho-Slowakei fortgeführt wird und daneben noch -wie in Oesterreich auch- zahlreiche Kaltstellungen wegen politischer Unzuverlässigkeit erfolgen, so lässt sich gar nicht absehen, welcher Grad der Verwirrung damit erreicht werden wird.

Der Schaden, der durch die Judenverfolgung angerichtet wird, trifft also nicht die Juden allein, sondern er trifft auch die Allgemeinheit. Er trifft aber ausserdem auch das Deutschtum, denn innerhalb des bunten Völkergemisches der k.k. Monarchie hatten sich die meisten Juden zur deutschen Sprache und Kultur bekannt, viele hatten sich als leidenschaftliche Kämpfer für das Deutschtum, gegen das Slawentum betätigt. Deutsche Institutionen -Schulen, Theater, Zeitungen usw.- konnten nur dadurch erhalten werden, dass sich neben den deutschen "Ariern" auch die deutschen Juden mit allen Kräften für sie einsetzten. Sie waren wertvoll, solange sich die Stellung des Deutschtums auf den Erwerb und die Erhaltung von Sympathien gründete. Sie gelten als überflüssig, ja als schädlich, seit sich die Stellung des Deutschtums nicht mehr auf Freiwilligkeit gründet, sondern auf schärfsten Zwang und einschüchternde Gewalt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Judenverfolgung in den annektierten Ländern ungeheueren Schaden anrichtet und dass dieser Schaden mehr noch als die nichtdeutschen Landesbewohner die Deutschen selber trifft. Mit den Annektionen ist aber auch das Judenproblem noch unlösbarer geworden als es schon vordem war, denn es ist nicht zu erwarten, dass neben den reichsdeutschen Juden auch die österreichischen und die tschecho-slowakischen Juden allesamt Aufnahme in fremden Ländern finden könnten. Hitler wird die Juden seines grossdeutschen Reiches niemals loswerden, sondern höchstens die tatkräftigsten und wertvollsten Elemente unter ihnen aus dem Lande treiben. Er wird aber durch die dauernde Verfolgung dieser unglücklichen, ihm wehrlos preisgegebenen Menschen in der Welt immer neuen Hass gegen sein System und leider auch gegen das deutsche Volk säen, das man für seine Taten mitverantwortlich macht.

3. Die Wirkung nach aussen

Das Belgien des zweiten Weltkriegs

Die Vernichtung der Tschechoslowakischen Republik durch das Dritte Reich wird auf lange Zeit hinaus ein wichtiges Ereignis der Geschichte bleiben und ihre Wirkung wird sich weit in die Zukunft erstrecken. Sie bedeutet auf alle Fälle einen Anfang - sei es der Beherrschung Europas durch Hitler, sei es vom Ende des Dritten Reiches. Je nachdem, wie sich die aussenpolitische Entwicklung gestaltet, wird die Wirkung nach innen verlangsamt oder beschleunigt werden.

Bisher ist es noch immer so gewesen, dass jeder Gewalttat der Angreiferstaaten ein Sturm der öffentlichen Meinung in der Welt folgte. Aber dieser Sturm ebte nach einiger Zeit ab, ohne irgendwelche sichtbaren Spuren zu hinterlassen; die von den Angreifern geschaffenen neuen Tatsachen aber blieben bestehen.

Mit demselben Ablauf der Dinge rechnet Hitler wahrscheinlich auch diesmal. Anders könnte es nur sein, wenn er den Ausbruch des Krieges als unmittelbar bevorstehend angenommen und sich durch die Annexion der Tschecho-Slowakei gleichsam noch vor Torschluss eine bessere strategische Situation hätte sichern wollen.

Augenblicklich kann nur festgestellt werden, dass die Wirkung ungewöhnlich heftig ist und an Tiefe und Breite alle Erwartungen übertrifft.

Der Einmarsch in die Tschecho-Slowakei erinnert in vieler Beziehung an den Einmarsch in Belgien.

Hielt der deutsche Generalstab an dem Schlieffenplan fest, so war der Einmarsch in Belgien eine militärische Notwendigkeit. Er war aber auch, wie sich mit der Zeit herausstellte, ein entscheidender politischer Fehler, denn das kleine Belgien, das unter Verletzung feierlich verbriefter Rechte überfallen wurde, war von da ab die gefeierte Märtyrernation der Welt - Deutschland erschien dagegen als die Verkörperung der blutigen, alle Rechte in den Boden tretenden Gewalt. Mit dem Einmarsch in Belgien entfesselte Deutschland moralische Kräfte, die für seine Niederlage entscheidend wurden.

Dabei war immerhin schon Krieg, der belgische Neutralitätsvertrag stammte aus dem Jahre 1839 und war in dem Bewusstsein der Völker lange nicht so lebendig wie das eben erst abgeschlossene Münchner Abkommen. Die stammelnde Entschuldigung, die Bethmann am 4. August 1914 im Reichstag für den Einmarsch in Belgien vorbrachte - "Not kennt kein Gebot" - war eine durchschlagende Rechtfertigung im Verhältnis zu der "Begründung", mit der Hitler seinen Einmarsch in die Tschechoslowakei versehen hat.

Dass die Tschechen - obwohl sie als Kulturnation jeder anderen ebenbürtig sind und obwohl ihr Staat einer der freiesten der Welt war - in der Behandlung ihrer nichttschechischen Mitbürger Fehler gemacht haben, ist unbestreitbar. Diese Fehler wirkten in einem früheren Zeitabschnitt gegen sie. Heute gehören sie nicht nur der Vergangenheit an, sondern sind gegenüber dem, was den Tschechen selbst angetan wurde, bedeutungslos. Heute, wo die Tschechen auf ihrem eigenen Grund und Boden rechtlose Untertanen einer fremden Macht sind, wird erst ganz klar, wie frei die Deutschen als gleichberechtigte Bürger einer demokratischen Republik in der Tschechoslowakei waren. Der geschichtliche Ruhm, der der Weimarer Republik versagt blieb, weil sie in sich selbst zusammenbrach, wird dem durch äussere Gewalt vernichteten Staat Masaryks in reichem Masse zuteil werden, und wie einst dem vergewaltigten Belgien, werden sich die Sympathien der Welt ihm zuwenden.

Panslawismus gegen Alldeutschum

Durch die Annexion der Tschecho-Slowakei hat Hitler aber auch noch eine andere Macht gegen sich aufgerufen, die des Panslawismus. Als eine alle slawischen Völker umfassende Nationalbewegung hat sich der Panslawismus vor dem Weltkrieg und während seiner Dauer dem Alldeutschum entgegengestellt. Er hat das zaristische Russland zum Verbündeten und Beschützer des kleinen Serbien gemacht, er hat die tschechischen Soldaten aus den Schützengräben der Mittelmächte in die der Entente geführt, er hat das alte Oesterreich unterminiert und dadurch zur Niederlage Deutschlands Entscheidendes beigetragen. Indem das Alldeutschum einer slawischen Nation den Fuss auf den Nacken setzt, ruft es den Panslawismus auf den Plan.

Am bewusstesten ist dieser Panslawismus in Jugoslawien vorhanden, wo eine kräftige Bewegung für das unterdrückte Brudervolk sofort begonnen hat. Am weitesten von ihm war bisher Polen entfernt, das nicht nur mit den Deutschen, sondern auch mit zwei slawischen Nachbarn in Streit lebte, den Tschechen und den Russen. Jetzt ist durch die Annexion der Tschecho-Slowakei das Ueberwiegen der deutschen Gefahr stark unterstrichen worden, und die Bewegung, die zum Anschluss an die Gegner des Dritten Reiches drängt, erhält einen kräftigen Antrieb.

Sowjetrussland hat; wenn man Stalin in seiner Parteitage Rede glauben darf, die Gefahr der Karpatho-Ukraine nie hoch eingeschätzt. Heute ist der Versuch, das kleine Land zu einem ukrainischen Piemont zu entwickeln, wenn nicht aufgegeben, so doch zurückgestellt. Man hat der Karpatho-Ukraine nicht einmal den Schatten einer nationalen Selbständigkeit gelassen, den sie brauchte, um die ihr zugedachte Rolle spielen zu können, sondern man hat sie den Magyaren ausgeliefert und damit einen Fall mehr geschaffen, in dem ein slawisches Volk unter die Herrschaft einer fremden Macht gestellt ist.

Die Annexion der Tschecho-Slowakei hat Sowjetrussland aus einer lange beobachteten und viel bemerkten Reserve herausgelockt. In der Note, mit der Litwinow der Annexion die Anerkennung verweigert, werden wieder Töne angeschlagen, wie man sie seit langer Zeit - auch auf dem letzten bolschewistischen Parteitag - nicht mehr gehört hat. Es zeigen sich also Ansätze einer Tendenz, die dahingeht, alle slawischen Staaten, trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Regierungssysteme und Interessen in eine gemeinsame Front gegen die Unterdrückter der Tschechoslowakei zusammenzuführen.

Weltblock gegen Angreifer ?

Vor einigen Wochen begann eine Schrift des Journalisten Clarence K. Streit in Amerika Aufsehen zu erregen. Streit, ein langjähriger Vertreter amerikanischer Blätter in Genf, entwickelte in dieser Schrift den Vorschlag, einen Weltblock gegen die Angreiferstaaten zu schaffen, der folgende Staaten umfassen sollte: die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien, Frankreich, Canada, Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union, Dänemark, Irland, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden, Finnland und die Schweiz. Diese

Union sollte ein Gebiet des freien Wirtschaftsverkehrs von Land zu Land bilden und sich auf eine gemeinsame Verteidigung vorbereiten. Vorbedingung für die Zugehörigkeit zu diesem neuen Bund sollte die Anerkennung der Menschenrechte, die Freiheit der Rede, der Presse und des Gewissens sein.

Die Schrift Streits wurde viel besprochen, aber so gut wie allgemein als utopistisch abgetan. Jetzt unternimmt die englische Regierung überall Sondierungen zur Vorbereitung einer Verteidigungsfront, deren Konstruktion von dem Streitschen Vorschlag keineswegs allzuweit entfernt ist. Man erinnert sich, dass selbst Anthony Eden, als er noch Minister war, vor der Bildung "ideologischer" Fronten gewarnt hat. Heute scheint die Erkenntnis allgemein, dass es sich nicht um die Bildung "ideologischer" Fronten handelt, sondern um die Bildung einer Front zur Verteidigung gegen eine rohe Gewalt, die in ihrer Willkür und ihrer Angriffslust keine Grenzen kennt.

Ob diese Erkenntnis von Dauer sein wird und ob aus ihr praktische Konsequenzen gezogen werden, oder ob sie ohne Konsequenzen bleiben und selbst mit der Zeit wieder verdunkelt werden wird, muss die Zukunft zeigen. Auf alle Fälle lehrt der bisherige Verlauf der Dinge, dass jedes Dulden von Unrecht und Gewalt neues Unrecht und neue Gewalttat verursacht, so dass schliesslich der Punkt erreicht werden muss, an dem mit unentrinnbarer Folgerichtigkeit der Zusammenstoss erfolgt. Friedrich Schiller, der die berühmten Worte schrieb: "Eine Grenze hat Tyrannenmacht", war nicht nur Dichter, sondern auch Historiker.

- - - - -

II. Die Tschechoslowakei von innen gesehen

1) Tschechen und Slowaken

Zwei Prinzipien kämpften bei der Schaffung der tschechoslowakischen Republik miteinander: das historische und das ethnologische.

Es mochte die Schöpfer des neuen Staates reizen, die "historischen" Gebiete von Böhmen, Mähren und Schlesien, wie sie unter der österreichischen Kaiserkrone vereinigt waren, ohne Gebietsverluste für die neugegründete Republik zu sichern und im Sinne der mit den amerikanischen Landsleuten getroffenen Vereinbarungen auch die bisher der ungarischen Stefanskronen unterstehenden Slowaken und Ruthenen zu befreien. Vom politischen Standpunkt aus war indessen diese Verbindung ein Fehler, wie sich später auf das deutlichste erweisen sollte. Denn es waren zwei Welten, die hier in einen Staatsverband zusammengedrängt wurden und neben- und miteinander leben sollten. Der "historische" Teil der Republik hatte Anteil genommen an dem ungeheuren kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahrhunderts, war zu einem integrierenden Bestandteil des europäischen Kulturlebens geworden. Der slowakische und gar der ruthenische Teil aber lebten in einem Kulturkreis, der sich kaum allzu sehr von jenem des Ausgangs des achtzehnten Jahrhunderts unterschied. Dort trotz aller nationalen Benachteiligung durch die Monarchie ein ausgebauten Schulwesen, eine hochstehende nationale Literatur und Kunst, hier der schwärzeste Analphabetismus, ja kaum eine wirklich vorhandene Muttersprache; die musste erst in mühevoller Arbeit im neugewonnenen Staate gesucht und geschaffen werden. Hatten die Ideen eines Herder sogleich Eingang gefunden im geistig aufgeschlossenen Gebiete Böhmens mit seinen alten Kulturfundamenten, die auf einem reichen Erbe ruhten noch von des Comenius Zeiten her, dem tschechischen Volke vermittelt durch die nationalen Aufklärer Rieger und Palacky, so lebte der slowakische Zweig durch die Jahrhunderte im tiefsten nationalen Dunkel. Entfalteten um die Jahrhundertwende die historischen Gebiete ein äusserst lebhaftes politisches Leben - im vergangenen Jahre hat die tschechische Sozialdemokratie die Feier ihres sechszigjährigen Bestandes begangen - gab es hief schon in den Sechzigerjahren in Verbindung mit der österreichischen Arbeiterbewegung die ersten Ansätze eines Kampfes um den sozialpoliti-

schen Schutz der Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung eines entsprechenden Lohnniveaus, aber auch nach nationaler und politischer Gleichberechtigung, so bot der ungarische Absolutismus den Slowaken keinerlei Raum für solche Bestrebungen.

Dazu kam, dass die böhmischen Gebiete nicht nur stärksten Anteil nehmen am industriellen Aufschwung der cisleithanischen Hälfte der Monarchie, sondern geradezu führend wurden in der Schaffung einer Grossindustrie. Wirtschaftlich waren hier die besten Voraussetzungen gegeben: die Steinkohlenbasis des Ostrauer und Karwiner Beckens im nordostmährischen und ostschlesischen Gebiet führte schon vor mehr als hundert Jahren zur Gründung der Witkowitz Kohlenbergbau- und Eisenwerksgesellschaft, die sich im Besitz der Rothschild und Guttman erhielt und mit ihren zuletzt 22.000 Arbeitern zum grössten schwerindustriellen Betrieb der Republik überhaupt wurde. In Nordwestböhmen wieder entstand im Gebiete zwischen Eger und Aussig, aufgebaut auf den Braunkohlenlagern, eine reiche Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie, der sich im Laufe der Zeit die Maschinenindustrie als Hilfsindustrie für die Ergänzung und Erhaltung des Maschinenparks dieser Hauptindustrien angliederte. Der natürliche Flusslauf der Elbe wieder bewirkte die Ansiedlung einer typischen Exportindustrie, nämlich von Zuckerfabriken, welche ihre Produkte direkt in die Elbkähne verluden und auf dem billigsten Wege nach Deutschland und England schafften. In Nordböhmen, im Gebiete von Reichenberg und Tanenwald entstand unter Ausnützung der Not der dortigen Gebirgsbevölkerung bei niedrigsten Löhnen die Textilindustrie, welche die ganze Monarchie mit ihren Produkten, vor allem mit Tuch, aber auch mit Baumwollwaren, versorgte. Die Wasserkraft der Gebirgsbäche diente der Anlage von Manufakturen der Glasindustrie, welche auch die Heimarbeit zu Hilfe nahm: die weltberühmte Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie nahm hier ihren Anfang. Später wurden die Steinkohlenlager von Kladno und Rakonitz-Pilsen ausgenutzt und Industriekolosse, wie die Skodawerke, die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und die Poldihütte wurden gegründet und ausgebaut, mit ihren Produkten sehr rasch Weltruhm erringend. Auch nach Prag selbst griff die Industrialisierung über, die Böhmischo-mährische Maschinenfabrik, welche nach dem Kriege die vordem weltberühmten Breitfeld-Danek und Rustonwerke ebenso wie die Firma Kolben aufsaugte, begründete hier eine Industriele Tradition, welcher sich die Ringhofferwerke anschlossen. Man hat

es sich allzu sehr angewöhnt, die Skodawerke nur vom Aspekt der Rüstungsproduktion zu betrachten. Nicht minder bedeutend aber war ihre Friedensproduktion. Kaum eine Zuckerfabrik in England und Irland, die nicht von Skoda eingerichtet wäre. Ihre Lokomotiven laufen über alle Kontinente, in Südafrika sowohl wie in China und Iran, Indien und Aegypten, ebenso wie die Waggonen von Ringhoffer. Die grössten Schiffe der Welt, wie die "Normandie" sind mit Schiffsschrauben und Steven von Skoda ausgerüstet, Poldistahl wird in Motoren von Rolls Royce, Isotta Fraschini und Hispano-Suiza verwendet, grosse Generatoren und elektrotechnische Maschinen der Böhmischo-Mährischen Maschinenfabrik oder der Skodawerke sind überall zu finden, wo es Maschinenanlagen aufzustellen galt, von Island bis Australien, vom Kongo nach Sibirien. So kam der intelligente tschechische Arbeiter in der ganzen Welt herum und kaum ein Staat, wo sich nicht auch Tschechen befanden. Als Monteure, als Handwerker, als Geschäftsleute, sind sie überall zu Kolonien zusammengeschlossen und in den Vereinigten Staaten gibt es ihrer nicht weniger als eineinhalb Millionen, in Frankreich 45.000, in der Schweiz 4.000, nicht weniger in England, während ihre Zahl in Russland in die hunderttausende geht. Insgesamt rechnet man die Zahl der Auslands-Tschechen und Slowaken mit etwas über fünf Millionen, das sind nahezu 50% der im Mutterlande wohnenden.

Gegenüber dieser weitgehenden Industrialisierung der böhmischen Gebiete blieb die Slowakei weit zurück. Einen einzigen Grossbetrieb hatte die ungarische Regierung hier errichtet: die staatlichen Eisenwerke von Podbrezova, die sich auf die Eisenerzvorkommen von Rudnik und Zeleznik stützten, welche man in Tisovec verhäutete. Dann gab es noch die Kohlengruben von Handlova, kleinere Gold-, Silber-, Kupfer- und Antimongruben in der Zentral- und Ostslowakei sowie einige Textilfabriken und die staatliche Münze in Kremnitz (im Anschluss an die Goldgewinnung von Schemnitz, die aber bei weitem nicht ausreichte) und schliesslich eine schwach entwickelte Emailindustrie. Der Lebensstandard des slowakischen Arbeiters war immer tief unter jenem des Industriearbeiters aus den historischen Ländern, damit aber auch sein geistiger Horizont und sein kulturelles Interesse. Der landwirtschaftliche Arbeiter gar, dessen Los auch in den böhmischen Gebieten kein beneidenswertes zu nennen war, lebte auf einer Stufe, die ihn zur befürchteten Lohndrucker seiner Arbeitskollegen in Oesterreich

und Deutschland, später auch in Böhmen, ja selbst in Ungarn machte.

Noch schlimmer war die Lage des karpatorussischen Waldarbeiters, der beinahe wie ein Höriger oder Leibeigener auf den Latifundien der Grafen Schönborn sein Leben fristete - nach vollzogener Bodenreform war es die Wald- und Forstgesellschaft Latorica, wo schweizer Kapital eine hervorragende Rolle spielte, ohne dass die Unterdrückung gemildert worden wäre - und für den ein Barbetrag von fünf Kronen, 15 amerikanische Cents, ein beinahe unvorstellbares Vermögen bedeutete. Iwán Olbracht, einer der bedeutendsten neuzeitlichen tschechischen Schriftsteller, hat Leben und Not dieser Menschen besonders in seinem Räuberroman "Nikola Schuhaj" auf das lebendigste geschildert.

Nur zur Illustration, wie verheerend die Nähe des sozial rückständigen ungarischen Gebietes auf das ganze Lebensniveau der slowakischen Arbeiter wirkte, ein Beispiel aus dem grossen, etwa 2.500 Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder beschäftigenden Emailwerk Sphinx in Filakovo, das nach dem September von Ungarn besetzt wurde. Hier waren allen gesetzlichen Vorschriften zum Trotz hunderte magyarische Schulkinder - aus Ungarn über die Grenze gekommen! - unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen zehn Stunden und mehr im Tag beschäftigt, wobei ihr Tagesverdienst 1 bis 2 Kronen, 3 bis 6 Cents, betrug. Dazu erhielten sie eine unzureichende Kost und schliefen ohne Unterschied des Geschlechtes in elenden Baracken auf dem Fussboden. Für die Arbeiterschaft der übrigen Emailwerke sowohl in der Slowakei wie in den historischen Ländern bildeten diese unvorstellbaren Arbeitsbedingungen eine äusserst schädliche Konkurrenz, der sie mit allen möglichen Mitteln entgegentrat, sogar unter Anrufung des Eisenbahnministeriums, damit es Dumpingtarife gegen dieses Werk einführe, was zeitweise auch geschah. Alle Versuche scheiterten aber bis in die letzte Zeit an der Indolenz der in Betracht kommenden Arbeiterschichten, die vielfach dem Alkohol ergeben, nur ganz geringe Lebensansprüche stellten, hie und da zwar unter gewerkschaftlicher Führung zu einem Besserungsversuch ansetzten, ohne jedoch die Entschlusskraft zu haben, in ihm auszuharren, wenn er nicht sofort zur Erfüllung der immer übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen führte. Ein systematischer Kampf um die Einführung geregelter Arbeits- und Lohnverhältnisse war in diesen Gebieten völlig undenkbar. Am besten wird man diese Situation verstehen, wenn man Engels

"Lage der arbeitenden Klassen in England" am Anbeginn der englischen Industrialisierung liest.

Diese zwei völlig heterogenen Elemente, diese absolut verschiedenen Kultur- und Lebenskreise waren nun in einem Staate vereinigt. Man darf heute ruhig zugeben, dass das Experiment, in zwei oder drei Jahrzehnten Entwicklungsstufen von einigen Jahrhunderten überspringen zu wollen, gescheitert ist. Gerade diese Verschiedenartigkeit aber sollte sich später als das entscheidende Dynamit erweisen, welches den Staat in seinem Gefüge zersprengte. Es war wohl nicht absolut das wirtschaftliche Moment, das hier die grösste Rolle spielte. Schliesslich ist der Unterschied zwischen einem relativ gutbezahlten Qualitätsarbeiter und einem Bankdirektor mindestens so gross wie der im Vorstehenden geschilderte Unterschied der Lebenslage der breiten Masse in den historischen Ländern und in der Slowakei oder in Karpatorussland. Die Gefahr lag vielmehr in der Ableitung des sozialen Interesses zum nationalen, weil hier nicht das individuelle Privileg, sondern der offensichtliche wirtschaftliche Vorteil eines Ganzen in Erscheinung trat, zum zweiten aber auf moralischem Gebiete, indem bei gewissen Teilen des slowakischen Stammes durch die jahrhundertelange Unterdrückung alle typischen schlechten Eigenschaften des Sklavensinnes gezüchtet worden waren: Verschlagenheit, Falschheit, Hang zum Betrug, zu leichtem Gewinn ohne eigene Arbeit.

Die historischen Länder schöpften besonders in der ersten Nachkriegskonjunktur aus dem Vollen. Die Ueberschüsse der Zuckerproduktion erwiesen sich als "weisses Gold", das auf den Weltmärkten mit grossem Gewinn abgesetzt werden konnte, ebenso wie das "schwarze Gold" der Kohle, die um teures Geld nach Oesterreich und in die benachbarten Gebiete Deutschlands exportiert wurde, welches unter seiner durch ständige innerpolitische Wirren bewirkten Produktionszerüttung litt. Textilwaren und Glas wurden ausgeführt, Maschinen und Eisen, später, als Bata festen Fuss fasste, auch Schuhe. Ausfuhrüberschüsse von zwanzig Milliarden Kronen im Jahre wurden nahezu zur Selbstverständlichkeit, die Arbeiter verdienten, die Republik investierte aus dem Goldstrom, der für die geleistete Arbeit ins Land floss.

Wie und wo investierte sie? Sie hat sich nicht darauf eingelassen, Prunkgebäude zu errichten. Erst langsam und im Laufe der späteren

Jahre ging man daran, Ministerialgebäude zu errichten, die bescheidener sein konnten, ohne dass sie freilich jemals die Ausmasse gewisser Reichskanzleien erreicht hätten. Besass doch die Tschechoslowakei bis in die letzten Tage ihres Bestehens nicht einmal ein eigenes Parlamentsgebäude und brachte ihre Abgeordnetenversammlung in einem Hause unter, welches vordem als Gemäldegalerie gedient hatte, ihren Senat in den völlig unzweckmässigen alten Räumen des früheren böhmischen Landtages, der infolge der deutschen Obstruktion jahrelang nicht zusammengetreten war. Nein, die Republik Masaryks blieb den Ideen getreu, aus denen heraus sie entstanden war. Es wird ein bleibender Stolz dieses nicht nur um seine wirtschaftliche, sondern auch um seine geistige Freiheit ringenden Volkes bleiben, dass es in erster Linie daran ging, sein Schulwesen in Ordnung zu bringen. Wo immer man heute in ein Dorf des ehemaligen tschechoslowakischen Staatsgebietes kommt, stets wird es die Schule sein, die das schönste Gebäude des Ortes darstellt. Es ist daraus viel böses Blut erwachsen. Denn der wiedergewonnene und erstarkte nationale Geist trug natürlich das Bildungsbewusstsein in erster Linie in die national bedrohten Gebiete. So entstanden mächtige Schulgebäude, Volksschulen, Bürgerschulen, Mittelschulen aller Art vor allem in den gemischtsprachigen Randbezirken. Man hat daraus den Vorwurf konstruiert, als ob damit gewaltsame Entnationalisierungstendenzen verbunden gewesen wären. Jede Schulstatistik der Tschechoslowakei beweist indessen, dass der Schulanteil der verschiedenen Nationen, welche den gemeinsamen Staat bewohnten, ein gleichmässiger war und dass, wenn zunächst mehr tschechische als deutsche Schulen gebaut wurden, damit nur der unbestreitbare Vorsprung des deutschen Schulwesens aus der Monarchie ausgeglichen werden sollte. Später sind auch viele neue und moderne deutsche Schulen gebaut worden. Uebrigens hat die Republik nie das deutsche Uebergewicht auf dem Gebiete des technischen Schulwesens beseitigt - obwohl es nicht an chauvinistischen Versuchen dazu gefehlt hat, die aber von den meist sozialistischen Schulministern immer abgewehrt wurden - und das besonders darin zum Ausdruck kam, dass die Deutschen zwei technische Hochschulen, eine in Prag und eine in Brünn hatten, während die Tschechen nur über eine in Prag verfügten. Dieser Zustand dauert auch heute noch an, obwohl über zehn Millionen Tschechen und Slowaken nur rund 400.000 Deutsche gegenüberstehen.

Zur kulturellen Grosstat steigerte sich aber die tschechoslowakische

Nationalpolitik in der Slowakei. Hier musste ja nachgeholt werden, was in den vorhergehenden Jahrzehnten versäumt worden war. Die österreichische Hälfte der Monarchie war mit ihrem Völkergemisch -Deutsche, Tschechen, Polen, Italiener, Bosnier, Dalmatiner, Kroaten, Slowenen, unter denen die Deutschen in der Minderheit waren- nach dem Erwachen des Nationalbewusstseins der in ihr vereinigten Völker nie mehr in der Lage gewesen, deren nationale Entwicklung zu hemmen. An Versuchen dazu hat es ja nie gefehlt, aber sie gingen immer mehr von den peripheren Elementen aus -zum Beispiel sehr stark von den Sudetendeutschen- als von der Zentralregierung. Uebrigens war diese labile Nationalpolitik nicht unwesentlicher Bestandteil des "divide et impera", aus dem nämlich die ganze österreichische Regierungskunst bestand. Das nationale Dasein des tschechischen Volkes war schon auch im Rahmen der Monarchie gesichert und es spricht ja übrigens für die unbesiegbare Vitalität dieses am weitesten nach Westen vorgeschobenen Zweiges der germanischen Rasse, dass er, eingeklammert in die Zange der ihn umgebenden germanischen Völkerschaften, seine Eigenart durch mehr als ein volles Jahrtausend zu bewahren vermochte.

Ganz anders die Slowaken. Sie, die den gewalttätigen Entnationalisierungsmassnahmen der magyarischen Gentry ausgesetzt waren, fanden als Volk trotz der gemeinsamen Grenze mit den tschechischen Volksmassen, die noch durch den Uebergang über jenes mährisch-slowakische Gebiet, dem Masaryk entstammte, erleichtert war, keine Beziehungen, welche in den tschechischen Kulturkreis hineingereicht hätten. Aber gab es auch da verschiedentliche Versuche, die beiden Stämme näher aneinander zu bringen und Masaryk selbst war einer der Vorläufer der engeren Geistes-, und man darf sagen, auch Sprachgemeinschaft. Der grosse nationale Dichter der Slowaken, Kollar, ward sich seiner slawischen Gesängen der Zusammengehörigkeit von Tschechen und Slowaken wohl bewusst und suchte den Weg über die Beskiden und die weissen Karpathen hinüber in das mährische und böhmische Land. Auch ist diese Gemeinschaft nie über enge literarische Zirkel hinausgediehen und war beispielsweise sicherlich loser als jene der tschechischen Literatur mit den Russen, ja selbst mit den Serben und Kroaten. Gab es schon bis zum Jahre 1914 keine weitreichenderen kulturellen Berührungspunkte, so schon gar nicht eine politische Zusammenarbeit. Erst während des Krieges, am 1. Mai 1918, erklärten in Bratislava Svety Mikulasch die unter Führung eines slowakischen li-

beralen Intellektuellen (Dr. Schrobar) und einiger der wenigen slowakischen Sozialdemokraten versammelten slowakischen Arbeiter, dass sie gewillt seien, gemeinsam mit ihren tschechischen Brüdern einen Staat aufzubauen. Ein Vergleich der politischen Reife der tschechischen und slowakischen Arbeiter ist aber zu diesem Zeitpunkt unmöglich: während jene als vollberechtigter Teil der tschechischen politischen Intelligenz aktivsten Anteil nehmen an der kurz darauf vorbereiteten Schaffung des Staates, sind diese vorläufig nur ein Objekt des politischen Geschehens, dem die politische Freiheit in den Schoß fällt als Geschenk, mit dem sie zunächst gar nichts anzufangen wissen. In Böhmen stehen Němec, ein Buchdrucker, Hebrman, ein Schreiner, Hampel, ein Metallarbeiter, Tusar, ein Handelsangestellter, Dr. Soukup, ein Jurist, an der Spitze der Arbeiterbewegung, in der Slowakei gibt es nur zwei Intellektuelle, die noch auf Jahre hinaus die einzigen Sprecher der slowakischen Arbeiter sein werden: Dr. Perer und Dr. Markowitsch, deren politische Bedeutung aber im Augenblick der Staatsgründung weit hinter jener der tschechischen Arbeiterführer zurücksteht.

2) Karpatorussland

In Karpatorussland, dem östlichsten Teil der Republik, der ebenfalls früher zu Ungarn gehört hatte, gab es zu jener Zeit überhaupt noch nichts, was mit der modernen Arbeiterbewegung verglichen werden konnte. Dabei erhielt dieses Gebiet schon durch den Friedensvertrag und auf Grund einer Abmachung zwischen Vertretern des ruthenischen Nationalrates in Amerika und den Vertretern der provisorischen tschechoslowakischen Nationalregierung ein Sonderstatut, wonach es als föderativer Bestandteil der Republik anerkannt wurde und die Autonomie mit eigenem Landtag und einem Gouverneur an der Spitze zubilligt erhielt. Freilich zeigte es sich bald, dass diese weitgehende Selbstverwaltung unmöglich war, da das Land nicht über die notwendigen Verwaltungskräfte verfügte, überdies auch durch nationale Spannungen zwischen Grossrussen und ruthenischen Ukrainern in der konstruktiven Arbeit stark behindert war. Auf die Grossrussen, welche den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung bildeten, reichere Bauern sowie einen Grossteil der Intelligenz stützte sich hier die im Staat herrschende Agrarpartei, während die Sozialdemokratie die

ukrainische Richtung vertrat, welcher das besitzlose Landproletariat, die Huzulen, angehörten. Einen starken Einfluss übten infolge der mangelhaften Schulung auch die Kommunisten aus und in der ersten Wahlperiode gelang es ihnen sogar, alle sechs Abgeordnetenmandate, welche das Land zu besetzen hatte, für sich zu gewinnen. Es bedurfte dann erst grosser Rechenkünste in Verbindung mit den Reststimmen aus den übrigen Teilen der Republik, um wenigstens ein Mandat für die Agrarpartei in Anspruch nehmen zu können.

Freilich kam dieser kommunistische Wahlerfolg auf sehr sonderbare Weise zustande, welche auch die Rückständigkeit der Bevölkerung dieser Gebiete veranschaulicht. Die Kommunisten beriefen nämlich ihre Wählerversammlungen in der Art ein, dass sie dort einen oder zwei "Landvermesser" vorstellten, welche mit den Leuten über die Felder gingen und für jeden jenes Stück Land absteckten, das er nach dem kommunistischen Wahlsieg erhalten sollte. Die Enttäuschung war natürlich gross, als durch die Bodenreform nur der geringste Teil der Illusionen erfüllt werden konnte. Bei den nächsten Wahlen gewannen daher wieder die Agrarier fünf Mandate, nachdem sie denselben Trick wiederholten, jedoch so, dass sie in den Versammlungen jedem Huzulen ein Paar Stiefel anmassen liessen, welche die Leute natürlich auch nie bekamen.

Hier musste also geistige Pionierarbeit im wahrsten Sinne des Wortes geleistet werden und erst allmählich konnte die Arbeiterbewegung teilweise in den schon einigermaßen industrialisierten Gegenden -hauptsächlich Forstwirtschaft und Sägereien, dann einige kleine Hüttenwerke und das grosse Salzbergwerk in Akna-Slatina- Fuss fassen, so dass sich ganz erfreuliche Ansätze einer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ergaben.

Das Schulwesen musste in diesem von den Ungarn völlig vernachlässigten Gebiet von Grund aus aufgebaut werden, wobei man sich freilich nicht nur auf russische und tschechische Schulen beschränken konnte, sondern auch magyarische, rumänische und jüdische Schulen einzurichten hatte, ja in der Hauptstadt Ungvar wurde sogar eine Zigeunerschule begründet, die ziemlich erfolgreich arbeitete. Nur die Ruthenen wurden auch hier stark benachteiligt, so dass sie ihre Kinder lieber in tschechische als in russische Schulen schickten.

3) Die Nationalitätenpolitik

Man kann nicht verhehlen, dass die erste Republik trotz aller demokratischen Grundsätze, welchen sie selbst in einer Zeit treu blieb, wo ringsum schon die Diktaturen herrschten, auch schwere Fehler in ihrer Nationalitätenpolitik begangen hat. Der Sozialdemokratie war es klar, dass man die 3 1/2 Millionen Deutschen, die 2 1/2 Millionen Slowaken und die 3/4 Millionen Ungarn nicht nur mit zentralistischen Methoden beherrschen konnte. Gerade die Tschechen, die jahrzehntelang gegen den österreichischen Zentralismus angekämpft hatten, mussten die verheerenden psychologischen Auswirkungen kennen, die ein solches Verwaltungssystem auf die Angehörigen anderer Nationen als der herrschenden ausübt. Trotz wiederholter Warnungen und nachdrücklichst erhobener Forderungen besonders der deutschen Sozialdemokratie, die ja eine eigene Partei bildete, konnte hier jedoch keine Aenderung erzielt werden. Die tschechische Sozialdemokratie beantragte sodann die Einrichtung eines Gausystems, welches die grossen Verwaltungseinheiten der Länder Böhmen, Mähren, Schlesien, Slowakei und Karpatorussland aufheben und durch 23 Gaue mit weitgehender Selbstverwaltung ersetzen sollte. Sogleich erhob sich jedoch ein heftiger Kampf um die Festlegung der Gaugrenzen, um eine nichttschechische Mehrheit zu verhindern. Hier wurde Nationalitätengeometrie übelerster Art getrieben und als schliesslich das Gesetz beschlossen war, welches zwei deutsche Gaue -Karlsbad und Böhmisches-Leipa- vorsah, in denen jedoch überall starke tschechische Minderheiten mitvertreten waren, während rund zwei Millionen Deutsche in die tschechischen Gaue einbezogen wurden, konnte es niemand befriedigen. Es wurde denn auch nie verwirklicht, obwohl eine so gestaltete vernünftige Dezentralisierung mit Gewährung entsprechender Autonomierechte an die deutsche Bevölkerung viel von jenen Schwierigkeiten hätte beseitigen können, die sich dann in den Jahren 1935 bis 1938 ergaben. Ja, trotz vieler Versprechungen waren die Deutschen nicht einmal in der Lage, eine eigene Schulautonomie zu erlangen, um ihr Schulwesen selbst verwalten zu können. Das einzige, wozu man sich herbeiliess, war die Schaffung einer deutschen Sektion bei den Landesschulräten von Böhmen und Mähren. Der 1925 bis 1929 regierende Bürgerblock setzte dann noch eine wesentlich verschlechterte Verwaltungsreform durch, welche die Selbstverwaltung in den Ländern und Bezirken praktisch aufhob und sie durch die von der Zentralregierung bestimmte Bürokratie er-

setzte. In die Landes- und Bezirksvertretungen wurden nur zwei Drittel der Vertreter von der Bürgerschaft gewählt, während das restliche Drittel von der Regierung aus "Fachleuten" ergänzt wurde. Praktisch wurde die Sache aber so gehandhabt, dass die bürgerlichen Vertretungen durch diese Ernennungen auf Kosten der Arbeiterschaft gestärkt wurden, so dass oft eine Mehrheitsvertretung der Arbeiter zur Minderheit wurde. Viel Schuld traf hier freilich die Kommunisten, mit denen leider während der ganzen Zeit des Bestehens der Republik keine Zusammenarbeit möglich war. Die Ernennungspraxis wandte sich hauptsächlich gegen sie sowie gegen die oppositionellen Deutschen, was natürlich keineswegs zur Beruhigung der nationalen Leidenschaften beitrug. Viel böses Blut schuf auch ein Ausspruch des ersten Finanzministers der Republik Raschin, welcher an die Adresse der Deutschen erklärte: "Mit Rebellen verhandeln wir nicht!", weil diese in den ersten Monaten des Bestehens der Republik bis zum 4. März 1919 auf einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche beharrten und eine eigene Landesregierung bildeten, die dann nach der Besetzung dieser Gebiete durch tschechoslowakische Truppen nach Dresden flüchtete. Die Nationaldemokraten, welchen Raschin angehörte, und an deren Spitze der zweifellos fähige, aber eigensinnige und in seiner Eigenliebe verletzten Kramarsch stand, verschärften dann diesen unvernünftigen Standpunkt noch durch die Erklärung: "Die Deutschen in die Regierung - wir in die Revolution!" Das hat freilich das tschechische Bürgertum nicht gehindert, nach der Niederlage der Sozialdemokratie im Jahre 1925 allsogleich die deutschen Agrarier und Christlichsozialen in die erste und einzige Bürgerblockregierung der ersten Republik aufzunehmen - unter Mitwirkung der Nationaldemokraten. Erst der Wahlsieg vom Jahre 1929 brachte dann auch die deutsche Sozialdemokratie in die Regierung, welcher sie bis Anfang 1938 ständig angehörte.

Objektiv ist zu sagen, dass trotz aller nationalen Differenzen die Sudetendeutschen nicht zu Deutschland wollten und wenn zwei Gebiete durch ihre ganze Wirtschaft, Kultur und Entwicklung zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweisst waren, so sind es eben die historischen Gebiete Böhmens und Mährens gewesen. Mit einer nur um etwas vernünftigeren Politik hätte man das Zusammengehörigkeitsgefühl dieser seit Jahrhunderten auf gemeinsamem Boden lebenden Völker so gestärkt, dass es vielleicht auch dem Ansturm der Nazi-Ideologie hätte widerstehen können, ähnlich wie ihm das Schweizer Volk widersteht.

Wahrscheinlich ist dies freilich bei der besonderen Geisteshaltung des sudetendeutschen Bürgertums, welches sich nie durch einen besonderen politischen Instinkt auszeichnete, nicht. Gemessen an der Lage der nationalen Minderheiten in anderen Ländern, so etwa in Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien oder Italien war das Schicksal des Sudetendeutschtums ein durchaus erträgliches und niemand behinderte es an seinem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg, dessen es auch in den zwanzig Jahren des Bestandes der Republik in weitgehendstem Masse teilhaft wurde.

4) Die Lage nach München

Das Münchner Verdikt hat die Republik in eine äusserst schwierige Lage gebracht. Die unter Führung des kurz vorher verstorbenen streitbaren Paters Hlinka stehende slowakische Volkspartei strebte nach der absoluten Autonomie der Slowakei im Rahmen der tschechoslowakischen Republik. Sie missbrauchte die aussenpolitischen Schwierigkeiten der Republik im September dazu, um in ultimativer Form diese Autonomie zu fordern und für sich den Führungsanspruch zu erheben, obwohl sie nie über ein Drittel der in der Slowakei abgegebenen Stimmen hinausgekommen war. Hatte Henlein in den Sudetengebieten noch wenigstens die Legitimation, für die Mehrheit der Sudetendeutschen sprechen zu können, so fehlte diese Voraussetzung der slowakischen Volkspartei überhaupt. Nach wie vor war die Mehrheit der Slowaken um die in der Regierung vertretenen tschechoslowakischen Parteien geschart - Agrarier, Sozialdemokraten, tschechische Sozialisten, Nationaldemokraten, Gewerbetreibende, ja selbst die katholische Volkspartei aus den historischen Ländern. Diese Parteigruppierungen vertraten rund 60% der slowakischen Bevölkerung, der Ministerpräsident Hodscha war selbst Slowake, zwei Slowaken, der Sozialdemokrat Markowitsch und der Volksparteiler Sivak, waren Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, der sozialdemokratische Justizminister Derer war ein Slowake, ebenso der Vorsitzende des Obersten Gerichtes Fajnar. Wiederholt hatte man auch der slowakischen Volkspartei den Eintritt in die Regierung angeboten. Immer lehnte sie ab und beharrte auf der "integralen Lösung" der vollständigen Autonomie, die für sie gleichbedeutend war mit der vollständigen Herrschaft über das slowakische Volk.

Mitten während der schicksalsschweren Müncher Verhandlungen kamen in der westslowakischen Stadt Sillein die Vertreter der führenden und verantwortlichen Agrarpartei, welchen sich später die tschechischen Sozialisten zugesellten, mit jenen der slowakischen Volkspartei zusammen und beschlossen dort, der Slowakei die langersehnte Autonomie zu gewähren. Die Sozialdemokratie schloss sich diesem Abkommen vom 6. Oktober 1938 an, ohne dass es ihr freilich gelungen wäre, dadurch noch einen Einfluss auf den Gang der Verhältnisse zu gewinnen. Allgemein herrschte damals in der Slowakei der Eindruck, dass die Prager Regierung -unter Syrový- den Kopf verloren und der slowakischen Volkspartei mehr gegeben habe, als man jemals verantworten könne. Die Agrarier spielten hier die Rolle Hugenbergs und hatten sich sofort auf die Seite der stärkeren Bataillone geschlagen in der Illusion, sie könnten das Rad, wenn nicht aufhalten, so doch auch für ihre eigene Fortbewegung benützen. Hierin sind sie natürlich schwer enttäuscht worden und die slowakische Volkspartei begann sich sogleich überall die notwendigen Machtpositionen zu schaffen. Allenthalben tauchten als Mittel der gewalttätigen Abschreckung die uniformierten Hlinkagarden auf, welche die widerspenstige Mehrheit der Bevölkerung terrorisierten, sich die Häuser der Arbeiter, aber auch der tschechischen Turner, der Sokoln, natürlich auch der Freimaurer aneigneten.

Alle politischen Parteien in der Slowakei wurden aufgelöst, darunter auch die Agrarpartei, selbstverständlich auch die Sozialdemokratie, was dann aufgrund des tschechoslowakischen Wahlgesetzes den Verlust der Parlamentsmandate aller betroffenen Parteien zur Folge hatte. Zugelassen war einzig die totalitäre slowakische Volkspartei, deren Wünschen und Befehlen sich alle zu unterordnen hatten. Die Wahlausschreibung in den gesetzgebenden slowakischen Landtag erfolgte so, dass in einer Nacht vom Samstag zum Sonntag die Wahlen ausgeschrieben wurden -die Bürger erfuhren diese Tatsache erst Sonntag früh aus den Zeitungen- wobei die Kandidatenlisten bis zum Mittag des gleichen Tages einzubringen waren. Dieses, allen Verfassungsgrundsätzen hohnsprechende Vorgehen wurde zwar von der Zentralregierung nicht gebilligt, ohne dass man jedoch etwas dagegen unternommen hätte. Naturgemäss konnte auf diese Weise nur eine Kandidatenliste, eben jene der slowakischen Volkspartei eingebracht werden, auf

welcher sich auch Vertreter der inzwischen als offene Naziartei konstituierten deutschen Partei in der Slowakei befanden. Als einige Zeit später ein englischer Journalist den aalglatten slowakischen Ministerpräsidenten Tiso befragte, warum nicht auch die starke jüdische Minderheit eine Vertretung erhalten habe, erwiderte er mit dem unschuldigsten Gesicht, sie hätte eben keine Kandidatenliste eingebracht!

Nach dem tschechoslowakischen Wahlgesetz entfällt die Wahl, wenn nur eine Liste eingebracht wird. Gleichwohl aber wurde an die Wahldurchführung geschritten. Dabei wurde ganz offen durch den Kreis um Tuks und Schano Mach, der dann später zu so trauriger Berühmtheit kam, die Parole ausgegeben, es handle sich gar nicht um eine Parlamentswahl, sondern um ein Plebiszit für eine freie und unabhängige, also nicht mehr im Staatsverband der Tschechoslowakei befindliche Slowakei. Tuks war seinerzeit Hochschulprofessor an der Universität in Bratislawa (Pressburg) gewesen und hatte sich als von Ungarn bezahlter Hochverräter betätigt, der auf die Losreißung der Slowakei hinarbeitete. Er wurde dafür zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt, von denen er nicht ganz zwei Drittel in der Strafanstalt in Bory bei Pilsen absass, worauf er bedingt amnestiert wurde. Der slowakische Justizpräsident Derer hat später vor versammeltem Parlament Briefe und Erklärungen Tukas verlesen, in denen er sich zu allen ihm zur Last gelegten Taten bekannte. Gleichwohl wurde er von der neugebildeten slowakischen Regierung im Triumphe nachhause geholt -es war ihm von der Regierung der Republik Pilsen als Aufenthaltsort zugewiesen worden, den er nicht verlassen durfte- und zum Ehrenpräsidenten der Hlinkagarden ernannt. Er war es, der dann den "Propagandachef" der slowakischen Regierung, Schano Mach, mit den ungarischen Amtsstellen, ebenso aber auch mit den Wiener Nazistellen in Verbindung brachte. Während ein Teil der slowakischen Regierung auch weiterhin für die Zusammenarbeit mit den historischen Ländern und das Verbleiben im gemeinsamen Staatsverband eintrat, führten schon zahlreiche Fäden nach Ungarn und Deutschland, während eine vierte Richtung die polnische Orientierung vertrat. Von irgendwelchem Idealismus oder von einer Ueberzeugung war hier freilich nirgends die Rede. Es war durchweg Korruption.

Dabei war es eine Tatsache, dass das Land für sich allein absolut nicht lebensfähig war. Es hatte während der ganzen 20 Jahre finanziell niemals auf eigenen Beinen gestanden, für Schulen, Eisenbahnen, Strassen, Meliorationen usw. wurden aus den historischen Ländern rund 18 Milliarden Kronen mehr in die Slowakei bezahlt als von dort einkam, von den Milliarden privater Investitionen auf dem Gebiete der Industrie und des Handels ganz zu schweigen. Durch den Wiener Schiedsspruch war die Slowakei ihrer reichsten Getreidegebiete auf der Schüttinsel verlustig gegangen, ihre Wirtschaftskraft war dadurch sowie durch den Verlust zahlreicher lebenswichtiger Kommunikationen schwer geschädigt worden. Während in den historischen Ländern bei einer Bevölkerung von rund 7 Millionen etwa 85% der gesamten Wirtschaftskraft vereinigt waren, vermochte die Slowakei bei nahezu 2 1/2 Millionen nur etwa 12 1/2% aufzubringen, Karpatorussland bei einer halben Million Einwohner nur etwa 2 1/2%. Das Land war also wirtschaftlich durchaus von Böhmen und Mähren abhängig, nach München und Wien viel fühlbarer als je zuvor. Gerade dieser Umstand scheint jedoch bei den in führenden Stellen stehenden Separatisten das Gefühl hervorgerufen zu haben, es sei schliesslich gleichgültig, wo diese Abhängigkeit zum Ausdruck komme, ob bei der gemeinsamen Tschecho-Slowakei, bei Deutschland, Ungarn oder Polen. Es gab keinen gemeinsamen Staatsgedanken, sondern nur etwa die Erwägungen, die ein Mieter im Verhältnis zu seinem Hausherrn anstellt, wer nämlich den günstigsten Mietvertrag offeriert und die höchste Provision bezahlt. Nach diesen, für den demokratischen Westen wahrscheinlich ganz ungewohnten Prinzipien wurde schliesslich die slowakische Frage in der bekannten Form gelöst.

Geheimnisvoll sind freilich die Hintergründe, die sich bei der slowakischen Krise zeigten und zum vorläufigen Untergang des Staates führten. Es besteht berechtigter Grund zur Annahme, dass es Deutschland selbst war, welches die tschechoslowakische Regierung auf die Unhaltbarkeit der Zustände in der Slowakei aufmerksam machte und eine gesteigerte Autorität forderte, um dann die entstehenden Wirren für seine eigenen Zwecke ausnützen und missbrauchen zu können. Viele der slowakischen Minister, so vor allem die dann abgesetzten Durtchansky und Pruschinsky waren mehr in Berlin als in Pressburg, ohne dass man jemals erfahren hätte, was sie dort eigentlich trieben.

und verhandelten. Dabei war auch nach dem slowakischen Autonomiegesetz und dem gemeinsamen Verfassungsgesetz die Führung der auswärtigen Angelegenheiten eine Sache des gemeinsamen Aussenministeriums, das ja neben der Nationalverteidigung eigentlich der letzte Ueberrest des früheren zentralistischen Regimes geblieben war. Der slowakische Ministerpräsident Tiso, ein gewiegter und undurchdringlicher, stets lächelnder und viel versprechender, dabei das Gegenteil davon machender katholischer Priester, hoffte offenbar, sich über Wasser halten zu können, wenn er diesen Extratouren seiner Minister gegenüber beide Augen zudrückte, um es mit keiner Seite zu verderben.

Schliesslich aber wurde die Situation unhaltbar, als die Prager Regierung ganz konkrete Beweise in der Hand hatte, dass die Separatisten am 15. März losschlagen und die selbständige Slowakei proklamieren wollten, wobei offenbar schon damals beabsichtigt war, sich unter den Schutz des Deutschen Reiches zu begeben und so jede Gegenaktion der tschecho-slowakischen Regierung unmöglich zu machen. Die Hakenkreuzler gingen ganz frech und offen in Pressburg herum und grüssten sich sowie die Hlinkagardisten, die ihre Uniform äffisch jener der SS nachgemacht hatten -sogar mit einem Adler auf den Kappen, der sonst nirgends weder in der tschechischen noch in der slowakischen Heraldik zu finden ist- mit "Heil 15. März!". Wochenlang wurden zwischen Prag und Pressburg Verhandlungen geführt, den slowakischen Vertretern die Gefahr der Lage dargestellt. Alles vergebens. Sie verhandelten und zogen ihre Entscheidungen hin, um Zeit zu gewinnen, bis schliesslich die Prager Regierung zum Gegenschlag ausholte und unter strenger Beachtung der slowakischen Autonomiegesetze die slowakische Regierung ihres Amtes enthob. Man hätte annehmen können, dass sich die Prager Regierung, die sich seit dem September der grössten Vorsicht befleissigte, bei diesem gewagten Schritt die entsprechende Rückendeckung gesichert habe. Später zeigte es sich, dass man von Berlin aus Prag nur aufs Glatteis geführt hatte und die weitere Entwicklung gibt dieser Deutung den realen Hintergrund. Schliesslich hat offene Gewalt vollendet, was mit Betrug und Verrat begonnen worden war.

Niemand hat auch das Recht anzunehmen, dass das tschechoslowakische Volk das ihm angetane Unrecht hinnehmen werde, ohne sich zur Wehr

zu setzen. Natürlich werden die im Land verbliebenen verantwortlichen Funktionäre einen aktiven Widerstand ablehnen, um das Volk nicht noch grösseren Demütigungen und Belastungen auszusetzen. Man wird es vermutlich auch erleben, dass sie "fremde Einnischungen" seitens der demokratischen Weltmächte zurückweisen, wie es ja heute schon in der tschechischen Presse geschieht. Ebenso werden sie sich von jeder Auslandsaktion tschechoslowakischer Staatsbürger distanzieren, um so dem Verdacht zu entgehen, als ob sie daran beteiligt seien. Aber man kann die Flamme der Freiheit nicht auslöschen. Sie wird weiterleuchten auch im gegenwärtigen Dunkel, das sich über das tschechoslowakische Volk gelegt hat. Besonders der amerikanische Zweig der Nation mit seinen anderthalb Millionen Menschen, erzogen im Geiste der Freiheit, wird ebenso wie während des Weltkrieges seine besten Kräfte daransetzen, der schwergeprüften Heimat wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Der frühere Präsident Benesch musste als Emigrant die Heimat verlassen. Um der noch von ihm eingesetzten Regierung die Situation nicht zu erschweren, lehnte er während seines Londoner Aufenthalts jedwede politische Tätigkeit, ja auch nur Äusserung ab. Die neuen Verhältnisse ermöglichen es ihm, aus seiner Reserve hervorzutreten. Er hat es bereits getan und in Kundgebungen an den Völkerbund sowie an die führenden Staatsmänner der demokratischen Weltmächte feierlich gegen den Akt der Willkür und Gewalt protestiert. Um ihn werden sich alle jene scharen, die das Schicksal davor bewahrt hat, sich im geknechteten Vaterlande unter dem Stiefel der Diktatur beugen zu müssen. Die Restitution, die Wiederherstellung der freien Tschechoslowakei, ist das Ziel ihres politischen Kampfes, bei dem sie auf die tatkräftige Hilfe all jener hoffen, die sich dessen bewusst sind, dass der menschliche Geist nur in der Freiheit gedeihen kann.

- - - - -

Die Deutschland-Berichte, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Paris, seit 1934 monatlich herausgibt, haben die Aufgabe, die Entwicklung in Deutschland auf allen wichtigen gesellschaftlichen Gebieten zu verfolgen. Sie beruhen auf der Arbeit einer organisierten politischen Berichterstattung, deren Beobachtungsfeld sich insbesondere auf folgende Gebiete erstreckt :

Die Stimmung in den einzelnen Bevölkerungskreisen.	Korruption und Misswirtschaft.
Die Lage in den Betrieben.	Terror.
Die Wirtschaftslage :	Jugend :
Arbeitsmarkt ;	Hitler-Jugend ;
Preisentwicklung ;	Schule ;
Lebensmittelversorgung ;	Hochschulen.
Rohstoffversorgung ;	
Geld und Kredit.	Kirchenfragen.
Handel und Gewerbe.	Kulturpolitik.
Landwirtschaft.	NS-Organisationen : NSDAP, SA, SS.
Sozialpolitik.	
Lohnpolitik.	Arbeitsdienst.
Steuerpolitik.	Verwaltung.

In allen Landesteilen und Gesellschaftsschichten arbeiten Berichterstatter als Glieder der illegalen sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland an dieser Aufgabe mit. Auf der grossen Zahl von Einzelmeldungen, die sie übermitteln, beruht die Zuverlässigkeit und Objektivität der Gesamtberichterstattung, ihre Sicherung gegen Zufälligkeiten und subjektive Verzerrungen. Die Berichterstatter kommen nach Möglichkeit selbst zu Wort, um einen unmittelbaren Eindruck von der Stimmung und den Geschehnissen in Deutschland zu geben.

Den Nachrichten und Berichten im Teil A sind regelmässig im Teil B kritische Uebersichten angegliedert, in denen die Entwicklung auf den einzelnen Beobachtungsgebieten unter grösseren Gesichtspunkten zusammenfassend dargestellt wird.

Als Manuskript hergestellt
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
 (Sopade), 30, rue des Ecoles, Paris (5^e)

Le Gérant : Georges GIRARD.

IMPRIMERIE SPECIALE
 30, rue des Ecoles, Paris (5^e)